

# Preussische Allgemeine

Nr. 17 · 26. April 2024

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €

## Die Vertreibung geht weiter

Rund achtzig Jahre nach dem Exodus der Ostdeutschen aus ihrer Heimat sollen sie nun auch aus der Erinnerungskultur ihrer Landsleute verdrängt werden Seite 3



**Energiewende**  
Das Menetekel von Oranienburg Seite 5



**Porträt** Vor 150 Jahren starb der Liberale Eduard von Simson Seite 11

VON RENÉ NEHRING

### POLITISCHE KULTUR

## Die dramatische Stille in dramatischen Zeiten

Warum trotz massiver Probleme und einer historisch schwachen Regierung bei den Bürgern kaum Hoffnung auf bessere Zeiten aufkommt

Es liegt eine eigenartige Stimmung in diesen Tagen über dem Land. Obwohl die wirtschaftlichen Rahmendaten erschreckend sind und die Bürger eigentlich höchst besorgt sein müssten, ist es allenthalben ruhig im Volk. Und obwohl die Regierung wie selten zuvor ein Bundeskabinett schwächelt und mit der FDP – durch die Verabschiedung ihrer „12 Punkte zur Beschleunigung der Wirtschaftswende“ – gerade ein Koalitionspartner den Ausstieg aus dem ungeliebten Bündnis einleitet, kommt auch die Opposition nicht vom Fleck. Zwar geht die Zustimmung für die Ampelparteien in den Umfragen kontinuierlich zurück, doch kann von einem Aufbruch bei den nichtregierenden Parteien wahrlich nicht die Rede sein.

Die Ursachen für diese Situation sind vielfältig – und je nach Partei durchaus verschieden. Vornean dürfte fast überall ein Gefühl der Ohnmacht stehen; der Glaube, dass „die da oben“ ohnehin machen, was sie wollen und selbst größtes Versagen und Fehlverhalten folgenlos bleibt – womit jedes Engagement für eine andere Politik vergebens scheint.

Die jüngsten Beispiele dafür sind mit dem Namen des Kanzlers verbunden. Obwohl zu Beginn der Woche BDI-Präsident Siegfried Russwurm in seltener Klarheit die Wirtschaftspolitik der Regierung kritisierte und die vergangenen zwei Jahre gar als „verlorene Jahre“ bezeichnete sowie zugleich darauf verwies, dass sich deutsche Unternehmen im Ausland deutlich besser entwickeln, behauptete Olaf Scholz im Rahmen der Hannover-Messe, dass das Land auf einem guten Weg sei. Auch dass die als „Cum-ex-Jägerin“ bekannt gewordene Kölner Oberstaatsanwältin Anne Brorhiller am Montag ihren Job hinschmiss, weil sie es leid war, wie ihr die Politik in die Ermittlungen zum größten Finanzskandal in der Geschichte des Landes hineinpfuschte, kratzte Scholz wenig,

obwohl sein Name an verschiedenen Zeitpunkten und Orten der Affäre auftaucht.

Dass keinesfalls nur der Kanzler mit schweren Verfehlungen davonkommt, zeigt die Einstellung des Strafverfahrens gegen den ehemaligen Landrat des Kreises Ahrweiler, Jürgen Pföhler, wenige Tage zuvor. Obwohl belegt ist, dass Vertreter der betroffenen Bundesländer und Landkreise in der Unglücksnacht vom 14. auf den 15. Juli 2021 reihenweise fahrlässig handelten und viele Opfer hätten gerettet werden können, wenn sie rechtzeitig gewarnt oder evakuiert worden wären, soll der Tod von insgesamt 188 Menschen somit ohne juristische Konsequenzen bleiben.

#### Die Schwäche der Opposition

Dass die Oppositionsparteien verschiedener Couleur von der Schwäche der Ampelkoalition nicht profitieren können, hat jeweils eigene Gründe. So leiden CDU und CSU bis heute darunter, dass sie es nach dem Abtreten ihrer langjährigen Frontfrau Angela Merkel versäumten, sich von der „Übermutter“ zu emanzipieren. Anders als Merkel, die 1999 beim Ausbruch der CDU-Spendenaffäre keine Skrupel hatte, sich von ihrem einstigen Förderer Helmut Kohl loszusagen und ihre Partei aufzufordern, es ihr nachzutun, zögert die Union bis heute, sich selbst von offensichtlich größten Fehlentwicklungen der Ära Merkel – wie der faktischen monatelangen Öffnung der Grenzen 2015 oder dem Aus-

stieg aus der Atomenergie – zu distanzieren. Mit der Folge, dass der Union eine grundsätzliche Kurskorrektur und die Rückkehr zu klassischen christdemokratischen Positionen nicht möglich ist – und ihr am Ende nur Koalitionen mit den Grünen und/oder den Sozialdemokraten bleiben, die eigentlich ihre politischen Rivalen sind, seit Jahren jedoch wie natürliche Verbündete erscheinen.

Die AfD wiederum, die ihrem Namen nach behauptet, eine Alternative für dieses Land zu sein, hat seit ihrer Gründung ein unschlagbares Talent dafür entwickelt, bürgerliche Köpfe zu verdrängen – wahlweise auf die Hinterbänke oder gleich ganz aus der Partei. Mit kernigen Parolen und einer Kultur der Provokation hatte sie es in Zeiten schwacher Bundesregierungen leicht, sich eine feste Stammwählerschaft unter all jenen aufzubauen, die von den etablierten Parteien „die Nase voll“ haben. Doch da die „Alternative“ – außer einer absoluten Mehrheit – auf absehbare Zeit keinerlei Option für eine Regierungsbeteiligung hat, spielt sie einstweilen auch keine gestaltende Rolle in diesem Land.

Ein Experiment ganz eigener Art ist das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW). Dieses gibt zwar vor, die Unzufriedenen verschiedener politischer Lager ansprechen zu wollen. Doch stammt das bisher zu sehende Spitzenpersonal durchgehend aus der Linkspartei, womit das BSW am Ende auch nichts anderes ist als das Pro-

dukt einer weiteren Häutung in der langen Geschichte der deutschen Linken, die schon zur Gründung von USPD, KPD, SED, PDS, WASG und „Die Linke“ geführt hatte. Womit freilich das BSW als Alternative gerade für bürgerliche Wähler kaum infrage kommen dürfte.

Doch wie weiter? Je nach Problem sind die Lösungsansätze verschieden. Das Scheitern einer Regierung auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Energiepolitik verlangt andere Konsequenzen als eine etwaige Verwicklung eines Ersten Bürgermeisters und Bundesfinanzministers in einen Finanzskandal erfordern würde.

Ein wichtiger Ansatz für alle Bereiche wäre eine Rückkehr zum Prinzip echter Verantwortlichkeit. War es früher gang und gäbe, dass etwa Minister und Spitzenbeamte auch ohne eigenes Fehlverhalten zurücktraten, wenn in ihrem Verantwortungsbereich etwas schiefging (das prominenteste Beispiel hierfür ist der Einsatz der GSG 9 in Bad Kleinen 1993, der zum Amtsverlust des Bundesinnenministers, des Generalbundesanwalts sowie des BKA-Vizepräsidenten führte), so ist in den vergangenen Jahren die Übernahme politischer Verantwortung zur hohlen Phrase verkommen, die selbst bei schweren Verfehlungen meistens ohne Folgen bleibt.

Kann es da verwundern, wenn sich Bürger mit Grausen abwenden und in ihre privaten Refugien zurückziehen?

### IN DIESER AUSGABE

**Politik**  
Das krampfhaft Ringen mit den Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik Seite 4

**Kultur**  
Das Ostpreussische Landesmuseum eröffnete eine Ausstellung zum Kant-Jahr Seite 9

**Das Ostpreußenblatt**  
Eine Konferenz in Allenstein rückte den Architekten Erich Mendelsohn in den Blick Seite 13

**HINWEIS**  
**Sozialprojekte** Dieser Ausgabe liegt ein Überweisungsträger der Landsmannschaft Ostpreußen für die Bruderhilfe bei.



**Lesen Sie die PAZ** auch auf unserer Webseite [paz.de](http://paz.de)



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

**Ukrainische Dschihadisten** „Not kennt kein Gebot“ lautet ein Sprichwort, und ein anderes: „Der Zweck heiligt die Mittel“. Kiew schreckt bei der Wahl seiner Verbündeten im Ukrainekrieg auch vor Gotteskriegeren nicht zurück

## Kiews muslimische Verbündete

Eine Vielzahl islamischer Milizen beteiligt sich in unterschiedlichster Form am Kampf gegen die Russen im Ukrainekrieg

VON WOLFGANG KAUFMANN

Nach dem Terroranschlag auf das Veranstaltungszentrum Crocus City Hall im Moskauer Vorort Krasnogorsk am Abend des 22. März, zu dem sich der afghanische Ableger des Islamischen Staates (IS) namens Daesh-Khorasan bekannt hat, beschuldigte die russische Regierung den ukrainischen Militärgheimdienst HUR, die Attentäter rekrutiert und bezahlt zu haben. Hierfür fehlen bislang aber belastbare Belege. Dahingegen steht eindeutig fest, dass die Streitkräfte Kiews mit islamischen Gruppierungen kooperieren.

Der Beginn dieser Zusammenarbeit datiert auf das Jahr 2014, als es in der Ostukraine zu militärischen Auseinandersetzungen zwischen separatistischen prorussischen Milizen und regulären russischen Truppen auf der einen sowie ukrainischen Regierungssoldaten und proukrainischen Freiwilligenverbänden auf der anderen Seite kam. Zu den letzteren gehörten das Tschetschenische Friedenssicherungsbataillon Dschochar Dudajew, das den Namen des ersten Präsidenten der nur von der Ukraine anerkannten Tschetschenischen Republik Itschkerien erhielt, und das Tschetschenische Friedenssicherungsbataillon Scheich Mansur, benannt nach einem populären Imam und Militärführer, der im 18. Jahrhundert gegen Russland gekämpft hat.

### Von Homogenität keine Spur

Das von Muslim Tscherbilowjewskij geführte Scheich-Mansur-Bataillon operierte zunächst im Verbund mit dem Ukrainischen Freiwilligenkorps, dem paramilitärischen Arm der nationalistischen Partei Rechter Sektor, und dann als autonome Einheit. Das heißt, es verweigerte den Eintritt in die am 27. Februar 2022 gegründete Internationale Legion der Territorialverteidigung der Ukraine (IL), die dem Kommando der Territorialen Verteidigungskräfte der Ukraine untersteht und zurzeit angeblich 30.000 Kämpfer aus rund 50 Staaten zählt. Dahingegen trat das Dschochar-Dudajew-Bataillon unter Adam Osmajew, dem auch Nichttschetschenen wie der japanische Konvertit Shamil Tsuneoka Tanaka angehören, der IL bei. Zu diesen zwei Ein-

heiten gesellte sich im April 2017 das gleichermaßen selbstständig agierende und von Siroshiddin Mukhtarow befehligte Imam-Schamil-Bataillon. Darin dienen vor allem Moslems aus der zur Russischen Föderation gehörenden nordkaukasischen Republik Dagestan.

Nach Beginn der sogenannten Militärischen Spezialoperation Russlands in der Ukraine formierte sich im Juli 2022 zudem noch das Separate Spezialbataillon des Verteidigungsministeriums der Tschetschenischen Republik Itschkeria (OBON), das wie das Dschochar-Dudajew-Bataillon zum Verband der IL gehört und von Hadschi-Murad Zumso kommandiert wird. Drei Monate später

tauchte dann mit dem Ajnad al-Kawkas der nächste neue und offenbar auch niemandem organisatorisch zugeordnete Akteur mit islamischem Hintergrund auf dem Kriegsschauplatz in der Ukraine auf, nachdem er zuvor an der Seite lokaler syrischer Dschihadisten bei Idlib, Aleppo, Hama, Latakia und anderswo gegen die Regierungstruppen von Baschar al-Assad Krieg geführt hatte. Der Wechsel war die Folge von Querelen mit weiteren islamischen Zusammenschlüssen, deretwegen der Anführer des einflussreichen Komitees zur Befreiung der Levante dem Ajnad-al-Kawkas-Chef Abd al-Rahman al-Shishani nahelegte, mit seinen Männern in die Ukraine abzuziehen.

Darüber hinaus kämpfen tschetschenisch-muslimische Freiwillige auf der Seite Kiews, die vier weiteren Verbänden angehören, nämlich der Abteilung Khamzat Gelajew, der Spezialeinsatztruppe SOG, dem 34. Sturmbataillon „Mad Pack“ und dem Muslimischen Korps Kaukasus. Die Gesamtzahl der Mitglieder all dieser Gruppierungen soll bei rund 2000 liegen. So lauteten jedenfalls entsprechende Meldungen vom November 2022.

Obwohl es hier also um relativ wenige Personen geht, ist deren Motivation zur Teilnahme an den Kämpfen in der Ukraine nicht immer die gleiche. Zwar besteht Einigkeit, was den Hass auf Russland betrifft, der aus dem brutalen Vorgehen

Moskaus in den beiden Tschetschenienkriegen von 1994 bis 1996 beziehungsweise 1999 bis 2009 resultiert. Darüber hinaus folgen die Anführer des Dschochar-Dudajew- und Scheich-Mansur-Bataillons sowie des OBON jedoch eher der säkularen Vision von einem freien Tschetschenien, das nicht mehr unter der Fuchtel Moskaus und der Putin-Marionette Ramsan Kadyrow steht. Das heißt, der Islam rangiert hier maximal an zweiter Stelle. Dahingegen sind die Angehörigen des Ajnad al-Kawkas Glaubenskrieger reinsten Wassers. Sie kennen nur fundamentalistische und dschihadistische Ziele wie die weltweite Durchsetzung des Islam und der Scharia. Deswegen ist es ihnen auch relativ egal, wo sie kämpfen, solange es nur gegen vermeintlich Ungläubige geht. Insofern hat die christlich-orthodox dominierte Ukraine hier einen besonders problematischen Verbündeten.

### Die Moral scheint ungebrochen

Wenn man den jeweiligen Berichten vom Kriegsschauplatz in der Ukraine glauben darf, nahmen die islamischen Verbände, die auf Seiten Kiews agieren, bereits an zahlreichen Kampfhandlungen gegen russische Truppen teil. Dazu gehören neben den Scharmützeln im Osten der Ukraine vor der russischen Invasion vom Februar 2022 die Schlachten um Kiew und Charkiw, die bis zum April beziehungsweise Mai 2022 andauerten, das parallel verlaufene Gefecht von Isjum, die Belagerung von Mariupol, die im Mai 2022 mit einer Kapitulation der ukrainischen Verteidiger endete, die nur teilweise erfolgreiche ukrainische Gegenoffensive vom Herbst 2022 sowie die verlustreichen Schlachten von Sjewjerodonezk, Soledar und Bachmut. Außerdem war das OBON an den Einfällen in die russische Oblast Belgorod ab Mai 2023 und den Kommandoaktionen im Raum Belgorod und Kursk im März/April 2024 beteiligt. Dabei agierte es Seite an Seite mit der Legion des Freien Russlands, der Rumänischen Kampfgruppe Getica, dem Polnischen beziehungsweise Weißrussischen Freiwilligenkorps sowie dem weißrussischen Bataillon „Terror“.

Anzeichen dafür, dass sich der ausbleibende Sieg der Ukraine negativ auf die Moral der islamischen Kampfverbände auf Seiten Kiews auswirkt, gibt es bislang keine.



Ein muslimischer Verbündeter Kiews im Ukrainekrieg: Der Angehörige des Dschochar-Dudajew-Bataillons trägt an seiner Uniform sowohl die Farben und den Dreizack der Ukraine als auch die Flagge der Tschetschenischen Republik Itschkerien Foto: ddp images

### UKRAINE

## Moslems gibt es seit dem Mittelalter, Dschihadisten erst seit 2014

Seit der russischen Annexion der Krim greift Kiew auf islamische Kampfverbände zurück

Der Islam ist seit rund siebeneinhalb Jahrhunderten in der Ukraine präsent. Deshalb leben auch heute noch etliche Muslime in dem osteuropäischen Land. Ihre Zahl liegt je nach Quelle zwischen 400.000 und einer Million. Radikale Moslems hatten bis zum Jahre 2014 keine Chance, in der Ukraine Fuß zu fassen. Sie wurden teilweise sogar an Russland oder andere Länder ausgeliefert. Dann allerdings griff Kiew auf islamische Kampfverbände zurück (siehe oben), deren Verbindungen zu ausländischen Dschihadisten kein Geheimnis darstellen und in russischen wie westlichen Medien thematisiert wurden.

Beispielsweise gab es enge Kontakte zwischen dem Imam-Schamil-Bataillon und der sunnitischen Terrormiliz al-Kaida. Deren Anführer Ayman al-Zawahiri erklärte, dass der Selbstmordanschlag auf die U-Bahn in Sankt Petersburg vom 3. April 2017 mit 15 Toten auf das Konto des von ihm beauftragten Imam-Schamil-Bataillons gehe. Des Weiteren konnte eine Zusammenarbeit zwischen dem Islamischen Staat und dem Scheich-Mansur-Bataillon nachgewiesen werden. So erhielten etliche von dessen Kämpfern eine Ausbildung in syrischen IS-Lagern.

Außerdem war der nunmehrige stellvertretende Oberbefehlshaber der exil-

tschetschenischen Sondereinheit OBON, Rustam Ashiew, um 2013 Mitglied der islamischen syrischen Terrorgruppe Ansar al-Sham gewesen, die gute Beziehungen zum al-Kaida-Ableger Jabhat al-Nusra und zum IS unterhielt.

Und dann wäre da noch der Ajnad al-Kawkas, der im Oktober 2022 vom syrischen auf den ukrainischen Kriegsschauplatz wechselte. Er ging aus den Dschihadistenmilizen und al-Sham-Ablegern Jamaat al-Khalifa al-Qawqazia und Jamaat Jund al-Qawqaz hervor und agierte später gemeinsam mit der Jabhat al-Nusra. Dem Ajnad al-Kawkas wird nachgesagt, dass er vom US-amerikanischen Aus-

landsgeheimdienst CIA unterstützt worden sei. Das gilt gleichermaßen für die rund 90 Angehörigen des IS, die im März 2022 unter Aufsicht des dschihadistischen Bündnisses Hai'at Tahrir asch-Scham über die syrisch-türkische Grenze gingen, um dann in die Ukraine weiterzureisen.

Angesichts all dessen warnen Experten wie der Islamwissenschaftler Guido Steinberg von der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik davor, dass die Ukraine zu einem Rückzugsgebiet oder Drehkreuz für radikale Moslems werden könne. Und tatsächlich sprechen die schnellen Wechsel zwischen Syrien und

der Ukraine für sich. Es besteht die Gefahr, dass Glaubenskrieger die Ukraine künftig dazu nutzen, um – möglicherweise getarnt als Flüchtlinge – unkompliziert nach Mittel- und Westeuropa zu gelangen. Vor diesem Hintergrund richtete der CDU-Bundestagsabgeordnete Christoph de Vries folgende Anfrage an die Bundesregierung: „Wie viele mutmaßliche Islamisten bzw. islamistische Terroristen ... sind seit Beginn des Ukrainekrieges nach Deutschland über die deutschen Grenzen eingereist (bitte die jeweiligen Herkunftsstaaten angeben)?“ Angeblich aus „Staatswohlerwägungen“ erhielt er darauf keine konkrete Antwort. W.K.

# Ostdeutsches Kulturerbe und Identität

Die Verdrängung der Vertriebenen aus der Erinnerung der Deutschen setzt sich fort. Doch wohin will eine Nation, die manche nur noch als Einwanderungsgesellschaft verstehen, Zuwanderer integrieren, wenn sie selbst nicht mehr weiß, woher sie kommt?

VON MANFRED KITTEL

Es ist vorstellbar, dass das große Museum für die französische Sprache im Schloss von Villers-Cotterêts nahe Paris aus Unbehagen an der eigenen Nation in ein „Museum der Sprache“ umgemodelt würde? In Deutschland ist so etwas ähnliches nicht nur möglich, es ist jüngst auch geschehen: Das Oldenburger „Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa“ (BKGE) entledigte sich kurzerhand „der Deutschen“ in seinem Namen. Mancher rieb sich ungläubig die Augen. War nicht gerade das Kulturerbe der vertriebenen Deutschen der eigentliche Seinsgrund des umbenannten Hauses?

Wem imponiert, welch klare Kante grüne Politiker gegen Putins Ukrainekrieg zeigen, fand es besonders schade, dass ein grünes Kulturstaaatsministerium ausgerechnet die „aggressive Geschichtspolitik Russlands“ gegen seinen südwestlichen Nachbarn und die daraus folgende „Aufgabenerweiterung“ des BKGE als Begründung für die Umbenennung ins Felde führte. Es war eine Steilvorlage für die CDU/CSU-Opposition im Bundestag angesichts der Bedrohung auch der heimatvertriebenen deutschen Minderheit in der Ukraine durch Putins barbarischen Krieg.

Andere öffentliche Begründungsversuche legten zumindest nahe, dass die Ukraine als eine Art Nebelkerze diene. Über eine Umbenennung war nämlich schon jahrelang diskutiert worden, nachdem das BKGE sich 2005 im Rahmen des Europäischen Netzwerks Erinnerung und Solidarität „transnationaler europäischer Geschichtsbetrachtung“ verschrieben hatte. Dabei handelt es sich um eben jenes Netzwerk, dessen Zweck auch darin bestand, ein zu vertriebenenfreundliches „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin – erfolgreich – zu verhindern. Schien in der jetzigen Konstellation die Gelegenheit gekommen, wie Reinhard Müller in der „FAZ“ befürchtete, sich auch noch „der Geschichte der Deutschen im Osten schleichend zu entledigen“?

## Kein Bewusstsein für den Verlust

Das Ganze rührt jedenfalls grundsätzlich an Fragen unserer nationalen Identität, mit der sich die Deutschen seit 1945 und trotz eines kurzen schwarz-rot-goldenen Sommermärchens 2006 bis heute so schwertun. Zur Erinnerung: Am Ende des Zweiten Weltkrieges waren aus den Staats- und Siedlungsgebieten der Deutschen im östlichen Europa an die 15 Millionen Menschen vertrieben worden. Aus Heimaten, in denen ihre Vorfahren oft seit 800 Jahren gelebt hatten, die untrennbar mit Geschichte und Kultur unseres Volkes verbunden waren und es auch immer bleiben werden. Aber hat der Umgang der deutschen Gesellschaft mit diesem „ungeheuren Verlust“ im Osten (Louis Ferdinand Helbig) der Größe der Amputation jemals Rechnung getragen? War es auch nur annähernd so, als ob 1945 – quantitativ vergleichbar – im Süden Bayern, Baden und Württemberg weggeschnitten worden wären?

Noch in den 1950er Jahren tauchte erstmals das Wort vom „Ghetto der Landsmannschaften“ auf. Es wollte sagen, dass sich das „kommunikative Gedächtnis“ der Ostvertriebenen, denen ihre Heimat besonders am Herzen lag, von dem der alteingesessenen westdeutschen Mehrheit schroff unterschied. Diese Mehrheit wurde politisch noch dadurch vergrößert, dass es die Vertriebenen nie schafften, ihrer Zahl entsprechend im Bundestag und in den Landtagen vertreten zu sein.

Minderheiten in einer Demokratie haben es schwer, zumal wenn sie keinem Zeitgeist entsprechen. Der aber wehte in eine andere Richtung, nicht nur weil auch Millionen Alt-Westdeutsche als Kriegsversehrte oder Ausgebombte mit der materiellen Bewältigung der NS-Katastrophe mehr als beschäftigt wa-



„Ungeheuer Verlust“: Neben mangelnder Empathie für das Leid der Heimatvertriebenen zeigte die deutsche Nachkriegsgesellschaft auch wenig Bewusstsein für die im Osten verlorenen Kulturlandschaften. Im Bild die in den 1990er Jahren auf Initiative Marion Gräfin Dönhoffs als Kopie zurückgekehrte Kant-Statue von Christian Daniel Rauch in Königsberg

ren. Sondern auch wegen der für die Bundesrepublik im Kalten Krieg überlebenswichtigen Ausrichtung gen Westen: politisch, militärisch, ökonomisch und eben auch kulturell. Glücklicherweise gab es nach 1945 wenigstens der größere Teil Deutschlands – nach langen „Sonderwegen“ vorher – endlich im Westen angekommen war, mochte sich die Gesellschaft der Bundesrepublik nicht gern von komplizierten – östlichen – „Erinnerungen behelligen lassen“ (Christoph Stölzl).

War der Umgang mit Flucht und Vertreibung womöglich nur ein Unterkapitel der von Psychologen diagnostizierten „Unfähigkeit (der Deutschen), zu trauern“: Wie gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus eben auch gegenüber den Opfern seiner Folgen? Vielleicht gibt es hier sogar einen noch weiter reichenden Kausalbezug, und die Abwendung vom verlorenen Osten war die radikalste Form der eben doch schon früh, teils eher unterbewusst auch im breiten Volk vorhandenen Ahnung, welch schwere Schuld die Deutschen mit Holocaust und NS-Besatzungsterror im Osten auf sich geladen hatten. Je stärker dann ab Ende der 1950er Jahre das „Dritte Reich“ in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit geriet, desto mehr galt die große Vertreibung von 1945 ff. vielen nur noch als Ergebnis ausschließlich dieser deutschen Katastrophe und letztlich als Geschehen nachgeordneter Bedeutung.

## Die zweite Vertreibung

Die Tendenzen verdichteten sich noch in der Zeit der sogenannten neuen Ostpolitik, als die Vertriebenenverbände beim Schlussstrich unter die Oder-Neiße-Grenze den national-kommunistischen Machthabern in Moskau oder Warschau weniger weit entgegenkommen wollten als damals eine gesellschaftliche Mehrheit. Obwohl mit rein friedlichen Mitteln vorbildlich demokratisch protestierend, wurden sie im medialen Hauptstrom nun oft so behandelt, als hätten sie – und nicht Linksradikele nach 1968 – ihrer Ziele wegen Pflastersteine auf Polizisten geworfen. Üble Geschichtsklitterung half dem Negativimage notfalls noch nach, indem etwa suggeriert wurde, der deutsche Osten mit seinen „Junkern“ hätte die schlimmsten Nazis hervorgebracht. Als ob die NS-Bewegung nicht zuerst in Bayern groß geworden wäre.

Die Zeitenwende 1989/90 und die jugoslawischen Zerfallskriege mit neuen „ethnischen Säuberungen“ brachten zwar dann vie-

les in Bewegung. Das Alter Ego von Günter Grass gestand 2002 in seiner Novelle über den Untergang der „Wilhelm Gustloff“ freimütig: Niemals hätte man über das Leid der Ostvertriebenen schweigen, das Thema den „Rechtsgestrickten“ überlassen dürfen, nur weil die eigene Reue vordringlich gewesen sei. Aber wurde jetzt, lange nachdem 1990 die letzten Grenzfragen völkerrechtlich definitiv geklärt waren, endlich wahr, was SPD-Kanzlerkandidat Willy Brand schon 1969 als Trostpflaster für die angestrebten Ostverträge verheißt hatte? Das Ziel mithin, „der ganzen Nation die kulturelle und geistige Substanz der Ostgebiete zu erhalten“, um im Inneren zu gewinnen, „was draußen verloren ging“ – einschließlich einer neuen Heimstatt für die traditionsreichen „ostdeutschen Universitäten und Kultureinrichtungen“?

Rhetorische Fragen. Denn die seit jeher kargen Geldquellen für den im Paragraphen 96 Bundesvertriebenengesetz formulierten Auftrag sprudelten fortan nicht munterer. Das ostdeutsche Kulturerbe „im Bewusstsein des gesamten deutschen Volkes und des Auslands erhalten“? Bund und Länder zusammen hatten 1968 gerade einmal sechs Millionen D-Mark für diese Zwecke aufgebracht, so viel wie das Auswärtige Amt allein zur Rettung des ägyptischen Tempels Abu Simbel beisteuerte, und in etwa der Jahresetat eines einzigen Großstadttheaters. Das fiel damals aber nicht so stark ins Gewicht, weil sich noch viele aus der Erlebnisgeneration der Vertriebenen ehrenamtlich kulturell engagierten. Als ihre Zahl abnahm, kam es unter Kanzler Kohl in den Jahren nach 1990 immerhin zu einer Verdoppelung der Mittel auf an die 50 Millionen D-Mark. Nur wurden diese Zusatzgelder infolge des legendären „Kahlschlags“ nach dem Regierungswechsel 1998 wieder weitgehend abgewickelt.

## Erinnerungspolitische Verschiebungen

Fragwürdige inhaltliche Weichenstellungen folgten. Im Bemühen, das alte Deutschtumsparadigma unseligen völkischen Angedenkens in der Ostforschung zu überwinden, schüttete man vielfach das Kind mit dem Bade aus. Fast nur noch interethnische, multikulturelle und transnationale Themen standen im Vordergrund, während „nationalgeschichtliche Fragestellungen“ als antiquiert galten und die Bezüge der Vertreibungsgebiete zur allgemeinen deutschen Geschichte mehr und mehr verblassten.

Wie soll ein stolzer Türke zum deutschen Patrioten werden, wenn ihm nichts anderes verheißt wird, als damit Teil einer „Täternation“ zu sein, deren Geschichte aus einer einzigen Abfolge brauner oder roter Diktaturen und weißer Kolonialverbrechen besteht?

Und so muss heute noch immer zur verdienstvollen, nur keineswegs erschöpfenden Überblicksdarstellung von Wilhelm Matull von 1973 greifen, wer sich über die traditionsreiche Arbeiterbewegung im preußischen Osten, der Heimat eines Ferdinand Lassalle oder des großen Weimarer SPD-Ministerpräsidenten Otto Braun, informieren möchte. Einen Lehrstuhl für ostpreußische Geschichte gibt es bis heute nicht. Gewiss, Ost- und Westpreußen, Pommern, Schlesien und Ostbrandenburg, die Gegenstände der Landesgeschichte Ostdeutschlands, sind nach 1945 zum größten Teil in „andere nationale Lebenszusammenhänge“ hineingeraten; komplett „aus dem historischen Lebenszusammenhang der deutschen Geschichte herausgetreten“ (Klaus Zernack) sind sie damit aber eben nicht. Und für die alte Heimat der Sudetendeutschen oder Donauschwaben gilt sinngemäß ähnliches.

Die jüngste Oldenburger Metamorphose weckt zudem Erinnerungen an eine traurige Episode während der Debatte um den Wiederaufbau des Berliner Hohenzollernschlosses. Der Osteuropahistoriker Karl Schlögel hatte damals vorgeschlagen, auf einem Teil der gigantischen 16.000 Quadratmeter Ausstellungsfläche ein Museum der preußischen Geschichte einzurichten. Auf vielleicht 1000 Quadratmetern wäre es natürlich auch um die östlichen Provinzen Preußens jenseits von Oder und Neiße gegangen. Man hätte etwa erfahren, dass dort 15 Prozent der damaligen deutschen Staatsbürger lebten, aber gleichzeitig, nicht zuletzt wegen der jüdischen Breslauer, ein Drittel der deutschen Nobelpreisträger. Die geringe Resonanz auf den überzeugenden Vorschlag sprach Bände. Heute erwartet den Besucher im Humboldt-Forum stattdessen ein kosmopolitisches Sammelsurium, in dem die drei kurzen Jahrzehnte unserer Kolonialhistorie derart in den Mittelpunkt rücken, als ließen sich mit ihnen die dunklen Rätsel deutscher Geschichte lösen.

## Die Folgen verweigerten Gedenkens

Angesichts des Vorlaufs kann die jüngste Distanzierung vom östlichen Kulturerbe unserer Nation kaum überraschen. Einem eben in Berlin entworfenen, 43 Seiten langen „Rahmenkonzept Erinnerungskultur“ sind Flucht und Vertreibung nur wenige Zeilen wert, und auch das nur als Teil einer ja „schon immer von Mobilität und Migration geprägt[en]“ Gesellschaft. Die Geschichte unseres mühsamen, aber letztlich erfolgreichen Weges zur Demokratie wird – wen das tröstet – ebenfalls eher stiefmütterlich abgehandelt.

Eine Kernfrage unserer nationalen Identität dagegen ist durchaus richtig formuliert: Wie kann deutsche Erinnerungskultur in einer Einwanderungsgesellschaft überhaupt aussehen? Antworten darauf bekommt man nur leider kaum. Denn wie soll ein stolzer, Erdogan-naher Türke in Kreuzberg zum deutschen Patrioten werden, wenn ihm nichts anderes verheißt wird, als damit Teil einer „Täternation“ zu sein, deren Geschichte aus einer einzigen Abfolge brauner oder roter Diktaturen und weißer Kolonialverbrechen besteht? Statt wirklich alles zu erzählen, was unsere gemeinsame Heimat heute durch größte Höhen und finsterste Tiefen hindurch erst zu dem hat werden lassen, was es auch künftig sein sollte: Demokratie der europäischen Mitte sowie Brücke zwischen West und Ost.

● Prof. Dr. Manfred Kittel war Gründungsdirektor der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung und ist Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Regensburg. Zu seinen Werken gehören „Preußen und sein Osten in der Weimarer Republik“ (Dunker & Humblot 2022, zusammen mit Gabriele Schneider und Thomas Simon) sowie „Stiefkinder des Wirtschaftswunders? Die deutschen Ostvertriebenen und die Politik des Lastenausgleichs (1952 bis 1975)“ (Droste 2020).

## ● MELDUNGEN

## Arbeitsfähige arbeiten nicht

**Nürnberg** – In Deutschland lebten vergangenen Juni 3,9 Millionen Menschen ohne Arbeit, die als „erwerbsfähige Leistungsberechtigte“ Bürgergeld bezogen. 1,5 Millionen davon erhielten die Grundsicherung bereits seit mehr als fünf Jahren. Davon waren 39 Prozent Nichtdeutsche, obwohl deren Anteil an der Gesamtbevölkerung nur 15 Prozent betrug. Dies ergab eine Sonderauswertung der Bundesagentur für Arbeit im Auftrag des arbeits- und sozialpolitischen Sprechers der AfD-Bundestagsfraktion, René Springer. Rund 270.000 der nichtdeutschen Dauerarbeitslosen stammten aus Afghanistan, Eritrea, dem Irak, dem Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien. 763.000 Menschen bekamen sogar seit mehr als zehn Jahren Bürgergeld oder Hartz IV. Und 441.000 Personen kassierten seit über 15 Jahren Stütze. Den höchsten Anteil an Langzeitarbeitslosen aller Art meldete die Bundeshauptstadt Berlin. W.K.

## Neue Masche bei Einbruch

**Berlin** – Die Polizei registriert in der deutschen Hauptstadt seit Dezember verstärkt Wohnungseinbrüche, bei denen sich Diebe durch Verätzen der Türschlösser lautlos Zugang verschaffen. Die Einbrecher verwenden dazu hochgiftige Salpetersäure. Im Vorfeld der Einbrüche erkunden die Diebe mit künstlichen Spinnenfäden an den Türen, ob die Wohnungsbewohner über längere Zeit abwesend sind. Das Berliner Landeskriminalamt empfiehlt, auf auffällige Verfärbungen an Wohnungs- oder Haustüren insbesondere im Türschlossbereich zu achten. Zudem warnt die Polizei dringend davor, verätzte Türschlösser zu berühren. Selbst Handschuhe schützen nicht ausreichend vor der stark ätzenden und atemwegsreizenden Säure. Auch sollte die Reinigung nur durch Fachfirmen durchgeführt werden. Erste Fälle der lautlosen Einbruchmethode mit Salpetersäure hatte 2023 das Landeskriminalamt Niedersachsen festgestellt. H.M.

## Kupferklau bei Windrädern

**Dardesheim** – Unbekannte Täter haben im Windpark Druiberg unweit der Ortschaft Dardesheim in Sachsen-Anhalt Kupferkabel im Wert von 160.000 Euro gestohlen. Ähnliche Vorkommnisse gab es vorher bereits in einem Windpark in Schleswig-Holstein und mehreren Photovoltaikanlagen in Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz. Dort lagen die Schadenssummen ähnlich hoch. Da der Verkauf des Diebesgutes an Metallhändler oder Recyclingbetriebe in der Europäischen Union nahezu unmöglich ist, stecken hinter den Taten höchstwahrscheinlich Kriminelle, die den Rohstoff containerweise nach Übersee verschiffen. Da eine Windturbine pro Megawatt Nennleistung fünf bis neun Tonnen Kupfer enthält, sind weitere derartige Diebstähle zu befürchten. Bislang wurde das Problem von den Sicherheitsbehörden in keiner Weise thematisiert. W.K.

## KRIMINALSTATISTIK

## „Übliche Taschenspielertricks“

Wie Medien versuchen, die gemessene Ausländerkriminalität kleinzureden

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) für 2023 ist hochbrisant und alarmierend. 41 Prozent aller Tatverdächtigen besaßen keinen deutschen Pass, obwohl der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung lediglich bei 15 Prozent lag. Und 44 Prozent der nichtdeutschen Kriminellen kamen als Asylbewerber in die Bundesrepublik. Angesichts dessen musste Innenministerin Nancy Faeser (SPD) bei der Vorstellung der PKS einräumen: „Mehr Migration hat zu mehr Straftaten

geführt.“ Das galt insbesondere für Tötungsdelikte und Raub. Dort betrug die Quote der Immigranten unter den Tätern sogar rund 54 beziehungsweise 46 Prozent. Dennoch versuchten die Mainstream- und Staatsmedien, die Ausländerkriminalität sofort mit aller Kraft kleinzureden.

## „Statistik abschaffen“

Dazu gehörte massive Kritik an der PKS an sich. So zitierte das Wochenblatt „Die Zeit“ den Frankfurter Kriminologen Tobias Singelstein mit den Worten: „Die PKS wird behandelt wie der Goldstandard der

Kriminalitätsmessung. Sie ist aber nur der Blechstandard.“

In die gleiche Richtung argumentierte Singelsteins Kollege Martin Thüne von der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung des Landes Schleswig-Holstein in der „Frankfurter Rundschau“, indem er die PKS als „unvollständig, verzerrt, potentiell manipulierbar und ungewichtet“ bezeichnete und eine Abschaffung dieser „problematischen Datengrundlage“ in ihrer jetzigen Form forderte.

## Weg mit dem „Angstwort“

Diese Kritik an der PKS griffen andere Medien wie die öffentlich-rechtliche ARD und die Internetplattform T-Online unverzüglich auf. Letztere klagte zudem: „Die ‚Ausländerkriminalität‘ als Begriff wird inzwischen vor allem als Angstwort verwendet“, während die „Zeit“ titelte: „Es ist bizarr, wie die Zahlen überinterpretiert werden“, wonach Singelstein noch von „rassistischen Diskursen“ berichtete.

Außerdem vertrat er die Ansicht, die gestiegenen Fallzahlen seien darauf zurückzuführen, „dass mehr angezeigt wird“. Das gelte vor allem für Verdächtige, „die man nicht als zur eigenen Gruppe gehörend wahrnimmt“. Ebenso brachte die Kriminologin und Soziologin Nicole Bögelein das angeblich einseitige Anzeigeverhalten in der ZDF-Sendung „Markus Lanz“ zur Sprache.

## Ablenkung auf Touristen

Um eine weitere Relativierung der Aussagen der PKS bemühte sich auch Thüne, indem er behauptete, viele der Tatverdächtigen würden überhaupt nicht in Deutschland leben: „Das sind reisende Tätergruppen, das sind Touristen, das sind Stationierungskräfte, das sind Pendler. Deswegen wird der Anteil an den Tätern immer größer sein als der Anteil an der Wohnbevölkerung.“ Dies freilich war definitiv eine Fehlinterpretation der Statistik, denn die nur kurzzeitig in der Bundesrepublik weilenden ausländischen Straftäter machen innerhalb der Gruppe der Kriminellen ohne deutschen Pass lediglich 0,09 Prozent aus. Dennoch kolportierte die „Tagesschau“ der ARD in ihren Abendnachrichten Thünes Aussage: „Und eine weitere Zahl in der Statistik lässt aufhorchen: die der nichtdeutschen Tatverdächtigen – zu denen auch Touristen und Arbeitspendler zählen.“

Bei der Interpretation der PKS gab es zudem noch sehr viel Verständnis für die Delinquenz der Immigranten hierzulande. Hierbei tat sich besonders der Moderator und Leiter des ARD-Politmagazins „Monitor“ Georg Restle hervor, der gerne für einen „werteorientierten“, sprich parteiischen Journalismus plädiert: „Ob jemand kriminell oder gewalttätig wird, hat nichts damit zu tun, ob jemand deutsch oder nicht deutsch ist. Dafür jede Menge damit, unter welchen Bedingungen wir hier zusammenleben.“ Und die Lebenssituation der Immigranten sei nun einmal prekär.

## Tätern helfen statt durchgreifen

Das sah Nicole Bögelein im ZDF ganz genauso: Die Eingewanderten fühlten sich oft „nicht aufgenommen“. Daraus zog sie den Schluss: „Es geht nicht darum, jetzt hart durchzugreifen, sondern es geht um

„Journalistische Neutralität? Fehlanzeige. Mit dem Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks hat das ‚Monitor‘-Posting nichts zu tun“

**Gitta Connemann**  
Rechtsanwältin,  
Bundestagsabgeordnete  
Bundesvorsitzende der  
Mittelstands- und  
Wirtschaftsunion

mehr Unterstützung.“ Parallel dazu unternahm die ARD noch weitere Versuche der Relativierung der PKS: „Wesentliche Gruppen von Straftaten“ wie „Staatschutzdelikte, Ordnungswidrigkeiten, Verkehrsdelikte sowie Delikte, die nicht zum Aufgabenbereich der Polizei gehören, also etwa Finanz- und Steuerdelikte“, fehlten in der Statistik. Dazu kämen „zahlreiche Fälle, die sich bereits im Jahr zuvor oder noch früher zugetragen haben können“.

Der 1. stellvertretende Vorsitzende der DPoG Bundespolizeigewerkschaft Manuel Ostermann bezeichnete diese und ähnliche Aussagen als Teil der „üblichen politischen Taschenspielertricks“, mit denen „man jetzt versucht, die Fakten erneut zu verniedlichen“.



Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache, aber viele aus dem Lager der Bundesinnenministerin wollen sie nicht hören: Nancy Faeser mit der PKS Foto: pa

## BERLIN

## FU gegen Asylcontainer auf einem ihrer Parkplätze

Laut Uni-Kanzlerin ist selbst eine „befristete Unterbringung von Flüchtlingen ... für die Fläche nicht möglich“

Erst Ende März hatte der Berliner Senat eine Liste mit Standorten für 16 neue Containerdörfer für sogenannte Geflüchtete vorgelegt. Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner (CDU) hat nun bereits weiteren Bedarf für Containerunterkünfte angekündigt. Nach Angaben von Berlins Flüchtlingskoordinator Albrecht Broemme werden „in dieser zweiten Runde“ Unterkünfte geplant, die für eine längerfristige Nutzung geeignet sind. Der Senat denkt daran, dass diese Unterkünfte später als Wohnungen genutzt werden.

Im Falle eines der geplanten Standorte aus der Liste, die der Senat Ende März veröffentlichte, hat Flüchtlingskoordinator Broemme inzwischen einen Protestbrief erhalten. In dem Schreiben von Andrea Güttner, der Kanzlerin der Freien

Universität Berlin (FU), geht es um die Thielallee 63 in Berlin-Dahlem. Dabei handelt es sich um eine mehrere tausend Quadratmeter große Fläche, die von der FU derzeit als Parkplatz genutzt wird. Nach den Vorstellungen Broemmes sollen auf der Fläche Wohncontainer zur Unterbringung von 260 Personen aufgestellt werden. Wie mehrere Hauptstadtszeitungen berichtet haben, lehnt die FU dies allerdings ab und verweist dabei auf eigene Pläne mit dem Areal. Demnach will die Universität auf der Fläche Gebäude für Lehre und Forschung errichten.

Broemme erklärte, die Erweiterung der FU nicht blockieren zu wollen, „doch solange das Grundstück brachliegt, können dort doch Flüchtlinge untergebracht werden“. Laut einem Bericht der „B.Z.“ kommt für die Universität im Südwesten

Berlins aber nicht einmal eine befristete Aufstellung von Containern in Betracht. So soll die FU-Kanzlerin an Broemme geschrieben haben: „Eine auch befristete Unterbringung von Flüchtlingen ist für die Fläche nicht möglich.“

Der FU-Präsident Günter Ziegler hat als Reaktion auf den Container-Plan des Senats auf ein Gebäude der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in der Thielallee verwiesen. Laut dem FU-Chef steht dieses leer und ist bereits bis 2017 schon einmal für die Unterbringung von Flüchtlingen genutzt worden. Obendrein fühlt sich die Führung der Universität in Dahlem offenbar auch übergangen. Laut einem Bericht der „Berliner Zeitung“ hat sich FU-Präsident Ziegler beklagt, von den Senatsplänen erst aus der Zeitung erfahren zu haben.

Gegenwind gegen den Plan des schwarz-roten Senats kommt inzwischen auch von der CDU Steglitz-Zehlendorf. Diese verteilte am Wochenende des 13. und 14. April an Anwohner Flugblätter, in denen sie die geplante Containerunterkunft auf dem FU-Gelände kritisierte. Auf den verteilten Blättern erklärt die CDU, zwar sei eine menschenwürdige Unterbringung von Asylsuchern wichtig, aber das FU-Gelände sei nicht geeignet.

Zudem seien die Anwohner nicht angehört worden. Aufgefordert werden die Bürger von der CDU schließlich, sich einem Appell an die Bezirksbürgermeisterin Maren Schellenberg (Grüne) anzuschließen, um „von dem „unzureichend durchdachten und intransparenten Vorhaben Abstand zu nehmen“. Hermann Müller (Siehe auch Kommentar auf Seite 8.)

## ENERGIEWENDE

## Das Menetekel von Oranienburg

Krise bei der Stromversorgung erzwingt die abrupte Vollbremsung bei der Entwicklung einer Stadt

VON HERMANN MÜLLER

Die nördlich von Berlin gelegene Stadt Oranienburg macht als Beispiel für schlechte Planung in der Energiewende bundesweit Schlagzeilen. Für die Bürger überraschend hatten die Stadtwerke am 10. April mitgeteilt: „Um das Stromnetz in Oranienburg weiter stabil zu halten, können die Stadtwerke ab sofort keine Neuanmeldungen oder Leistungserhöhungen von Hausanschlüssen mehr genehmigen.“

Von der Maßnahme betroffen sind auch Anschlüsse für Wärmepumpen und Autoladesäulen sowie neu geplante Gewerbe- und Industrieflächen. Wie es in der Pressemitteilung der Stadt heißt, hat sich der Strombedarf „unserer wachsenden Stadt“ enorm entwickelt, „schneller, als es in der Vergangenheit vorausgesehen wurde“. Anteil am gestiegenen Strombedarf hatte nach Angaben der Stadt neben dem Zuzug von Neubürgern und dem starken wirtschaftlichen Wachstum auch der verstärkte Einbau von Wärmepumpen.

## Stadtwerke haben geschlafen

Die im Kreistag Oberhavel und im Kommunalparlament von Oranienburg vertretene Piratenpartei Brandenburg bestreitet dagegen, dass sich der Strombedarf der Stadt schneller entwickelt habe als prognostiziert wurde. Die Partei sieht im Fall Oranienburgs vielmehr ein „Problem mit Ansage“. Demnach soll bereits im Jahr 2017 der übergeordnete Netzbetreiber EDIS die Stadtwerke Oranienburg darauf aufmerksam gemacht haben, dass ein bestehendes Umspannwerk an seine Leistungsgrenze komme und zusätzliche Kapazitäten benötigt würden. Nach Darstellung der Piratenpartei soll allerdings der inzwischen entlassene Stadtwerkechef Alireza Assadi trotz mehrmaliger Aufforderung nicht reagiert haben, um ausreichende Kapazitäten zu sichern.

„Es steht der Verdacht im Raum, dass die notwendigen Investitionen in die Infrastruktur zugunsten eines höheren Gewinns der Stadtwerke bewusst nicht vorgenommen wurden“, so die Partei in einer Mitteilung. Erst nachdem im Jahr 2023 der aktuelle Chef der Stadtwerke ins Amt gekommen sei, habe er „im Eiltempo“ dafür gesorgt, dass ein neues Umspannwerk in Auftrag gegeben wurde, so die Darstellung



Das Risiko wird sichtbar: Strom-Verteilerkasten am Oranienburger Schloss

Foto: pa/Paul Zinken

der Piratenpartei. Gegenüber der Lokalzeitung „MAZ“ räumte Oranienburgs parteiloser Bürgermeister Alexander Laesicke inzwischen tatsächlich ein, dass die neue Schnittstelle zum Hochspannungsnetz viel zu spät geplant worden sei. Zugleich kündigte er an: „Das werden wir aufarbeiten.“

Auch die Bundesnetzagentur will den Stromengpass in Oranienburg untersuchen. Die Behörde mahnte zudem, Netzbetreiber seien gesetzlich verpflichtet, das Stromnetz rechtzeitig und vorausschauend zu ertüchtigen. Klaus Müller, Chef der Agentur, fordert wegen der Stromengpässe in Oranienburg auch eine „schnelle Abhilfe“. Sollte es diese nicht geben, „dann werden wir uns aufsichtsrechtliche Konsequenzen vorbehalten“. Sogar das Bundeswirtschaftsministerium hat sich mittlerweile in den Fall eingeschaltet. Minister Habecks Parlamentarischer Staatssekretär Michael Kellner sagte, es sei absolut inakzeptabel, dass Privathaushalte und Unternehmen in Ora-

nienburg nicht mehr ans Stromnetz angeschlossen werden könnten. Der Grünen-Politiker erklärte, deutschlandweit wisse er von keinem weiteren Fall.

Oranienburg sucht derzeit nach Zwischenlösungen, die das Stromproblem kurzfristig lösen sollen. Mit dem Bau des neuen Umspannwerkes wurde zwar vergangenes Jahr begonnen, bereitstehen wird es voraussichtlich aber erst im Jahr 2026. Nachgedacht wird nun darüber, als Zwischenlösung ein kleineres Umspannwerk zu nutzen, das schnell errichtet werden kann.

## Warnung für ganz Deutschland

Ungeachtet der Versäumnisse der Lokalpolitik kann der Stromengpass in Oranienburg durchaus als Denkanstoß und Warnsignal für ganz Deutschland gelten. Sehr deutlich wird am Beispiel der Stadt, welche Rückwirkungen eine stark wachsende Bevölkerungszahl auf die Infrastruktur hat. Die Stadt mit derzeit rund

47.000 Bürgern zählte um die Jahrtausendwende nur knapp 30.000 Einwohner. Deutschland hat nun innerhalb kurzer Zeit noch über eine Million Flüchtlinge aus der Ukraine aufgenommen, dies, nachdem schon seit 2015 eine große Asylsucher- und Einwandererwelle zu verkraften war. Auch dies zieht einen massiven Investitionsbedarf nach sich, der sich immer mehr bemerkbar macht.

Oranienburg zeigt zudem auf, welches Risiko in einer Fokussierung auf einen einzigen Energieträger steckt. Die von der Bundesregierung und der EU vorangetriebene Dekarbonisierung aller Lebensbereiche führt zwangsläufig zu einem drastisch steigenden Strombedarf. Die vier großen deutschen Netzbetreiber gehen bis zum Jahr 2045 von einer Verdoppelung des Strombedarfs aus. Dieser steigende Bedarf und die zunehmende Dezentralisierung der Stromerzeugung machen hohe Milliardeninvestitionen in den Ausbau der Stromnetze erforderlich.

## AUSREISEPFLICHTIGE

## „Alcatraz“ mit offenen Türen

Brandenburgs Innenminister plant Abschiebezentrum – Grüner Koalitionspartner wehrt sofort ab

Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen (CDU) will ausreisepflichtige Asylbewerber auf der Oderinsel Küstrin-Kietz unterbringen. Nutzen will der Minister dafür die ehemalige Wehrmatterskaserne auf der Insel. Die unter Denkmalschutz stehende Anlage an der Bundesstraße B 1 ist seit dem Abzug der Sowjettruppen im Jahr 1991 ungenutzt. Bevor auf dem frühere Militärgelände das Abschiebezentrum entstehen kann, müssen allerdings Altlasten entsorgt werden. Dies kann zehn Millionen Euro kosten und benötigt offenbar einige Zeit: „Neun bis zwölf Monate nach Baubeginn können wir fertig sein“, so der Chef der Zentralen Ausländerbehörde des Bundeslandes, Olaf Jansen.

Der Plan des Ministers weist eine Besonderheit auf: Brandenburgs erstes Ausreisecentrum soll offenbar keine ge-

schlossene Umzäunung bekommen. Laut „B.Z.“ räumt Jansen mit Blick auf das geplante Zentrum ein: „Dorthin kommen nur alleinstehende Männer, auch Straftäter. Das wird keine geschlossene Einrichtung. Wir können niemand am Verschwinden hindern.“ Wie Jansen zudem erklärte, sollen in der neuen Einrichtung in drei oder vier Containern 150 bis 200 vollziehbar Ausreisepflichtige untergebracht werden: „Die einen werden abgeschoben, die anderen sollen freiwillig ausreisen.“

Vorgestellt hatte Innenminister Stübgen seinen Plan zum Aufbau von insgesamt drei Ausreisecentren bereits im vergangenen November. Die Idee habe er sich in Schleswig-Holstein abgeschaut, so Stübgen im Herbst. Grundidee ist es, ausreisepflichtige Personen zentral in Sammelunterkünften unterzubringen und mit einer Residenzpflicht zu belegen.

Dies soll verhindern, dass die Ausländer vor ihrer Abschiebung untertauchen. Derlei kommt bislang bei der dezentralen Unterbringung in den Landkreisen immer wieder vor.

## Angst vor der eigenen Klientel?

Die Ankündigung des Chefs der Zentralen Ausländerbehörde, das Ausreisecentrum in Küstrin-Kietz solle keine geschlossene Einrichtung sein, lässt in der Bevölkerung inzwischen Befürchtungen vor Kriminalität wachsen. Tatsächlich wird bei der bisherigen Konzeption des Ausreisecentrums nicht auszuschließen sein, dass ein Teil der Ausländer sich weder für die freiwillige Ausreise entscheidet noch seine Abschiebung abwartet, sondern eine dritte Möglichkeit wählt: das Abtauchen in die Illegalität. Ungeachtet der Ankündigung, das Abschiebezentrum werde keine

geschlossene Einrichtung, sprach die Grünen-Politikerin Antje Töpfer laut „B.Z.“ von „unmenschlichen Plänen“ und einem „Alcatraz“, das auf der Oderinsel entstehen solle.

Töpfer, Staatssekretärin unter der Integrationsministerin Ursula Nonnemacher (Grüne), kündigte bereits an, dem Plan des Innenministers nicht zuzustimmen. Wenige Monate vor der Landtagswahl ist dies auch ein Signal an die eigenen Anhänger. Brandenburgs Grüne haben in der laufenden Wahlperiode nämlich bereits der Finanzierung eines gemeinsamen Behördenzentrums von Bund und Land am BER zugestimmt, um dort Ausreisen zu organisieren. Als daraufhin vor dem Landtag eine Demonstration stattfand, waren prompt Plakate zu sehen, auf denen die Grünen als „Abschiebepartei“ bezeichnet wurden. H.M.

## KOLUMNE

## Linke Schlappe

VON THEO MAASS

Bei der Mitgliederbefragung in der Berliner SPD wurde der bisherige Co-Landesvorsitzende und Chef der Abgeordnetenhausfraktion Raed Saleh gedemütigt. Nur 15,7 Prozent der abgegebenen Stimmen entfielen auf ihn und seine Co-Bewerberin Luise Lehmann. Während linke Kreise dahinter ein Missfallen der Mitglieder über die von ihm mitverantwortete Regierungsbildung mit der CDU vermutet haben, dürften die wahren Gründe für Salehs Desaster woanders liegen.

Denn ausgerechnet der als „rechts“ bezeichnete Neuköllner Bezirksbürgermeister Martin Hikel und seine Co-Kandidatin, die Ex-Sportstaatssekretärin Nicola Böcker-Giannini, machten mit mehr als 48 Prozent das Rennen. Das dritte weit links verortete Bewerberteam mit Kian Niroomand und Jana Bertels kam nur auf 36 Prozent. Damit dürfte nach der Stichwahl vom 2. bis 17. Mai kein Koalitionswechsel in Berlin zu erwarten sein. Beobachter erwarten eine klare Mehrheit für Hikel und Böcker-Giannini.

Niroomand und Bertels hätten Schwarz-Rot womöglich in Frage gestellt. Das steht in der Berliner SPD aller Voraussicht nach nicht mehr zur Debatte. Möglicherweise könnte sich der Verzicht auf eine Kandidatur von Salehs bisheriger Co-Vorsitzenden Franziska Giffey als clever erweisen. Hikel erklärte inzwischen, Bezirksbürgermeister von Neukölln bleiben zu wollen. Irgendwann könnte Giffey, die zur rechten Zeit Demut und Bescheidenheit demonstriert hat, erneut gefragt werden, ob sie in den Landesvorstand der Partei aufrücken möchte.

Für Grüne und Linkspartei ist die Mitgliederbefragung in der SPD eine Katastrophe. Rot-Rot-Grün ist in Berlin auch mittelfristig nicht mehr zu erwarten. Raed Saleh hingegen, der „große Steuermann“ der Sozialdemokraten, scheint sich verzoockt zu haben. Rien ne va plus – nichts geht mehr. Bei der letzten Wahl eines Fraktionsvorsitzenden wurde Saleh noch nicht in Frage gestellt. Das könnte nun anders werden.

## MELDUNG

## Rechnungshof rügt Berlin

Berlin – Der Landesrechnungshof hat Berlins Senat gewarnt, dass bis Ende 2025 fast sämtliche Haushaltsrücklagen aufgebraucht sein werden. Laut Rechnungshofpräsidentin Karin Klingner enthält der aktuelle Doppelhaushalt Berlins zwar pauschal Minderausgaben in Höhe von fast zwei Milliarden Euro jährlich. Doch offenbar ist weitgehend ungeklärt, wo dieses Geld konkret eingespart werden soll. Die Rechnungshofchefin sagte: „So darf ein Haushalt nicht aussehen.“ Klingner warnt, dass bei einer Weiterführung des bisherigen Ausgabenniveaus 2026 und 2027 enorme Defizite auftreten würden. Auch das Programm des Senats, in Berlin ein Nahverkehrsticket für 29 Euro monatlich anzubieten, hat scharfe Kritik ausgelöst. Bayerns Verkehrsminister Christian Bernreiter (CSU) erklärte, das Ticket werde mit bayerischem Geld finanziert. Der Freistaat ist größter Geldgeber im Länderfinanzausgleich. Berlin ist größter Empfänger. H.M.

## ● MELDUNGEN

## Lega wieder Lega Nord?

Rom – Umberto Bossi, Gründer der Lega Nord, hat sich für einen Führungswechsel bei der Lega ausgesprochen. Kurz vor dem 40. Gründungsjubiläum der Partei erklärte der 82-Jährige in einem Interview: „Die Lega braucht einen neuen Leader – einen, der wieder die Interessen Norditaliens ins Zentrum stellt.“ Der frühere Lega-Justizminister Roberto Castelli warf dem aktuellen Lega-Vorsitzenden Matteo Salvini sogar vor, den Traum der Lega-Anhänger von einer Autonomie des Nordens verraten zu haben. Der frühere Minister sagte, Salvinis Zeit sei abgelaufen. Bereits im März hatten ehemalige Lega-Parlamentarier und frühere Amtsträger Salvini in einem offenen Brief zu einem Kurswechsel aufgefordert. Salvini hatte im Jahr 2013 die Führung der Lega Nord übernommen. In seiner Amtszeit gründete die Partei in der gesamten Republik Sektionen und strich das „Nord“ aus dem Namen. In aktuellen Umfragen liegt die Lega nur noch bei sieben Prozent. H.M.

## Saudi-Projekt schrumpft

Riad – Das derzeit ehrgeizigste und teuerste Siedlungsprojekt der Welt, der Bau der futuristischen Stadt The Line in Saudi-Arabien, ist ins Stocken geraten. Als Kernstück des Vorhabens gilt ein 500 Meter hoher Wolkenkratzer, der sich vom Roten Meer 170 Kilometer schnurgerade in die Wüste erstrecken und neun Millionen Menschen beherbergen soll. Als Zwischenziel war vorgesehen, bis 2030 Wohnraum für 1,5 Millionen Personen zu schaffen. Wie das Informationsdienstleistungsunternehmen Bloomberg nun gemeldet hat, verlaufen die Arbeiten aber viel zu langsam, und eine Baufirma hat bereits zahlreiche Beschäftigte abgezogen oder entlassen. Damit dürften 2030 lediglich 2,4 Kilometer von The Line mit Wohnungen für 300.000 Menschen bezugsfertig sein. Als Grund hierfür nennt Bloomberg finanzielle Probleme des saudischen Staatsfonds, der das Projekt finanziert. W.K.

## Preisexplosion wegen „Grün“

Sacramento – Wie das Energieportal Master Resource meldet, sind die Strompreise im US-Bundesstaat Kalifornien infolge des immer größeren Anteils von Windkraft- und Solaranlagen explodiert. Im Jahre 2011 kostete die Kilowattstunde für Privathaushalte noch 13 US-Cent, während diesen Januar bereits 29,5 Cent fällig waren. Das ist der höchste Strompreisanstieg in den Vereinigten Staaten, in denen die Stromkosten Anfang dieses Jahres ansonsten bei durchschnittlich 15,4 Cent lagen. Kalifornien betreibt eine ähnliche Energiepolitik wie die Bundesrepublik und will ab 2045 nur noch Erneuerbare Energien für die Stromerzeugung nutzen. In diesem Zusammenhang kam es zur Stilllegung von elf Kohlekraftwerken, und das letzte Kernkraftwerk steht kurz vor der Abschaltung. Viele Abgeordnete des kalifornischen Parlaments sehen nun die Schmerzgrenze überschritten und verlangen „eine vernünftige Gestaltung der Strompreise“. W.K.

## MIGRATION

## Giorgia Meloni macht ernst

EU-Mitglied Italien hat im Nicht-EU-Mitglied Albanien mit dem Bau eines Asylzentrums begonnen

VON BODO BOST

Die Ortschaft Gjadër liegt zwanzig Kilometer von der nordalbanischen Hafenstadt Shëngjin entfernt. Zwischen einem katholischen Friedhof und einem heute verlassenen ehemaligen Luftwaffenstützpunkt soll bis zum 20. Mai ein Zentrum für Immigranten eröffnet werden, so die Vereinbarung, die im November letzten Jahres von den Regierungschefs Albaniens und Italiens, Edi Rama und Giorgia Meloni, unterzeichnet wurde.

## Eröffnung am 20. Mai geplant

Letztere will damit ihr Wahlversprechen einlösen, die Zahl der in Italien aufgenommenen Immigranten, die bis 2023 auf über 150.000 gestiegen ist, zu reduzieren. Das Zentrum ist für 3000 Personen konzipiert. Da die Verweildauer bei einem Monat liegen soll, könnten also bis zu 36.000 Personen pro Jahr die Einrichtung durchlaufen. Ausschließlich erwachsene Männer aus Ländern, die als sicher gelten,

sollen hier während ihres Asylverfahrens kaserniert werden. Dort werden ihre Asylanträge geprüft und sie werden gegebenenfalls in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt, wobei die Rückflüge von Italien aus erfolgen müssen. Familien oder Frauen mit Kindern sollen nicht nach Albanien ausgelagert werden.

„Im Moment ist Italien wegen der vielen illegalen Migranten in Schwierigkeiten, und Albanien kann helfen“, sagt der albanische Abgeordnete Denis Deliu, Mitglied der in Tirana regierenden Sozialistischen Partei (SP). Für ihn ist das Abkommen eine klare Win-Win-Situation, eine Symbiose. Albanien hat Italien die freie Nutzung von zwei Grundstücken gewährt, eines innerhalb des Luftwaffenstützpunkts Gjadër und eines im Hafen von Shëngjin. Sie werden als italienisches Hoheitsgebiet betrachtet, wie es auch die ausländischen Botschaften sind. Im Hafen wird ein Hot Spot eingerichtet, wie es ihn bereits in Italien auf der Insel Lampedusa gibt. Dort wird Erste Hilfe geleistet und werden Identifizierungs-

maßnahmen durchgeführt. In Gjadër wird derzeit ein Bereitschaftszentrum für die Rückführung (CPR) gebaut. Dort werden ausländische Staatsbürger inhaftiert, die auf die Vollstreckung eines Abschiebebefehls warten.

## Kosten von gut 650 Millionen Euro

Die Kosten für die italienische Regierung belaufen sich auf gut 650 Millionen Euro für fünf Jahre. Eine Verlängerung ist möglich. Die gute halbe Milliarde Euro beinhaltet den Bau und die Verwaltung der Zentren, die Überwachung, die den albanischen Behörden übertragen wird, sowie Personal- und Transportkosten.

Während in Italien Nichtregierungsorganisationen und die Opposition das Abkommen kritisieren, bildet sich auch in Albanien Widerstand. Viele der heute dort lebenden Albaner haben selbst einmal versucht, in Italien einzuwandern. Einige kennen sogar Lampedusa aus eigener Erfahrung. Sie fürchten um den Tourismus, von dem diese Region im Norden von Albanien zurzeit eher schlecht denn

recht lebt. Die Eröffnung des Zentrums wird auch dazu führen, dass etwa 50 Fischer vom Hafen Shëngjin in den 70 Kilometer weiter südlich gelegenen Hafen Durrës umgesiedelt werden. Während man im Norden von Albanien katholisch ist, ist Durrës bereits muslimisch, wie fast das gesamte Land. Dass die beiden Zentren für fast ausschließlich muslimische Immigranten ausgerechnet im katholischen Teil Albaniens gebaut werden, lässt tief blicken, denn die Katholiken im Norden und die orthodoxen Christen im Süden haben im muslimischen Albanien kaum Rechte. Sie stellen das Gros der Migranten aus Albanien.

Die Gemeinde Lezhë, in der die beiden Orte liegen, hat bereits Erfahrung mit der Aufnahme von afghanischen Immigranten. Auf Bitten der USA hatte sich Albanien 2021 bereit erklärt, etwa 3000 aus Kabul ausgeflogene Afghanen aufzunehmen. Hunderte von ihnen befinden sich noch immer in einem Luxusresort und warten darauf, ein Visum für die USA zu erhalten. Vor den Afghanen gab es iranische Dissidenten und vor ihnen Uiguren aus China, die auf der Balkanroute in Albanien hängengeblieben sind. Albanien möchte mit dem Deal mit Italien zeigen, dass es ein verlässlicher Partner sei und somit den Beitrag zur Europäischen Union verdiene. Noch nie hat ein Gericht die Aufnahme von Asylsuchern in Albanien blockiert. Die ersten Asylsucher werden voraussichtlich Ende Mai eintreffen, kurz vor den Europawahlen am 9. Juni.

## Entscheidung des EuGH steht aus

Das Abkommen mit Italien hängt jedoch ab vom Urteil des Gerichtshofs der Europäischen Union über die Gültigkeit des sogenannten Cutro-Dekrets der Regierung Meloni von Ende 2023, auf dem das italienisch-albanische Abkommen beruht. Dieses Dekret sieht vor, dass die italienischen Behörden einen Asylsucher bis zu achtzehn Monate inhaftieren können, sofern dieser nicht eine Kaution in Höhe von 5000 US-Dollar hinterlegt. Sollte der Gerichtshof zu dem Schluss kommen, dass die italienische Regelung nicht mit den EU-Vorschriften übereinstimme, würde das gesamte Abkommen in Frage gestellt werden. Trotz dieses Risikos hat die italienische Regierung Ende März mit den Bauarbeiten begonnen.



Italiens Regierungschefin hat vergangenen November mit ihrem albanischen Amtskollegen die bilaterale Grundlage geschaffen: Edi Rama und Giorgia Meloni am 6. November in Rom  
Foto: action press

## US-REPUBLIKANER

## John Paulsen trommelt für Biden-Herausforderer

Spendengala in der Villa des Hedgefonds-Managers brachte 50 Millionen US-Dollar für Trumps Kriegskasse

Von einer derart hohen Tageseinnahme träumen wohl viele Gastronomen. Die Villa des höchst einflussreichen Hedgefonds-Managers und US-Milliardärs John Paulsen platzte an diesem Tag aus allen Nähten, und das Ziel, mehr als 50 Millionen US-Dollar einzunehmen, wurde erreicht. Einen festen Spendenbetrag gab es nicht, aber allen Gästen war klar, was von ihnen erwartet wurde: so viel Geld wie möglich für die Wahlkampagne von Donald Trump zu spenden.

Dessen Kriegskasse ist durch eine Vielzahl von juristischen Auseinandersetzungen arg in Mitleidenschaft gezogen. Paulsen will dem Abhilfe schaffen. Nur die Reichsten der Reichen lud er deshalb in seine Villa zu einer Spendengala, und wer bei dem ehemaligen und möglicherweise auch zukünftigen US-Präsidenten am Tisch sitzen wollte, musste rund

800.000 US-Dollar extra zahlen. Dem Vernehmen nach gab es deutlich mehr Anwärter als Stühle.

„Rob“ Bigelow, ein milliardenschwerer Hotelier und Raumfahrt-Investor, war ebenso dabei wie Tiktok-Investor Jeff Yass und der Multiunternehmer John Catsimatidis. Sie alle eint die Ablehnung des Sozialismus. Die derzeitige Regierung von Präsident Joe Biden ist ihnen zu liberal, zu sozial, zu unamerikanisch.

Und mittendrin zieht Paulsen die Strippen, ein Mann, von dem Kritiker sagen, der Begriff Heuschrecke sei seiner wegen erfunden worden. Der 68-Jährige ist als Spekulant vermögend geworden, weil er die US-Immobilienblase und den Einbruch des Häusermarktes 2007, der später das gesamte Finanzsystem ins Wanken brachte, vorhersah. Durch die Zockerei auf die Pleite soll er alleine einen

Privatgewinn von 3,8 Milliarden US-Dollar eingefahren haben. Zuletzt wurde sein Vermögen auf mehr als zwölf Milliarden Dollar geschätzt. Damit reicht es zwar nicht für einen Platz unter den reichsten 100 der Welt, aber als Spenden-Guru für Trump erfüllt er seinen Zweck.

Der republikanische Herausforderer hinkt hinterher. Laut US-Medien hat der demokratische Amtsinhaber bislang mehr als doppelt so viel an Spenden eingenommen. Mittels Paulsens Einsatz soll die Lücke nun geschlossen werden. Als Dank soll Trump seinem Mitstreiter den Posten des Finanzministers in Aussicht gestellt haben, sollte er im Herbst gegen Biden gewinnen und erneut ins Weiße Haus einziehen.

Paulsen hat eine typische Börsenkarriere hingelegt. Er hat Wirtschaft in Harvard studiert und zu Beginn seiner Laufbahn für

diverse Beratungsfirmen gearbeitet. Genau wie Trump neigt er dazu, seinen Reichtum zur Schau zu stellen. So gönnte er sich ein Gemälde Vincent van Goghs für 45 Millionen Dollar und ein Hotel auf Puerto Rico, das er mit seinem Gefolge schon einmal alleine bezieht. Der Schmuck seiner Ehefrau wurde kürzlich auf 20 Millionen Dollar geschätzt. Das Paar liefert sich derzeit einen Scheidungskrieg.

Denn parallel zu seinen politischen Ambitionen hat sich Paulsen auch privat umorientiert. An seiner Seite tritt nun eine 38 Jahre jüngere Influencerin auf. Politisch ist er bisher kaum in Erscheinung getreten, allerdings wird erwartet, dass er sich Trump treu ergeben zeigt. Der hatte während seiner ersten Amtszeit eine Steuerreform aufgelegt, bei der Spitzenverdiener und Großunternehmer am stärksten profitierten. Peter Entinger

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Die Bundesregierung verteilt über verschiedene Ministerien, Ämter und parteinahe Stiftungen in großem Umfang Forschungs- und Fördermittel, die dem Ausbau der sogenannten erneuerbaren Energien zweckdienlich sind oder sein sollen. Wie viel Geld der Staat dafür insgesamt ausgibt, dürfte selbst intern kaum nachzuvollziehen sein. Nur durch gezielte Nachfragen öffnet sich für die Bürger gelegentlich ein Fenster, und man gewinnt einen Eindruck von der Förderpraxis der Regierung, also wer von ihr in welcher Höhe gefördert wird – und wer leer ausgeht.

2021 plante der Deutsche Wetterdienst (DWD) erstmals grundlegende Forschungen über den Einfluss der expandierenden Nordsee-Windparks auf das atlantische Wettersystem auch im Hinblick auf die Wettervorhersage. Wie der Sprecher des DWD im Frühjahr 2021 auf eine diesbezügliche Anfrage mitteilte, bereitete sein Haus „zusammen mit Projektpartnern“ ein Forschungsprojekt beim Bundeswirtschaftsministerium vor. Laut Mitteilung der Pressestelle sollte „der Einfluss der Windenergieanlagen in der Nordsee im hochauflösenden Wettervorhersagemodell ICON-D2 des DWD durch geeignete Parametrisierungen berücksichtigt werden. Die Ergebnisse dieses Projektes werden eine quantitative Bewertung des potentiellen Einflusses der Windenergieanlagen auf die kurzfristige Wettervorhersage auf verschiedenen räumlichen Skalen erlauben. Diese Forschungsarbeit soll auf mehrere Jahre ausgelegt sein“.

#### Wer bekommt staatliche Förderung?

Eine Anfrage beim Wirtschaftsministerium unter der damaligen Leitung des Ministers Peter Altmeier (CDU) ergab die Auskunft, dass im Ministerium von einem derartigen Forschungsprojekt nichts bekannt sei. Zwei Jahre später, im Frühjahr 2023, wurde bei der Pressestelle des DWD um Informationen zum Stand dieses Forschungsvorhabens gebeten. Eine Antwort blieb aus. Nochmalige Nachfragen bis zum August 2023 führten schließlich zur Auskunft eines Wissenschaftlers aus der Abteilung Hydrometeorologie des DWD: „Nach interner Rücksprache kann ich Ihnen dazu mitteilen, dass der Antrag in der ursprünglich angedachten Konstellation nicht eingereicht wurde. Es wurde jedoch ein thematisch verwandter Forschungsantrag gemeinsam mit mehreren europäischen Partnern bei der EU gestellt. Dieser Antrag wurde jedoch abgelehnt. Die Mitteilung der abschließenden Entscheidung erfolgte im Februar 2023.“



Ihre Häuser sind bei der Forschungsförderung der Bundesregierung zum Themenkomplex Erneuerbare Energien federführend: Der Minister für Wirtschaft und Klimaschutz Robert Habeck und die Ministerin für Bildung und Forschung Bettina Stark-Watzinger

#### ENERGIEWENDE

## Forschungsförderung mit doppeltem Standard

Die Bundesregierung unterstützt Forschung zum Bereich Erneuerbare Energien, sofern sie ihrem Energiewendeprogramm dienlich ist

Demnach hat der aktuelle Wirtschaftsminister Robert Habeck in Absprache mit der EU-Kommission eine möglicherweise essentiell wichtige Studie über die Auswirkungen der Nordsee-Windindustrie auf die atlantische Wetterküche und damit auf das Wettergeschehen in Europa unterbunden. Offenbar will die Regierung um jeden Preis einen Stolperstein bei ihrem Energiewendeprogramm verhindern. Laut einer privat übermittelten Information unterhält der DWD inzwischen eine eigene Abteilung für die Auswertung des Windenergie-Entzugs durch die Windparks. Diese Abteilung dürfe aber nicht öffentlich in Erscheinung treten, und man arbeite daher quasi inkognito.

#### Wie hoch ist die Förderung?

Demgegenüber wurden im vergangenen Jahr, Stand November 2023, über diverse

Förderprogramme des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) Zuwendungen des Bundes an Tochtergesellschaften von Siemens Energy sowie an den Windenergieanlagenhersteller Nordex in Höhe von rund 112 Millionen Euro ausgezahlt oder bewilligt. Dies ging aus der Antwort des BMWK auf eine Frage des AfD-Bundestagsabgeordneten Enrico Komning hervor. Hauptprofiteur ist das Energietechnikunternehmen Siemens Energy Global. Es erhielt über elf von insgesamt 17 verschiedenen Fördertöpfen 86 Millionen Euro aus dem Staatshaushalt. Die Windenergieanlagenhersteller Siemens Gamesa Renewable Energy und Nordex wurden mit neun beziehungsweise sechs Millionen Euro bedacht. Mit der vergleichsweise bescheidenen Summe von 12,500 Euro wurde der Biokraftstoff-

hersteller Verbio Vereinigte Bioenergie unterstützt. Die Anfrage des Abgeordneten bezog sich nur auf diese Unternehmen und dementsprechend wurden keine Auskünfte hinsichtlich Zuwendungen an weitere Unternehmen der Branche erteilt.

Noch weit stärker als die Unterstützung der Privatwirtschaft fällt Jahr für Jahr die staatliche Mittelvergabe an die kaum überschaubare institutionelle Forschung zur Transformation des Energiesektors ins Gewicht. Eine Kontrolle über die zweckgebundene Verwendung der Gelder ist kaum denkbar.

In der Zusammenschau ergibt sich ein konträres Gebaren bei der staatlichen Hilfe für den „erneuerbaren Sektor“ von „Hand auf“ und „Hand zu“. Die wenigen Beispiele lassen erkennen, wie die Regierung vorgeht und dabei ihrem Auftrag der Vorsorgepflicht seit Jahren nicht nachkommt.

#### TESLA

## In Grünheide geht die Angst um

E-Mobil-Flaute: Widersprüchliche Aussagen zur Zukunft der Elektro-Auto-Fabrik in Brandenburg

Seit die Bundesregierung die bis dahin erfolgende Subventionierung des Kaufs von Elektroautos Ende letzten Jahres gestrichen hat, steckt der Markt in einer Krise. Im Januar brachen die Verkaufszahlen in Deutschland im Vergleich zum Vorjahresmonat um mehr als 60 Prozent ein. Auch im Februar und März lagen die Zulassungszahlen für Elektroautos deutlich unter den Zahlen der Vorjahresmonate.

Sinkende Nachfrage und wachsende Konkurrenz durch andere Hersteller sowie ein damit zusammenhängender Fall des Börsenkurses bringen inzwischen den US-Autobauer Tesla unter Druck. Der Pionier unter den E-Autobauern lieferte im vergangenen Quartal weltweit mehr als acht Prozent weniger Fahrzeuge aus als im Vorjahreszeitraum. Noch zum Jahresbeginn hatten Analysten mit einem neuen Rekord beim Tesla-Verkauf gerechnet.

Am 15. April kündigte der Tesla-Chef Elon Musk zudem in einer internen E-Mail an alle Beschäftigten an, aus Kostengründen weltweit zehn Prozent der Stellen zu streichen. „Das wird uns schlank, innovativ und hungrig für die nächste Wachstumsphase machen“, so Musk in seiner Nachricht an die Mitarbeiter.

Laut einem Bericht des „Handelsblatts“ ist auch der deutsche Tesla-Standort im brandenburgischen Grünheide vom Stellenabbau betroffen. Dort sind derzeit 12.500 Menschen beschäftigt. Für Unruhe sorgten Medienberichten, denen zufolge in Grünheide sogar 3000 Stellen abgebaut werden sollen. Dies wäre deutlich mehr als der von Musk angekündigte Personalabbau von einem Zehntel. Kommentatoren wiesen auch darauf hin, dass der Tesla-Manager

Rohan Patel den Autobauer verlassen hat. Patel hatte sich bislang um Teslas Gigafabrik bei Berlin gekümmert. Nach Einschätzung des „Tagesspiegel“ war Patel „in der Tesla-Zentrale auch so etwas wie eine schützende Hand für die deutsche Fabrik“ gewesen.

Tesla selbst erklärte, die in Medienberichten genannte Zahl von 3000 Stellen, die in Grünheide wegfallen sollen, „entbehrte dabei jeder Grundlage“. Es werde geprüft, wie sich der von Musk angekündigte Stellenabbau auf Grünheide auswirke, so Tesla. Bereits zum 22. April hat der US-Elektroautobauer nun bei seinem Werk in Grünheide 300 Leiharbeiter abgemeldet. Zuletzt hatte Tesla in Grünheide fast 2000 Leiharbeiter beschäftigt.

Erst im März hatte Musk einen Ausbau der „Gigafactory Berlin-Brandenburg“ angekündigt. Noch bevor das Un-

ternehmen sein Etappenziel einer Jahresproduktion von 500.000 Fahrzeugen erreicht hatte, kündigte Tesla für Grünheide eine Ausweitung der Produktion auf eine Million Autos jährlich an. Das Unternehmen erklärte auch mehrfach, dass die Zahl der Beschäftigten im Brandenburger Werk auf 22.500 aufgestockt werden soll.

Sebastian Walter, Fraktionsvorsitzender der Linken im Landtag Brandenburg, warf Tesla und Firmenchef Musk inzwischen vor, von Anfang an Planvorgaben gemacht zu haben, die mit der Realität nichts zu tun hätten. Der Linke-Politiker fordert eine staatliche Beteiligung des Landes Brandenburg an dem Tesla-Werk. Vorbild soll nach den Vorstellungen des Linke-Politikers die Beteiligung Niedersachsens bei Volkswagen sein.

Hermann Müller

#### MELDUNGEN

## EU-Geldsegen für Warschau

Brüssel – Mit zwei Jahren Verzögerung hat Polen erste Gelder aus dem NextGenerationEU-Fonds erhalten. Bei der ersten Auszahlung handelt es sich um 6,3 Milliarden Euro. Katarzyna Pełczyńska-Nałęcz, Ministerin für Entwicklungsfonds und Regionalpolitik, sprach angesichts des Geldsegens vom „größten Einzeltransfer in den 20 Jahren der EU-Mitgliedschaft Polens“ und einem wichtigen „Tag für die polnische Wirtschaft [...] und für das polnische Volk, um zu erkennen, dass sich die EU-Mitgliedschaft für uns alle auszahlt“. Bis zum Jahresende erhält Polen nach Angaben der Ministerin noch 23 Milliarden Euro aus dem 750 Milliarden Euro schweren Wiederaufbaufonds der EU. Angeblich wegen Bedenken hinsichtlich der Rechtsstaatlichkeit Polens vor dem Regierungsantritt des früheren Präsidenten des Europäischen Rates und Vorsitzenden der Europäischen Volkspartei Donald Tusk als polnischer Ministerpräsident hatte die EU insgesamt 137 Milliarden Euro an EU-Mitteln eingefroren. Die EU-Kommission hat im Februar entschieden, diese Gelder freizugeben. H.M.

## Absatz bricht massiv ein

Berlin – Der Absatz von Wärmepumpen ist EU-weit im vergangenen Jahr um fünf Prozent zurückgegangen. Die Branchenvereinigung European Heat Pump Association (EHPA) sieht nach einer Analyse der größten europäischen Märkte „billiges Gas und teure Bankkredite“ als die Hauptursachen für den Absatzrückgang bei Wärmepumpen. Über ein Jahrzehnt waren die Hersteller an kontinuierliches Wachstum gewöhnt gewesen. Nach Ansicht der EHPA haben die hohen Zinssätze dazu geführt, dass fremdfinanzierte Wärmepumpen unattraktiv geworden sind. Zudem habe sich der Neubau von Häusern mit Wärmepumpen verlangsamt. Weiter erklärte der Verband, die meisten EU-Maßnahmen zur Förderung der Wärmepumpenindustrie seien entweder in Brüssel blockiert oder in den Mitgliedstaaten verwässert worden. In Polen und der Slowakei habe sich überdies auch der Anstieg der Strompreise auf den Absatz von Wärmepumpen ausgewirkt. H.M.

## Russen-Aktien stark gestiegen

Moskau – An der Moskauer Börse hat der Kurs des rubelbasierten Moscow Exchange Index (MOEX), der die 50 liquidesten Aktien der größten russischen Unternehmen beinhaltet, Mitte April mit 3422 Punkten den höchsten Stand seit dem Beginn des Ukrainekrieges erreicht. Anschließend stabilisierte er sich im Bereich kurz darunter. Im Herbst 2022 hatte er noch bei weniger als 2000 Punkten gelegen. Am 22. September 1997 hatte er mit 100 Punkten gestartet. Zu den Gründen des Kursanstiegs gehört, dass den russischen Investoren aufgrund der Wirtschaftssanktionen gegen Russland und des politischen Drucks von Seiten des Kremls kaum eine andere Möglichkeit bleibt, als ihr Geld in eigenen Land anzulegen. W.K.

## KOMMENTAR

## Die Doppelmoral der FU

HERMANN MÜLLER

Die Ankündigung des Berliner Senats, verteilt über das Stadtgebiet 16 neue Containerdörfer für Asylsucher aufzubauen, ist bislang vor allem bei den Bürgermeistern der betroffenen Bezirke auf scharfe Kritik gestoßen. Lichtenberg und Reinickendorf wiesen auf eine hohe Zahl von Asylsuchern hin, die vor Ort schon untergebracht wurden.

Beide Bezirke erinnerten den Senat auch daran, dass die Pläne für neue Containerunterkünfte bestehende Pläne für eine Schule in Lichtenberg und einen Gewerbe- und Handelswerkhof in Reinickendorf unmöglich machen. „Wenn dort ein Container hinkommen sollte, ist das Konzept obsolet“, kritisierte die CDU-Bezirksbürgermeisterin Emine Demirbüken-Wegner.

Mittlerweile liegt dem Berliner Flüchtlingskoordinator Albrecht Broemme auch ein Protestbrief der Freien Universität (FU) vor. Geht es nach dem Koordinator, soll die Universität für eine Containerunterkunft eine Universitätsfläche zur Verfügung stellen, die derzeit als Parkplatz genutzt wird. Unterbringen will der Senat auf dem Gelände 260 Asylsucher.

Die Leitung der Universität hat mit der Fläche allerdings andere Pläne. Sie will das Gelände nutzen, um dort Gebäude für Lehre und Forschung zu bauen. In einem Brief an den Flüchtlingskoordinator schrieb die FU-Kanzlerin Andrea Güttner, dass selbst eine befristete Unterbringung von Flüchtlingen auf dieser Fläche nicht möglich sei.

## Asylsucher im Flughafen Tegel

Möglicherweise spielt bei der ablehnenden Haltung der Universität auch eine Vorahnung eine Rolle, dass die provisorischen Anlagen mit Wohncontainern doch länger bestehen bleiben könnten, als dies vom Senat dargestellt wird.

Auch das „Ukraine-Empfangszentrum“ auf dem ehemaligen Flughafen Tegel war von der Berliner Landesregierung zunächst als kurzes Provisorium angekündigt worden. Mittlerweile ist aus den „Ankunftszentrum“ längst auch eine dauerhafte Massenunterkunft geworden, deren Betrieb bis Ende 2025 verlängert wurde.

Ursprünglich sollte die Hochschule für Technik in das frühere Flughafenterminal einziehen. Auf den ersten Blick

schien es, dass der Senat mit dem Standort in Berlin-Dahlem eine perfekte Wahl getroffen habe. Die FU könnte ganz nach ihrem gepflegten Selbstverständnis ein neues Zeugnis liefern, wie weltoffen, multikulturell und vielfältig sie ist und wie Hilfsbereitschaft gegenüber „Geflüchteten“ aussieht.

Schon bei der Zuwanderungswelle von 2015 hatte die FU unter dem Namen „Welcome@FUBerlin“ eigens ein Programm für Asylsucher aufgelegt. Obendrein müsste es die Führung der Universität auch begrüßen, wenn mit dem Bau des Containerdorfs eine große Zahl von Autoparkplätzen verschwindet. Die FU selbst preist auf ihrer Internetseite Fahrradfahren als „zeitsparend, leise, gesund und sehr klimafreundlich“ an. Passend dazu steht FU-Angehörigen auch eine „FURad-Fahrrad Selbsthilfswerkstatt“ zur Verfügung.

## Kritik an Bürgerkritik

Erstauulich zurückhaltend haben bislang viele Medien auf die ablehnende Haltung der FU reagiert: Zwar stellte die „Berliner Zeitung“ in einem Artikel gleich in der Überschrift die Frage: „Bröckelt die woke Fassade?“ Auch die „B.Z.“ berichtete: „Freie Universität wehrt sich gegen Flüchtlings-Container“. Für viele Redaktionen war der Brief der FU-Leitung an Senats-Flüchtlingskoordinator Broemme allerdings nicht einmal eine kurze Meldung wert.

Damit wurde eine Chance vertan, den Bürger an einem konkreten Beispiel ganz differenziert zu zeigen, dass es für die Ablehnungen von neuen Asylsucherunterkünften durchaus sachlich nachvollziehbare Gründe geben kann. Wehren sich Bürger gegen Pläne für neue Massenunterkünfte, wird ihnen allzu oft ein „Nicht in meiner Nachbarschaft“-Denken oder sogar Rassismus vorgeworfen.

Solche Bekämpfung von Bürgerkritik dürfte allerdings zunehmend schwieriger werden. Auch Deutschlands Landkreise signalisieren inzwischen, dass sie mit der Unterbringung weiterer Immigranten überfordert sind und eine Integration der eingewanderten Menschen nicht mehr möglich ist. Reinhard Sager, der Präsident des Deutschen Landkreistages, forderte einen konsequenten Schutz der deutschen Grenzen und sogar einen Aufnahmestopp für weitere Asylsucher aus der Ukraine.



„Gigantischer PR-Erfolg“: Ungarns Premier Viktor Orbán bei der „NatCon“ in Brüssel

Foto: imago/Le Pictorium

## LEITARTIKEL

## Linke Cancel Culture

ROBERT MÜHLBAUER

Selten hat es um ein konservatives Treffen so viel Aufregung gegeben wie um die „National Conservatism Conference“ (NatCon) vorige Woche in Brüssel. Polizei marschierte auf. Die Tagung mit konservativen und rechten Politikern wie Ungarns Regierungschef Viktor Orbán oder dem Brexit-Vorkämpfer Nigel Farage, mit Intellektuellen und Publizisten sollte verboten werden. Die Polizisten blockierten einen halben Tag lang die Türen des Gebäudes; Hunderte Teilnehmer mussten im Saal ausharren, andere Gäste kamen nicht mehr rein. Der deutsche Kardinal Gerhard Ludwig Müller, einer der Podiumsteilnehmer, zeigte sich fassungslos und zog sogar Vergleiche zu NS-Deutschland und zu SA-Methoden.

Linke Aktivisten und Politiker haben alle Hebel gezogen, um die NatCon zu verhindern, auf der über Grenzschutz und Migrationskontrolle, Familienpolitik, christlich-jüdische Kultur und die Rolle des Nationalstaats in Zeiten der Globalisierung gesprochen werden sollte. Erst haben Antifa-Gruppen und eine „Menschenrechtsliga“ zwei Veranstaltungsorte im Europaviertel so lange unter Druck gesetzt, bis diese ihre Raumzusagen zurückzogen. Auch der sozialistische Bürgermeister Philipp Case setzte sich für eine Absage der konservativen Konferenz

ein. Schließlich fanden die NatCon-Organisatoren in letzter Minute einen Ausweichsaal im Claridge-Zentrum. Das liegt im ärmeren Stadtviertel Saint-Josse-ten-Noode mit einem sehr hohen Ausländeranteil und vielen Dönerbuden. Nun schickte der lokale linke Stadtteilbürgermeister mit Namen Emir Kir die Polizei los und wollte die laufende Konferenz verbieten – angeblich wegen der öffentlichen Sicherheit. Die „extreme Rechte“ sei „nicht willkommen“, trötete Kir (der, nebenbei bemerkt, vor Jahren wegen seiner Nähe zu türkischen Rechtsextremen aus der Sozialistischen Partei geflogen ist).

## Verbotsversuch ging nach hinten los

Nicht nur der britische Premierminister Sunak zeigte sich „äußerst beunruhigt“ über das versuchte Verbot der Konferenz, wo seine Ex-Innenministerin anwesend war. „Veranstaltungen zu canceln, die Teilnahme zu verhindern und Rednern die Bühne zu entziehen, beschädigt die Redefreiheit und die Demokratie“, ließ Sunak über einen Sprecher ausrichten.

Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni telegrafierte an ihren belgischen Amtskollegen. Was in Brüssel geschehe, erfülle sie mit Unglauben und Abscheu. Belgiens Ministerpräsident De Croo äußerte sich dann per X/Twitter und schrieb: „Die Vorgänge heute im Claridge waren inakzeptabel.“ Es sei verfassungswidrig, eine friedliche politische Versammlung zu

verbieten. So entschied dann auch der belgische Staatsrat, das oberste Verwaltungsgericht, in einer Eilentscheidung.

Linke Medien wie die „Süddeutsche Zeitung“ konnten sich Häme mal wieder nicht verkneifen. „Glücklich in der Opferrolle“ seien die Konservativen und Rechten und genossen nun einen „gigantischen PR-Erfolg“, weil sie Zensur und Cancel Culture beklagen könnten.

Aber es war tatsächlich ein Skandal, dass wildgewordene linke Politiker versuchten, mit Polizeigewalt eine Konferenz zu verbieten und sie mundtot zu machen, auf der demokratisch gewählte europäische Politiker, Parlamentarier, Professoren und Journalisten auftraten, die dem linken Zeitgeist nicht gefallen – neben Orbán der ehemalige polnische Ministerpräsident Morawiecki, die frühere britische Innenministerin Suella Braverman, der französische Rechtspolitiker und Journalist Eric Zemmour, ein israelischer Diaspora-Minister, der Ex-Verfassungsschutzchef Hans-Georg Maaßen, die konservative Fürstin Gloria von Thurn und Taxis und viele andere. Brexit-Politiker Farage musste dem tunesischen Claridge-Besitzer danken, dass wenigstens er den Einschüchterungen durch Antifa und Linkspolitiker standhielt.

Für die EU-Kapitale und die Demokratie in Europa war das ein Schwarzer Tag. Um die Rede- und Versammlungsfreiheit ist es nicht zum Besten bestellt.

## PORTRÄT

## Ehrliche Klage eines Kaufmanns

„Dem Industriestandort Deutschland geht es nicht gut.“ Seit Monaten mahnt das einer, der es wissen muss: der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), Siegfried Russwurm.

Zum Auftakt der Hannover-Messe hat der seit drei Jahren amtierende BDI-Chef der Bundesregierung einen weiteren verbalen Schuss vor den Bug verpasst. Mit Blick auf die bisherige Legislaturperiode der Ampelregierung stellte er fest: „Es waren zwei verlorene Jahre – auch wenn manche Weichen schon in der Zeit davor falsch gestellt wurden.“

Die Botschaft kam beim Bundeskanzler Olaf Scholz an. Denn der sah sich bei seiner Rede auf der Messe dazu genötigt, seine Regierungszeit als „Turnaround-Jahr“ zu verteidigen, also Jahre des – angeblichen – Umschwungs.

Davon kann nicht nur Russwurm kaum etwas erkennen. Auch die gesamte

Wirtschaft klagt über zu hohe Produktionskosten durch fehlgeleitete Energiepolitik, überbordende Bürokratie, Fachkräftemangel und etliche weitere Ärgernisse.

„Die Klage ist das Lied des Kaufmanns“, zitiert Russwurm das Totschlagargument des Kanzlers. Wohl auch deshalb läutet außer ihm kaum jemand die Alarmglocken. Man muss wohl aus Bayern



BDI-Chef Siegfried Russwurm

kommen, um mit dem CSU-Ministerpräsidenten und Möchtegern-Kanzler Markus Söder im Rücken Klartext zu sprechen. Russwurm ist gebürtiger Franke aus Marktgraitz, geht mit seinen 60 Jahren auf die Rente zu und verfügt als Aufsichtsratschef bei Thyssenkrupp und der Voith Group inzwischen über genug Rückgrat, um der Regierung die Leviten zu lesen.

Dabei arbeitete er sich aus einfachen Verhältnissen nach oben. Seine Eltern waren Arbeiter, trotzdem schaffte er das Gymnasium, studierte Fertigungstechnik und durchlief bei Siemens fast seine gesamte berufliche Karriere bis hin zum Vorstandsmitglied. Neben einer Honorarprofessur für Mechatronik an der Universität Erlangen-Nürnberg steht er seit Anfang 2021 dem BDI vor. Seine kompetente Stimme in diesem einflussreichen Verband sollte Scholz nicht überhören. Es wäre fatal für Deutschland. H. Tews

## Preußische Allgemeine

## IMPRESSUM

**Chefredakteur:** René Nehring (V.i.S.d.P.)

**Verantwortliche Redakteure:** Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

**Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbemittel der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

**Bezugspreise** pro Monat seit 1. Januar 2023: Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

**Einzelverkaufspreis:** 3,90 Euro.

**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

**Konten:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

**Telefon** (040) 4140 08-0  
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32  
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50  
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32  
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42  
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

**Internet:** www.paz.de

**E-Mail:** redaktion@paz.de  
anzeigen@paz.de  
vertrieb@paz.de

**Landsmannschaft Ostpreußen:** www.ostpreussen.de  
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

VON RENÉ NEHRING

Es war ein überaus würdiger Rahmen. Wenige Tage vor dem 300. Geburtstag Immanuel Kants startete das Ostpreußische Landesmuseum mit einem Festakt im Fürstensaal des Lüneburger Rathauses und mit der Eröffnung einer Sonderausstellung in das Jubiläumsjahr zu Ehren des Königsberger Philosophen.

Zunächst begrüßte Oberbürgermeisterin Claudia Kalisch (Bündnis 90/Die Grünen) die Anwesenden, zu denen neben zahlreichen Vertretern aus Politik und Gesellschaft auch der neue polnische Botschafter in Deutschland, Dariusz Pawłowski, gehörte, und gab ihrer Freude Ausdruck, dass die altehrwürdige Salzstadt Lüneburg mit der sich entwickelnden Erweiterung des Ostpreußischen Landesmuseums nunmehr auch „Kant-Stadt“ sei, was sowohl ihre Stadt als auch das Museum ungemein aufwerte.

Es folgten die Grußworte von Maria Bering, Abteilungsleiterin Erinnerungskultur bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, sowie Corinna Fischer, Leiterin der Kulturabteilung im Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur, die als Vertreter der beiden Hauptförderer des Ostpreußischen Landesmuseums und der Ostpreußischen Kulturstiftung als Trägerin die Wertschätzung von Bund und Land für die kulturelle Erinnerungsarbeit versicherten. An sie schlossen sich die Worte des langjährigen Lüneburger Oberbürgermeisters Ulrich Mäde (SPD) an, der seit Kurzem Vorsitzender des Stiftungsrates der Ostpreußischen Kulturstiftung ist. Mäde begrüßte insbesondere die anwesenden Ostpreußen, vor allem den Sprecher der Landsmannschaft, Stephan Grigat, und Klaus Weigelt als Vorsitzenden der Stiftung Königsberg, die Inhaberin und Leihgeberin zahlreicher Kant-Exponate ist.

## Die Konzeption der Ausstellung

Im Anschluss daran führte Joachim Mähner, Direktor des Ostpreußischen Landesmuseums, mit in die neue Ausstellung seines Hauses ein. Dabei äußerte er zunächst sein Bedauern darüber, dass er der



Ein Provisorium, das mehr verheißt: Blick in die Sonderausstellung des Ostpreußischen Landesmuseums zum Kant-Jahr, die einen ersten Eindruck von der Dauerausstellung im künftigen Erweiterungsbau des Hauses zu Ehren Kants vermittelt Foto: nehring

Öffentlichkeit vorerst nicht den geplanten Erweiterungsbau mitsamt einer neuen Dauerausstellung – durch die Lüneburg zum zentralen Erinnerungsort für Kant in Deutschland wird – übergeben kann. Vor allem Verzögerungen durch die Corona-Zeit hatten dazu geführt, dass die Planungen und Arbeiten für dieses Projekt soweit ins Stocken geraten waren, dass die Erweiterung nicht rechtzeitig zum 300. Geburtstag Kants fertig wurde. Um dennoch zum großen Jubiläum nicht mit leeren Händen dazustehen, werde nun eine kleine Sonderausstellung eröffnet. Immerhin, so Mähner, habe dieses Manko den Vorteil, dass das Landesmuseum dadurch auch Leihgaben bekam, die für eine Dauerausstellung nicht erhältlich gewesen wären. Für wenige Monate, so

der Direktor, seien Leihgeber bereit, sich von wertvollen Exponaten zu trennen, für mehrere Jahre eher weniger.

Anders als in der späteren Dauerausstellung, in der es vorwiegend um die Philosophie gehen werde, stelle die Sonderausstellung den Menschen Kant in den Vordergrund. Mähner erinnerte in diesem Zusammenhang daran, dass dieser Tage nicht die „Kritik der reinen Vernunft“ 300 Jahre alte werde, diese habe noch nicht einmal 250 Jahre auf dem Buckel, sondern das vierte Kind einer einfachen Handwerkerfamilie aus Königsberg. Ein Ansatz für die Ausstellung sind die zahlreichen hartnäckigen Klischees von und über Kant, die mit der historischen Person nicht übereinstimmen. So sei Kant keineswegs der schrullige Pedant gewe-

sen, als der er oft dargestellt werde. Vielmehr sei der Philosoph durchaus ein geselliger Zeitgenosse gewesen, der gute Gespräche und gute Kleidung genauso geliebt habe wie das Spiel mit Karten und Billardkugeln. Und so gäbe es in der nun eröffneten Ausstellung einiges zu Herkunft und Alltag Kants sowie zum geselligen Kant zu entdecken.

## Eine „große Stadt“ wird wieder lebendig

Lebendig werde dabei auch das Königsberg jener Zeit, das keineswegs eine verschlafene Provinzstadt war, sondern – wie es Kant selbst sagte – „eine große Stadt“, die durch ihre Universität und die Lage zum Seehandel sowie zu anderen Ländern als schicklicher „Platz zu Erwei-

terung sowohl der Menschenkenntnis als auch der Weltkenntnis genommen werden“ könne. Da es dieses Königsberg bekanntermaßen heute nicht mehr gibt, sei es umso erfreulicher, dass das Landesmuseum nun eine zusammen mit der Bundeskunsthalle in Bonn und dem Studio Men@Work entwickelte digitale Rekonstruktion der Pregelstadt zeigen könne.

Im Anschluss widmete der Philosoph und Verfasser der gegenwärtig relevantesten Kant-Biographie, Marcus Willaschek, in seinem Festvortrag Kant als „bedeutendsten Philosophen“ der Neuzeit, dessen Werke wie die 1781 erschienene „Kritik der reinen Vernunft“ „Meilensteine der Geistesgeschichte“ seien. In der Geschichte der Philosophie, so Willaschek, sei Kants Einfluss nur mit dem von Platon und Aristoteles zu vergleichen, in der deutschen Geistes- und Wissenschaftsgeschichte mit dem Luthers, Goethes und Einsteins. Es sei deshalb auch mehr als angemessen, wenn Kant zu seinem 300. Geburtstag mit einem Festakt, einer Sonderausstellung sowie demnächst mit einem architektonisch ansprechenden und didaktisch vorbildlichen Erweiterungsbau gewürdigt werde.

In seinen weiteren Ausführungen ging Willaschek dann auf den revolutionären Grundgedanken, auf dem Kants Philosophie beruht, des Weiteren auf die praktische und politische Zielrichtung des Kantischen Denkens sowie schließlich auf einige aktuelle Lehren für Politik und Gesellschaft, die sich aus dem Denken des Königsberger Philosophen ziehen lassen, ein. Da all dies im Rahmen eines Artikels nicht wiedergegeben werden kann, sei an dieser Stelle auf Willascheks Biographie „Kant. Die Revolution des Denkens“ verwiesen.

Zu erwähnen ist an dieser Stelle noch die großartige musikalische Umrahmung des Festaktes. Denn mit Werken aus dem Königsberg Immanuel Kants von Christian Wilhelm Podbielski (1741–1792) und Johann Friedrich Reichardt (1752–1814) ließ die Pianistin Mira Lange heutzutage nur noch äußerst selten gespielte Stücke erklingen – und gewährte damit zugleich einen weiteren wunderbaren Eindruck von einem großen Zeitalter Königsbergs und Ostpreußens.

## JUBILÄUM

# Die Fackel brennt

Satiriker und Zeitschriften-Herausgeber aus Böhmen – Vor 150 Jahren wurde Karl Kraus geboren

Junge Leute erzeugen heute solche Unmengen an Kurznachrichten in den sozialen Medien, dass diese zusammengefasst am Ende eines Lebens ganze Bände füllen würden. Da für den Autor Karl Kraus das Internet noch nicht zur Verfügung stand, veröffentlichte er seine Satiren, Gedichte, Essays, Dramen, Reden, Nachrufe – und was er sonst noch so alles der Welt mitteilen wollte – einfach in einer Zeitschrift. In der Zeit von 1899 bis 1936 sind dabei 922 Nummern erschienen, die rund 20.000 Seiten umfassen.

„Die Fackel“ nannte der am 28. April 1874 im nordböhmischen Gitschin geborene Publizist sein Lebenswerk, in dem er anfangs auch andere Autoren zu Wort kommen ließ. Neben den Dramatikern Frank Wedekind und Else Lasker-Schüler oder dem Kulturphilosophen Egon Friedell taucht auch Houston Stewart Chamberlain als Autor auf. Dass der jüdischstämmige Kraus dem deutsch-englischen Rassistheoretiker und Antisemiten ein Forum gab, zeigt seine Toleranz gegenüber konträren Meinungen. Andererseits hegte der in Wien lebende Kraus für den Austrofaschismus der Dollfuß-Regierung

durchaus einige Sympathien, hielt er diesen gegenüber dem hitlerischen Nationalsozialismus doch für das kleinere Übel.

Zu Hitler fiel dem wortmächtigen Satiriker und Nörgler nichts ein. Im Jahr der „Machtergreifung“ erschien nur eine einzige Ausgabe der „Fackel“ mit mageren vier Seiten. Darin enthalten ist ein Ge-

dicht, das mit den Worten endet: „Das Wort entschlief, als jene Welt erwachte.“

Ansonsten war Kraus nicht gerade auf den Mund gefallen. Ab 1912 verfasste er die „Fackel“ im Alleingang, mitunter gab es Mehrfachnummern mit über 300 nur von ihm geschriebenen Seiten. Dabei fielen literarische Früchte ab, die später ge-

sondert in Buchform erschienen. So etwa das Mammutdrama „Die letzten Tage der Menschheit“, das mit 220 Szenen ein Panorama des Ersten Weltkriegs entwickelt. Dieses Pandämonium ist eine Collage aus Zitaten, Zeitungsmeldungen und militärischen Tagesbefehlen, die Kraus vom unbekanntesten Soldaten bis hin zu den Kaisern Wilhelm II. und Franz Joseph über 1000 Figuren in den Mund legt.

In der aktuellen Weltlage erlebt dieses Stück eine Renaissance, so wie auch Kraus selbst zuvor eine Art Wiedergeburt erlebte, nachdem es nach seinem Tod im Jahr 1977 rasch still um ihn geworden war. 1977 legte der Verlag Zweitausendeins die „Fackel“ in zwölf Bänden neu auf, die auf Anhieb viele Käufer fanden. Manche Leser sehen in Kraus einen würdigen Nachfolger des Aphoristikers Georg Christoph Lichtenberg, was sich sogar bis in die USA herumgesprochen hat. Dort hat der Bestseller-Autor Jonathan Franzen, der 2001 mit seinem Roman „Die Korrektoren“ bekannt wurde, mit „The Kraus Project“ Texte des österreichischen „Fackel“-Autors ins Englische übertragen. Die Fackel lodert also weiterhin. Harald Tews



Unermüdlicher Kommentator des Weltgeschehens: Karl Kraus im Jahr 1921

## MELDUNGEN

### Moderne Blicke auf Modigliani

Potsdam – Vom 27. April bis 18. August präsentiert das Museum Barberini die Ausstellung „Modigliani. Moderne Blicke“. Sie versammelt rund 100 Werke des italienischen Künstlers mit Werken von unter anderem Gustav Klimt und Pablo Picasso. Infos: [www.museum-barberini.de](http://www.museum-barberini.de) tws

### Kultur auf der Elefantine

Berlin – Mit „Elephantine. Insel der Jahrtausende“ befasst sich vom 26. April bis 27. Oktober eine Ausstellung in der James-Simon-Galerie und dem Neuen Museum auf der Berliner Museumsinsel mit einer Nil-Insel im Süden Ägyptens. Die Sprache, Kultur und Religion der dortigen Bevölkerung kann auf Papyrus und Tonscherben „nachgelesen“ werden. Die Ausstellung des Ägyptischen Museums und Papyrussammlung präsentiert dabei herausragende Objekte. tws

MAX SCHNECKENBURGER

## Der Dichter der „Wacht am Rhein“

Nach Frankreichs sogenanntem diplomatischen Waterloo in der Orientkrise forderte Frankreichs imperialistische Öffentlichkeit Kompensation an der Grenze zu Deutschland. Die alte Forderung nach dem Rhein als sogenannter natürlicher Grenze wurde wieder laut. Die Reaktion in Deutschland waren Frankreichkritik und Nationalismus. Diese sogenannte Rheinkrise von 1840 führte zwar zu keinem blutigen, wohl aber zu einem regelrechten Dichterkrieg zwischen den Nachbarn. An diesem beteiligte sich auch Max Schneckenburger mit dem Lied „Die Wacht am Rhein“.

Der Dichter kam am 17. Februar 1819 in Talheim bei Tuttingen zur Welt. Sein Vater war mit Tobias Schneckenburger ein Kaufmann und Hofbesitzer, seine Mutter Regina Margarethe geborene Haug die Tochter eines Pfarrers aus Talheim.

Der junge Schwabe besuchte die Lateinschulen in seiner Heimatgemeinde und in Herrenberg, wo sein älterer Bruder Matthias seit 1831 Diakon war. 1834 erhielt Bern eine Universität. An ihr wurde Matthias noch im selben Jahr Theologieprofessor. Auch Max zog in diesem Jahr nach Bern. In der Drogerie Reuther & Blau machte er eine kaufmännische Lehre. 1836 zog er in das bei Bern gelegene Burgdorf und machte beim Handelshaus J.J. Schnell Karriere.

Die Führung des Geschäftes führte ihn 1838 nach Großbritannien und Frankreich. Der Dichter der „Wacht am Rhein“ kannte die Grande Nation also nicht nur vom Hörensagen. Mit Johann Ludwig Schnell gründete Schneckenburger 1842 im bei Burgdorf gelegenen Oberburg das Unternehmen Schnell & Co. Die Eisen- und Bronzeießerei tat sich durch ihren Zierguss hervor und florierte. In dieser Zeit heiratete Schneckenburger die Tochter eines Pfarrers aus seiner schwäbischen Heimat.

Neben seiner kaufmännischen Tätigkeit war Schneckenburger seit Mitte der 30er Jahre auch publizistisch tätig, so für den „Schwäbischen Merkur“, die



Max Schneckenburger und Karl Wilhelm (v.l.) Foto: Wikimedia

damals führende Tageszeitung in seiner schwäbischen Heimat. Sein Debüt als Dichter gab er 1837 mit dem unter Pseudonym veröffentlichten Band „Die ersten Versuche in Poesie und Prosa“. Er fand keine Resonanz.

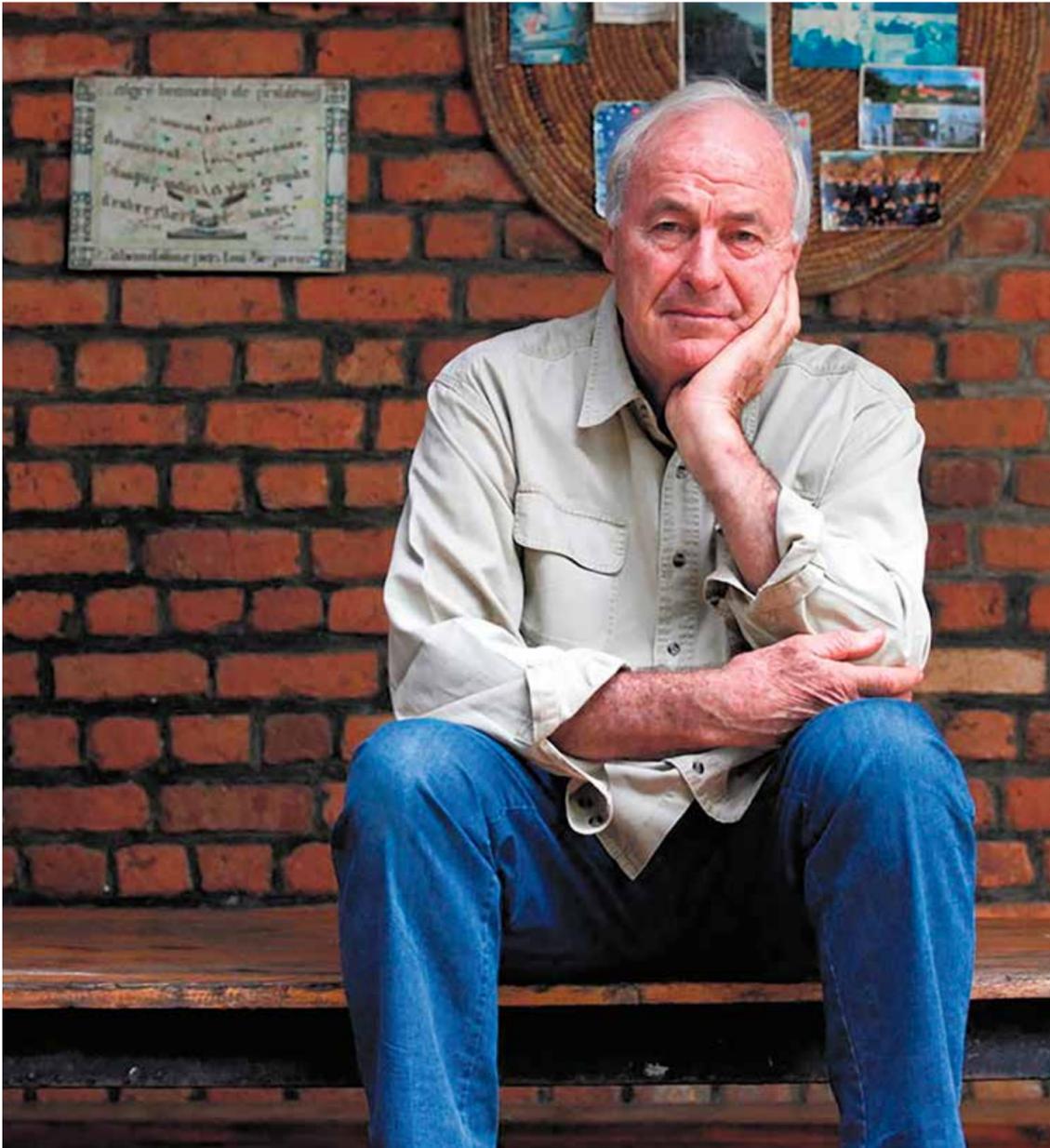
Zu Schneckenburgers künstlerischem Durchbruch bedurfte es erst des durch die Rheinkrise inspirierten Gedichts „Die Wacht am Rhein“. Dessen Durchbruch wiederum brachte erst die Vertonung durch den Dirigenten, Chorleiter und Komponisten Carl Wilhelm 1854 und dann schließlich der Deutsch-Französische Krieg von 1870/71.

Im Gegensatz zu Wilhelm erlebte Schneckenburger diesen Durchbruch nicht mehr. Er starb vor 175 Jahren, am 3. Mai 1849, in Burgdorf. Da er sich stets nach seiner Heimat zurückgesehen hatte, wurden seine Gebeine 1886 nach Thalheim überführt und dort beigesetzt. Manuel Ruoff

HERMANN SCHULZ

# Wie ein Missionar aus Ostpreußen den Völkermord in Ruanda erlebte

Vor 30 Jahren verübten Hutus den hunderttägigen Genozid an den Tutsi. Vor 85 Jahren wurde der Salesianerpater als Sohn eines deutschen Protestanten und einer litauischen Katholikin in Memel geboren



Hermann Schulz: „Ich kenne keine Hutu und keine Tutsi, ich kenne nur Menschen. Und Gott kennt nur Menschen“

VON BODO BOST

**H**ermann Schulz wurde am 29. Oktober 1939 in ostpreußischen Memel geboren. Sein Vater Hans Schulz war ein protestantischer Deutscher, seine Mutter Else Schulz eine katholische Litauerin. Seine Großmutter Elena Mockienė stammte aus Abakai. Im Sommer 1944 verließ die Familie ihre Heimat per Schiff nach Pommern. Dort kam sein Vater vor den Augen der beiden Kinder durch einen Bombensplitter ums Leben.

Die ersten Jahre als Flüchtlinge in Westdeutschland waren eine schreckliche Zeit der Tränen, des Hungers und der Kälte. Die Witwe mit ihren zwei kleinen Kindern musste betteln. Die Familie fand in Emlichheim im Landkreis Grafschaft Bentheim im heutigen Bundesland Niedersachsen Aufnahme. Dort besuchten Hermann und sein älterer Bruder Erik die Grundschule und später das litauische Gymnasium bei Lampertheim im südhessischen Kreis Bergstraße. Der Unterricht fand dort zu einer Hälfte auf Deutsch, und zur anderen auf Litauisch statt.

Dieses Gymnasium wurde hauptsächlich von Kindern wohlhabender Eltern besucht. Sie verspotteten die Neuankömmlinge, weil sie in abgetragenen Kleidern zur Schule kamen und weil sie barfuß waren, da ihre Mutter ihnen keine Schuhe kaufen konnte.

Schulz fühlte sich zum Priestertum hingezogen. Aber seine Bewerbungen scheiterten zunächst am Geld. Er ging nach Italien und trat in den Orden der Salesianer ein. Er studierte Pädagogik, Philosophie und Theologie. 1968 wurde er zum Priester geweiht und ging als Kaplan zum Praktikum drei Jahre lang an das litauische Gymnasium in Lampertheim, dessen Schüler er einst war.

Nach den Kaplansjahren in Lampertheim ging er für seinen Orden in die Großstadtseelsorge nach Sao Paulo in Brasilien und 1979 dann nach Ruanda, das Land der tausend Hügel, das dichtbesiedelte und katholischste Land Afrikas, in dem selbst die Hauptstadt Kigali noch wie ein riesiges Dorf wirkt. In Musha gründete Schulz eine neue Pfarrei. Er baute eine Kirche mit einer Landwirtschaft zum Unterhalt der Menschen. Als 1982 das Bundesland Rheinland-Pfalz und Ruanda Partner wurden, gehörte Schulz, der den damaligen Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Bernhard Vogel, bei dessen offiziellem Staatsbesuch im Partnerland begleitete, zu den ersten Förderern der neuen Partnerschaft, die zunächst stark kirchlich geprägt war.

### Pionierarbeit in Ruanda

Schulz wurde auch der erste offizielle Seelsorger der deutschen Gemeinde in Ruanda, die entstand, da infolge der Partnerschaft immer mehr deutsche Entwick-

lungshelfer mit ihren Familien nach Ruanda kamen. Immer wenn ein Staatsbesuch aus Deutschland kam, wurde auch Hermann von der deutschen Botschaft eingeladen. Diese Kontakte konnte Schulz für seine Bautätigkeiten nutzen. Sogar die Bundeswehr half, und die ersten privaten Spenden trafen ein.

So entstand in 60 Kilometer Entfernung von der Landeshauptstadt das Dorf Umudugudu. Das Dorf bekam durch Schulz ein Pflegeheim, eine Turnhalle und eine Handwerksschule. Viele seiner Schützlinge schickte er nach dem Ende der Sowjetherrschaft auch zur Ausbildung nach Litauen, um später wieder nach Afrika zurückzukehren. Auch seine Mutter lud er ein, nach Ruanda zu kommen, wo sie auf dem Jugendhof aushalf. Als sie Krebs bekam, ging sie jedoch nach Litauen zurück, wo sie starb.

Zehn Jahre lang hatte der Salesianerpater Kraft, Geld und Idealismus investiert – dann fiel sein Werk 1994 dem Völkermord an den Tutsi zum Opfer. Einer litauischen Zeitung erklärte Schulz, dass die Mörderbanden aus den Reihen der Mehrheit der Bevölkerung stellten Hutu von französischen Wirtschaftsbossen und dem damaligen französischen Staatspräsidenten François Mitterrand aufgestachelt worden seien. Fakt ist, dass der ruandischen Regierung zufolge ein Report vorliegt, der 20 französischen Militärangehörigen sowie zwölf Politikern – dar-

unter neben Frankreichs Präsidenten von 1981 bis 1995 auch dessen Premier und Außenminister von 1993 bis 1995, Édouard Balladur und Alain Juppé – eine führende Rolle bei der Durchführung der Massaker zuweist.

### UN-Soldaten retteten ihn

Schulz selbst überlebte den Völkermord, der hundert Tage, vom 7. April bis Mitte Juli 1994 dauerte, nur aus dem Grunde, dass er von Soldaten der Unterstützungsmission der Vereinten Nationen für Ruanda (UNAMIR) gerettet und versteckt wurde. „Ich habe mich in der Savanne versteckt, mit Mördern auf der einen und Krokodilen auf der anderen Seite“, so Schulz. Den Truppen der UNAMIR wurde später Versagen vorgeworfen, weil sie sich zurückgezogen hatten. Verantwortlich für UN-Auslandseinsätze war zu diesem Zeitpunkt der spätere Generalsekretär der Vereinten Nationen und Friedensnobelpreisträger Kofi Annan. Eine Million Menschen wurden umgebracht, dreimal so viele mussten flüchten.

Nach zwei Monaten kehrte Schulz mit dem Tutsi Paul Kagame, dem neuen starken Mann, der den Bürgerkrieg gewonnen und den Genozid beendet hatte, aus Uganda nach Ruanda zurück. Als er in sein Jugenddorf kam, waren nur noch zwölf seiner 120 Schützlinge am Leben. In der von ihm erbauten Kirche, in der 300 Menschen Schutz gesucht hatten, lagen 300 Leichen. Schulz war einer der ersten, die darüber im deutschen Fernsehen berichteten. Annan brauchte vier Jahre, um sich zu entschuldigen, Frankreich 25 Jahre.

Schulz sammelte viele seiner Schützlinge in ihren Verstecken im Busch wieder ein, aus seinem Jugenddorf wurde ein Waisendorf. Mehrere hundert Waisen haben hier ein neues Zuhause gefunden und bekamen Möglichkeiten zur schulischen und beruflichen Ausbildung. Im Jahr 2001 wurde auf Initiative von Schulz mit Hilfe des Salesianerordens ein Gymnasium eingerichtet, das heute von 400 Schülern besucht wird.

### Besuch im Memelland

Nachdem Litauen seine Unabhängigkeit wiedererlangt hatte, hat Schulz auch seine Heimat im Memelland wieder öfters besucht. Er bekam sogar das von den Bolschewisten enteignete 60 Hektar große Gut Schudebarsden [Kėkštai] im Kreis Memel [Klaipėda] und der litauischen Rajongemeinde Crottingen [Kretinga] seines Vaters wieder zurück. Auf diesem Gut an der nördlichsten Spitze des Memelgebietes in der Nähe von Deutsch Krottingen [Kretingalė] baute er eine internationale Jugendbegegnungsstätte und einen Jugendhof für etwa 50 vernachlässigte Kinder und Jugendliche, wo auch einige seiner Schützlinge aus Ruanda eine Berufsausbildung machen konnten. Einige Familien aus der Gegend haben Partnerschaften für Waisen aus Ruanda übernommen.

Im Jahr 2006 wurde Schulz mit dem Titel „Ehre Litauens“ ausgezeichnet. 2007 wurde er von der Bevölkerung der Rajongemeinde Crottingen zum Mann des Jahres gewählt. 2010 wurde der Salesianer für sein Lebenswerk Ehrenbürger der Rajongemeinde. 2010 erhielt Schulz in Kigali vom deutschen Botschafter Elmar Timpe den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland für seinen Einsatz nach dem Völkermord in Ruanda.

FOTO: TOM BAERWALD

VON WOLFGANG REITH

Eduard Simson scheiterte 1849 mit dem Versuch, die deutschen Staaten zu einem Reich zu vereinen, weil der preußische König, der zum Kaiser ausersehen war, sich weigerte, die ihm angebotene Krone aus den Händen von Abgeordneten der Nationalversammlung entgegenzunehmen. Erst Simsons zweite Mission 1870 sollte von Erfolg gekrönt sein und führte zur Reichsgründung. Diesmal verhalf der preußische Ministerpräsident Otto von Bismarck Simsons Bestrebungen zur Verwirklichung.

Geboren am 10. November 1810 in Ostpreußens Hauptstadt Königsberg als Martin Eduard Sigismund Simson, legte er bereits im März 1826 mit nur 15 Jahren am Collegium Fridericianum sein Abitur ab. An der Albertina studierte er sodann Rechtswissenschaften. Das Studium schloss er 1829 mit der Promotion ab. Schon 1823 hatten sich seine jüdischen Eltern entschlossen, ihre fünf Kinder christlich taufen zu lassen. Sie selbst traten später zum Protestantismus über.

Mit Hilfe eines Staatsstipendiums unternahm Simson eine Studienreise, die ihn für zwei Jahre nach Berlin, Halle, Weimar, Leipzig, Göttingen, Bonn, Paris und Heidelberg führte. Von 1831 bis 1832 leistete er als Einjährig-Freiwilliger seinen Wehrdienst ab, zuletzt als Offizier der Landwehr. 1833 wurde er an der Albertina außerordentlicher Professor, 1836 erhielt er eine ordentliche Professur für römisches und preußisches Recht, und von 1855 bis 1857 war er Prorektor der Universität.

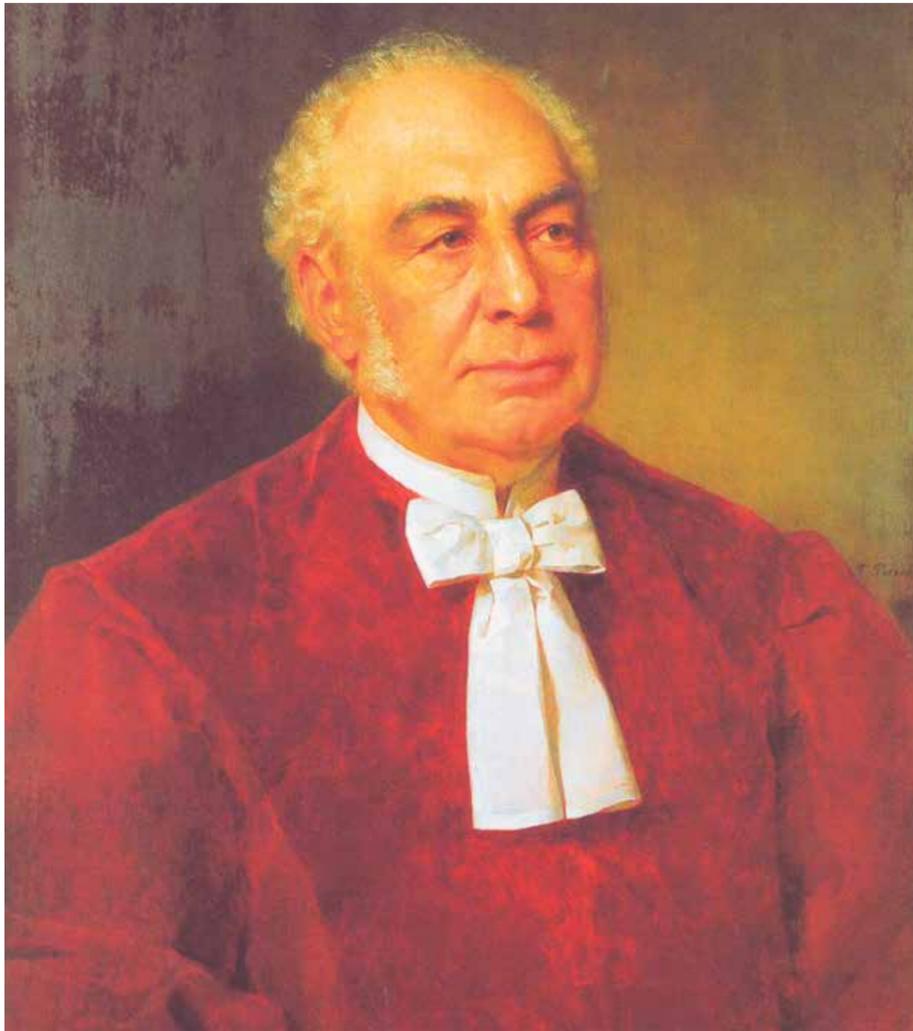
Simsons politische Laufbahn begann 1846 mit seiner Wahl in die Königsberger Stadtverordnetenversammlung, zwei Jahre später wurde er in die Frankfurter Nationalversammlung gewählt, in der er sich der nationalliberalen „Casino“-Fraktion der rechten Mitte anschloss und dort ab dem 18. Mai 1848 zunächst als Schriftführer im Gesamtvorstand wirkte. Im Oktober des Jahres wurde er Vizepräsident des Parlaments und am 18. Dezember 1848 als Nachfolger Heinrich von Gagerns, der Anton von Schmerling als Reichsministerpräsident ablöste, schließlich Präsident der Nationalversammlung.

#### Erster Reichsgerichtspräsident

In dieser Eigenschaft reiste Simson an der Spitze einer Deputation von 32 Abgeordneten am 3. April 1849 nach Berlin, um dem preußischen König Friedrich Wilhelm IV. die Kaiserkrone anzutragen. Der aber entgegnete, dass er diese Würde ohne die Zustimmung der deutschen Fürsten und der Städte nicht annehmen könne, weil die Nationalversammlung keine Krone zu vergeben habe. Das Scheitern der Mission führte dazu, dass Simson alsbald erkrankte und am 11. Mai 1849 vom Amt des Parlamentspräsidenten zurücktrat, in dem er noch am Tag zuvor mit überwältigender Mehrheit bestätigt worden war. Am 20. Mai 1849 schied er dann auch aus der Nationalversammlung aus.

Ende Juni 1849 fungierte Simson als Präsident des sogenannten Gothaer Nachparlaments, ab dem 25. März 1850 war er Präsident des Volkshauses des vom 20. März bis zum 29. April des Jahres tagenden Erfurter Unionsparlaments (Verfassungsberatende Versammlung der Erfurter Union), eines Zwei-Kammer-Parlaments, bestehend aus dem Volkshaus und einem Staatenhaus. Letzterem stand ebenfalls ein Ostpreuße als Präsident vor, nämlich Rudolf von Auerswald. Gleichzeitig war Simson seit dem 7. August 1849 Abgeordneter für Königsberg im Abgeordnetenhaus des Preußischen Landtages und bis 1851 dessen Präsident.

Weil die Kräfte der Restauration inzwischen erstarkten, zog sich der liberale Jurist 1852 aus der Politik zurück und widmete sich wieder seiner Lehrtätigkeit an der Albertina. Sechs Jahre später kehrte er allerdings ins Abgeordnetenhaus zurück. 1859 wählte ihn dieses zu seinem Präsi-



Richter, Hochschullehrer und Parlamentarier: Eduard von Simson, 1880 porträtiert auf einem Ölgemälde von Fritz Paulsen

Foto: Alte Nationalgalerie

EDUARD VON SIMSON

## „Es ist ein ‚reizendes Spiel des Geschickes‘“

Derselbe Mann, der 1849 namens der Nationalversammlung Friedrich Wilhelm IV. die Kaiserkrone anbot, bat 1870 namens des Reichstags Wilhelm I., die von den Fürsten dargebotene Krone anzunehmen

dent, doch musste er sich Anfang 1862 aus gesundheitlichen Gründen von diesem Amt zurückziehen. Seit 1860 war er – nachdem er seine Professur in Königsberg aufgegeben hatte – Vizepräsident des Oberappellationsgerichts in Frankfurt an der Oder, 1869 avancierte er zu dessen Präsidenten.

Am 2. März 1867 wurde Simson Präsident des konstituierenden Reichstags des Norddeutschen Bundes, im selben Jahr dann Präsident des am 31. August gewählten ordentlichen Reichstages. Seit dem 29. April 1868 war er zugleich Präsident des Zollparlaments, dem auch die süddeutschen Staaten angehörten. Am 3. Oktober 1867 reiste Simson zur wiederhergestellten Burg Hohenzollern, auf der sich gerade der preußische König Wilhelm I. aufhielt, um ihm als Inhaber des Präsidiums des Norddeutschen Bundes die Adresse des im August gewählten Reichstages zu überbringen.

Etwas mehr als drei Jahre hernach, am 13. Dezember 1870, begab sich Simson dann an der Spitze einer Deputierten-Delegation nach Versailles, um den König zu bitten, die ihm angetragene Kaiserwürde anzunehmen, nachdem die süddeutschen Staaten den Wunsch geäußert hatten, dem Norddeutschen Bund beizutreten und damit die Reichseinheit zu vervollkommen. Bismarck gab damals zu erkennen: „Es ist ein ‚reizendes Spiel des Geschickes‘, daß derselbe Mann ausersehen war, 1849 die Kaiserkrone namens der Nationalversammlung anzubieten und jetzt die Annahme der von den Fürsten dargebotenen Krone zu erbitten.“

#### Tod vor 125 Jahren

Am 23. März 1871 wurde Simson zum Präsidenten des ersten Reichstags des neuen deutschen Kaiserreiches gewählt, ein Amt, das er bis 1874 bekleidete, als er es aus gesundheitlichen Gründen aufgab.

Mitglied des Parlaments blieb er noch drei Jahre lang, ehe er sich auch dort zurückzog.

Als am 1. Oktober 1879 in Leipzig das neue Reichsgericht seine Arbeit aufnahm, wurde Simson auf Bismarcks Wunsch hin zu dessen erstem Präsidenten berufen. Diese Funktion übte er bis zur Versetzung in den Ruhestand am 1. Februar 1891 aus, um die er gebeten hatte, nachdem er im Jahr zuvor einen Schlaganfall erlitten hatte. Am 18. März 1888 hatte ihm Kaiser Friedrich III. den Schwarzen Adlerorden verliehen, und am 28. Mai des Jahres wurde er in den erblichen Adelsstand erhoben. Eduard von Simson starb am 2. Mai 1899 in Berlin und wurde auf dem Friedhof III der Jerusalems- und Neuen Kirche vor dem Halleschen Tor beigesetzt. Seit 1964 gehört sein Grab zu den Ehrengräbern des Landes Berlin.

Einen Tag vor seinem Tod hatte sich seine Promotion zum 70. Mal geöhrt, die er im Alter von 18 Jahren erlangt hatte – ein Jubiläum, das ungewöhnlich selten sein dürfte. Bis zuletzt blieb Simson Präsident der 1885 in Weimar gegründeten Goethe-Gesellschaft.

1834 hatte Simson eine Tochter des Königsberger Bankiers Marcus Warschauer geheiratet, mit der er neun gemeinsame Kinder hatte. In Leipzig ist der Platz vor dem ehemaligen Reichsgericht und heutigen Bundesverwaltungsgericht nach Simson benannt, außerdem eine Straße und eine Brücke in der Stadt. In Berlin gibt es im Tiergarten, nahe dem Reichstagsgebäude zum Brandenburger Tor hin, den Simonweg, und in Frankfurt am Main trägt eine Straße am Parlamentsplatz seinen Namen.

TREPTOWER PARK

## „Monumentale historische Gedenkkanlage“

Zum 1. Dezember 1946 schrieb die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) einen Wettbewerb für ein sowjetisches Ehrenmal aus, das analog zu dem bereits bestehenden im Tiergarten sowohl Siegesmonument als auch letzte Ruhestätte für im Kampf um Berlin gefallene Rotarmisten sein sollte. Im Ausschreibungstext hieß es: „Bei der Ausarbeitung des Projekts ist von der Aufgabe auszugehen, eine dauerhafte monumentale historische Gedenkkanlage zu schaffen, die die Idee der Unsterblichkeit, des lichten Gedenkens an die gefallenen sowjetischen Soldaten und die Größe der internationalen Befreiungsmission der Sowjetarmee widerspiegelt, in deren Namen die Soldaten ihr Leben hingegeben haben.“ 52 zumeist sowjetische, aber auch deutsche Künstler beteiligten sich mit 33 Beiträgen an dem Wettbewerb.

Währenddessen fiel im Winter 1946/47 die Entscheidung für gleich zwei Standorte: eine Sport- und Spielwiese in Form eines Hippodroms im Treptower Park und der Volkspark Schönholzer Heide. Passend zu den zwei Standorten vergab die Wettbewerbsjury unter dem Vorsitz des Obersten Chefs der SMAD, Marschall Wassili Sokolowski, gleich zwei erste Preise. Für den Treptower Park wurde der Entwurf eines sowjetischen Schöpferkollektivs mit dem Architekten Jakob B. Belopolski, dem Bildhauer Jewgeni Wutschetitsch, dem Maler Alexander A. Gorpenko und der Ingenieurin Sarra S. Walerius an der Spitze ausgewählt.

Im Juni 1947 begannen die Arbeiten. Dem Prestigeprojekt wurde Priorität eingeräumt. Insgesamt 1200 Arbeiter waren daran beteiligt. Zur Steige-



Hauptstatue des Ehrenmals

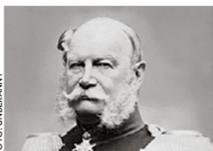
rung der Motivation kamen auch sie in den Genuss des sogenannten Kotikow-Essens, einem vom damaligen Kommandanten des Sowjetischen Sektors von Berlin, General Alexander Kotikow, initiierten warmen Mittagessen für Arbeiter und Angestellte der wichtigsten Industriezweige, der Kommunalwirtschaft und des Verkehrswesens.

Kotikow war es denn auch, dessen jüngste Tochter Swetlana als Modell für das Kind diente, das neben dem Sowjetsoldaten, der es auf dem Arm hält, das Motiv der zwölf Meter hohen und 70 Tonnen schweren zentralen Bronzestatue des Ehrenmals darstellt. Und Kotikow selbst gehörte vor 75 Jahren neben dem Co-Vorsitzenden der SED Otto Grotewohl zu den prominenten Teilnehmern der feierlichen Einweihung des Ehrenmals. Für diese wurde ein symbolisches Datum gewählt, der vierte Jahrestag der Kapitulation der Wehrmacht. Manuel Ruoff

#### Könige von Preußen



**Friedrich Wilhelm IV.** lehnte die ihm von der Nationalversammlung angebotene Kaiserkrone ab, da sie ihm nicht von den Fürsten angeboten wurde.



**Wilhelm I.** akzeptierte die Kaiserkrone, da sie ihm von den Fürsten dargeboten wurde. Die Bitte des Norddeutschen Reichstags, sie anzunehmen, war sekundär.



**Friedrich III.** war liberal gesinnt. Er überschüttete den ihm geistesverwandten Simson mit Ehrungen wie dem Schwarzen Adlerorden und der Nobilitierung.

VON WOLFGANG KAUFMANN

Als besonders aufgebrachte Demonstranten gegen die Corona-Maßnahmen und -Impfpflicht Plakate mit den Konterfeis von Angela Merkel und Olaf Scholz in Sträflingskleidung schwenkten, war die Empörung in der Politik und Medienlandschaft groß. Und heute äußern große Blätter eine starke Abneigung dagegen, dass ein Drittel der Deutschen fordert, die Verantwortlichen für die umstrittenen staatlichen Maßnahmen während der Pandemie vor Gericht zu bringen. Die Kritiker der damaligen Regierungspolitik sind der Meinung, dass diese Maßnahmen eklatant gegen geltendes Recht verstoßen hätten.

Grundsätzlich gehört es zu den wichtigsten Errungenschaften der Demokratie, dass niemand über dem Gesetz steht, weswegen auch ein ehemaliger Staats- oder Regierungschef juristisch zur Verantwortung gezogen werden kann, wenn er während seiner Amtszeit Rechtsbrüche begangen hat. Dafür existieren zahlreiche Beispiele. Die meisten liefern Frankreich und Italien, aber auch in anderen europäischen Staaten wie Griechenland, Belgien, Rumänien, Albanien, Finnland und Polen landeten Präsidenten oder Premierminister vor Gericht.

Bisweilen resultierte die Anklage aus Verbrechen gegen die Menschlichkeit während der Zeit der kommunistischen Herrschaft oder der Turbulenzen danach – so beispielsweise im Fall von Ion Iliescu, dem früheren Präsidenten Rumäniens, und Czesław Kiszczak, der im August 1989 zum polnischen Premierminister aufstieg.

Einmal lautete der Vorwurf sogar Hochverrat: Der griechische Oberst Georgios Papadopoulos, welcher ab April 1967 einer Junta in Athen vorstand und nacheinander als Premierminister, Vizekönig und Präsident Griechenlands fungierte, wurde im Gefolge seines Sturzes im November 1973 zum Tode verurteilt. Nach der Umwandlung dieser Strafe in lebenslange Haft landete der Putschist und Diktator im Gefängnis von Korydallos bei Piräus, wo er bis August 1996 einsaß.

#### Sarkozy droht noch immer Haft

Weitere Verbrechen, die man ehemaligen Staatenlenkern zur Last gelegt hat, waren Meineid und Bruch des Amtsgeheimnisses – beides zählte vor allem zu den „Spezialitäten“ des vielfach vorbestraften italienischen Ex-Ministerpräsidenten und Unternehmers Silvio Berlusconi. Dazu kam als eher seltenes Vergehen die Nichtbegleichung von Unterhaltsschulden. Das diesbezügliche Strafverfahren gegen den einstigen polnischen Regierungschef Kazimierz Marcinkiewicz wurde 2022 eröffnet.

Auch sonst ging es vor allem um Geld beziehungsweise um Straftaten mit finan-



Kämpft noch immer gegen eine Gefängnisstrafe: Frankreichs Ex-Präsident Sarkozy vergangenen Februar in einem Pariser Gerichtsgebäude

Foto: ddp images/ABACAPRESS

#### JUSTIZ

## Ein hohes Staatsamt schützt vor Strafe nicht ...

... auch wenn sie erst nach Amtszeitende verhängt wird: Eine ganze Reihe europäischer Staats- und Regierungschefs landete vor Gericht – und manche sogar im Gefängnis

ziellem Hintergrund wie Bestechung, Korruption, Wahlkampfkostenbetrug, Steuerhinterziehung, unlauteren Wettbewerb, Veruntreuung öffentlicher Mittel sowie Amtsmissbrauch in Kombination mit Bereicherung. So erhielt der frühere französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy wegen mehrerer solcher Delikte eine Haftstrafe ohne Bewährung, deren Antritt er momentan noch mit allen Mitteln zu verhindern sucht.

Etwas glimpflicher davon kam Jacques Chirac, der zu den Amtsvorgängern Sarkozys zählt und 2011 zwei Jahre Haft auf Bewährung wegen finanzieller Manipulationen kassierte. Außerdem verurteilte ein Pariser Gericht den ehemaligen Premierminister François Fillon im Mai 2022 wegen Veruntreuung von Steuergeldern zu 375.000 Euro Strafe und vier Jahren Haft, davon drei auf Bewährung.

In Italien musste sich Berlusconi auch aufgrund diverser Finanzdelikte vor Gericht verantworten, seit er 1992 wegen Schmiergeldzahlungen, gefälschte Bilan-

zen und illegale Parteispenden erstmals ins Blickfeld der Staatsanwaltschaften von Turin und Rom geraten war. Am Ende brachte es der „Cavaliere“ auf nicht weniger als sechs Verurteilungen und etliche weitere Anklagen, wobei die daraus resultierenden Prozesse allesamt mit seinem Tode im Juni 2023 endeten.

Vom gleichen Kaliber wie Berlusconi war Bettino Craxi, der von 1983 bis 1987 als Ministerpräsident Italiens amtierte: Er wurde zwischen 1996 und 1999 sechs Mal wegen Korruption und ähnlicher Delikte verurteilt, woraus sich eine stattliche Gesamtfreiheitsstrafe von mehr als 28 Jahren ergab.

#### Bettino Craxi setzte sich einfach ab

Zu den übrigen Staatsmännern, die aus ähnlichen Gründen Geld- oder Bewährungsstrafen erhielten, zählten der belgische Premier Paul Vanden Boeynants und der finnische Ministerpräsident Johannes Sukselainen. Ersterer hatte Betrug begangen und Letzterer die von ihm geleitete

staatliche Volkspensionsanstalt um 343 Millionen Finnmark ärmer gemacht.

Die im Einzelnen verhängten Freiheitsstrafen mit und ohne Bewährung beliefen sich auf wenige Monate bis knapp sechs Jahre pro Urteil. Darüber hinaus wurden – wie im Fall von Fillon – Geldbußen in oft sehr beträchtlicher Höhe verhängt. Und dann war da noch das Tauziehen um eine Strafe für Berlusconi: Anfang Mai 2013 erklärte das Mailänder Berufungsgericht den früheren Premier zum wiederholten Male der Steuerhinterziehung für schuldig und verurteilte ihn zu vier Jahren Freiheitsstrafe, wovon es unter Berufung auf ein Gesetz zur Straf- ermäßigung aus dem Jahr 2006 drei Jahre erließ.

Nach längerem Hin und Her brauchte Berlusconi dann auch die einjährige Resthaft nicht abzusitzen. Stattdessen musste er nur gemeinnützige Arbeit leisten und sich vom April 2014 bis März 2015 in einer Senioreneinrichtung der Fondazione Istituto Sacra Famiglia in Cesano Boscone

um Demenzpatienten kümmern. Doch manchmal entkamen die Delinquenten ihrer wohlverdienten Strafe sogar ganz.

So setzte sich Craxi im Mai 1994 nach Tunesien ab, wo er unter dem Schutz des Diktators und notorischen Kleptokraten Zine el-Abidine Ben Ali stand. Im Januar 2000 starb der in Abwesenheit verurteilte Craxi dann im tunesischen Badeort Hammamet, ohne jemals auch nur einen einzigen Tag im Gefängnis verbracht zu haben. Ebenso konnte sich Berlusconi über nicht weniger als sieben Freisprüche wegen der Verjährung seiner Bilanzfälschungen, Richterbestechungen und Schmiergeldzahlungen freuen.

Angesichts dessen sollten bei denen, welche anstreben, deutsche Politiker für ihr Regierungshandeln oder sonstige Taten juristisch zur Verantwortung zu ziehen, die Alarmglocken schrillen: Zu langes und generöses Abwarten könnte eine Strafverfolgung behindern, wenn nicht gar vollkommen unmöglich machen.

#### TECHNOLOGIE

## Ein neue Stufe der Überwachung

Innovation aus den USA verfeinert die Satellitenbeobachtung in nie gekannter Weise – Berlin sieht „keinen Handlungsbedarf“

Die Welt könnte schon bald ein noch dystopischerer Ort sein als heute schon. Wie die „New York Times“ kürzlich meldete, plant das US-Unternehmen Albedo Space den Einsatz von Überwachungssatelliten, deren Kameras eine Auflösung von zehn Zentimetern haben. Möglich machen dies technische Neuerungen sowie relativ niedrige Umlaufbahnen zwischen 250 und 400 Kilometern.

Der Start der ersten von insgesamt 24 Satelliten soll 2025 erfolgen. Datenschützer wie Jennifer Lynch von der in San Francisco ansässigen Nichtregierungsorganisation Electronic Frontier Foundation (EFF) glauben, dass dann

auch eine Gesichtserkennung aus dem All auf der Tagesordnung stehen werde, weil es Albedo Space sicher gelinge, die Auflösung noch weiter zu steigern. Im Gegensatz zu festinstallierten Kameras auf der Erde hätte dann niemand mehr die Chance, sich dieser Form der Bespitzelung zu entziehen. Damit drohe das Ende jeglicher Privatsphäre, da die US-Regierungsbehörden sicher ständig auf die Augen im Kosmos zugriffen.

Dahingegen verteidigte der Albedo-Space-Chef Topher Haddad die Pläne seiner Firma, indem er betonte, man sei sich der Probleme durchaus bewusst, um dann sofort die Vorteile der Satelliten auf dem

Gebiet des „investigativen Datenjournalismus“ anzupreisen. Außerdem, so Haddad, erlaube das System eine effektivere Katastrophenhilfe und allerlei weitere zivile Aktivitäten, „die sicherstellen, dass wir die Welt verbessern, in der wir leben“.

#### US-Geheimdienste schon im Boot

Tatsächlich jedoch kooperiert Albedo Space längst mit dem US-Militär, Rüstungsunternehmen und Kapitalgebern für militärisch-geheimdienstlich nutzbare Projekte. Zu den Investoren, welche bislang fast 100 Millionen US-Dollar zur Verfügung gestellt haben, gehören Shield Capital, Booz Allen Ventures und die Al-

liance Breakthrough Energy. Letztere wurde von Bill Gates gegründet und verfolgt offiziell nur das Ziel der Reduzierung von „Treibhausgas“-Emissionen. Mit im Boot sind hier auch der Amazon-Gründer Jeffrey Bezos, George Soros und weitere US-Milliardäre.

Aufschlussreich ist darüber hinaus, dass im Aufsichtsrat von Albedo Space ehemalige Direktoren des US-Auslandsgeheimdienstes CIA und der National Geospatial-Intelligence Agency (NGA) sitzen. Dazu kommen Partnerschaftsverträge mit der Luftwaffe der Vereinigten Staaten beziehungsweise deren Geheimdienst National Air and Space Intelligence

Center (NASIC) sowie dem National Reconnaissance Office (NRO), dem die Betreuung des militärischen Satellitenprogramms der USA obliegt. So interessieren sich all diese Institutionen auch sehr für die Fortschritte von Albedo Space auf dem Gebiet der Infrarot-Überwachung bei Nacht.

Ungeachtet dessen teilte die Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage der FDP-Fraktion, wie sie der Gefahr der Verletzung der Persönlichkeitsrechte durch hochauflösende US-Satellitenkameras begegnen wolle, nur lapidar mit, sie sehe beim derzeitigen Stand der Technik „keinen Handlungsbedarf“. W.K.



## BAUKULTUR

# Erich Mendelsohn in den Blick gerückt

Konferenz in Allenstein: Das Werk des ostpreußischen Architekten soll einen würdigen Platz auf der UNESCO-Liste erhalten

VON UWE HAHNKAMP

Zum Geburtstag des in Allenstein geborenen, weltweit bekannten Architekten Erich Mendelsohn (1887–1953) am 21. März trafen sich für zwei Tage Experten verschiedener Fachgebiete im Erich-Mendelsohn-Lyzeum der bildenden Künste in Allenstein, um über „Erich Mendelsohns architektonisches Erbe auf seinem Weg auf die Liste des Weltkulturerbes der UNESCO“ zu diskutieren.

Zur ihrer dritten Tagung nach Stationen in Berlin und Haifa wollten die Kenner der Bauten Mendelsohns aus verschiedenen Ländern, die sich in der Erich-Mendelsohn-Initiative zusammengefunden haben, zum Geburtstag des Architekten an die Quelle seiner Inspiration zurück. „Wir danken der Kulturgemeinschaft ‚Borussia‘ in Allenstein und der polnischen Sektion des ICOMOS für die Organisation an dem Ort, an dem Mendelsohn sein Erstlingswerk, das Haus der Waschungen Beth Tahara auf dem jüdischen Friedhof in Allenstein, geschaffen hat“, so Jörg Haspel, Architekt und langjähriger Denkmalpfleger von Hamburg und Berlin sowie lange Zeit Vorsitzender von ICOMOS Deutschland.

ICOMOS steht für den International Council on Monuments and Sites, kurz Weltkulturrat. Dieses Expertengremium wurde mit der Welterbekonvention der UNESCO geschaffen, um diese bei Fragen der Nomination und der Prüfung von Vorschlägen zu beraten, aber auch in Kri-



Vortrag über Beth Tahara (Haus der Waschungen): Mendelsohns Erstlingswerk auf dem jüdischen Friedhof in Allenstein Foto: U.H.

sen- und Konfliktfällen Schaden von Stätten des Weltkulturerbes abzuwenden. Einige Personen aus dieser weltweit tätigen Organisation haben sich der Erich-Mendelsohn-Initiative angeschlossen, um den Eintrag seines architektonischen Erbes in die Liste des Weltkulturerbes zu forcieren. Denn im Gegensatz zu anderen bekannten Architekten wie Le Corbusier oder Frank Lloyd Wright ist Mendelsohn dort noch nicht vertreten.

„Schon vor 20 Jahren wurde überlegt, den Einsteinturm in Potsdam für die Liste vorzuschlagen. Das war zu früh“, meint Haspel, der als Denkmalpfleger in Berlin mit vielen Werken Mendelsohns zu tun hatte, „vor etwa vier Jahren wollten wir diesen Impuls wieder aufnehmen, weil ein so berühmter Architekt auf der Liste nicht fehlen darf.“ Jetzt soll eine Serie von Bauwerken in die Liste aufgenommen werden soll. Ein Vorschlag, der bei vielen Mendel-

sohn-Enthusiasten auf der ganzen Welt offene Türen einrannte und für Rückmeldungen und Vorschläge sorgte. Die Initiative war geboren, und viele ihrer Vertreter waren in Allenstein dabei.

### Der Weg zum Antrag

Wichtig war in Allenstein ein Spaziergang auf den Spuren Mendelsohns – sein Gymnasium, sein Elternhaus, Spuren jüdischen Lebens in der Stadt, vor allem aber

seine Beth Tahara, das heutige Mendelsohnhaus, um das sich seit 2005 die Kulturgemeinschaft „Borussia“ kümmert. Das Bauwerk erfüllt viele Bedingungen, welche die UNESCO an nominierte Gebäude stellt: außerordentlicher Wert, Authentizität, Erhaltung sowie Integrität.

„Wo kann man besser starten als beim Erstlingswerk?“, fragte Haspel rhetorisch, „dazu gibt es in Breslau und Gleiwitz auf dem Gebiet Polens noch seine zwei Kaufhäuser Petersdorff und Weichmann. Darum könnten sich weitere Gebäude gruppieren.“ Wie viele Gebäude es letztendlich werden, ist noch nicht ganz klar.

Es sollte aber, da sind sich die Kenner des Werks von Mendelsohn einig, ein überzeugendes Set werden, welches das komplizierte Leben und Werk des Architekten in über einem Dutzend Ländern auf mehreren Kontinenten abbildet. Neben Bauwerken in der Republik Polen, der Bundesrepublik, Israel und den USA wollen sie auch Bauten in Großbritannien, vor allem Mendelsohns Werk in Bexhill-on-Sea, für eine Kandidatur unter die Lupe nehmen.

Der Weg zum Eintrag in die Liste des Weltkulturerbes der UNESCO ist nach Haspels Erfahrung noch weit, bei Berliner Vorschlägen hat es bis zu 20 Jahre gedauert. Die Erich-Mendelsohn-Initiative ist in der fachlichen und wissenschaftlichen Vorbereitungsphase, die etwa 2028 abgeschlossen sein soll. Sein Rat an sich selbst und seine Kollegen ist daher: „Man braucht einen langen Atem. Das ist nichts für schnelle und überhitzte Aktionen.“

## SOZIALPROJEKTE

# Spendenaufruf für die Bruderhilfe

Die Not der bedürftigen deutschen Landsleute in Ostpreußen geht uns alle an – helfen Sie jetzt!

**Liebe Leserinnen und Leser der Preußischen Allgemeinen Zeitung, liebe Landsleute und Freunde Ostpreußens,**

seit beinahe 75 Jahren unterstützt die Bruderhilfe bedürftige deutsche Landsleute in Ostpreußen. Mit Ihrer Hilfe konnten wir in dieser Zeit gemeinsam viel Gutes bewirken und manche bittere Not lindern. Im Jahr 2024 soll die humanitäre Betreuung der Deutschen Volksgruppe, die dringend erforderliche Unterstützung für unsere Landsleute in der dreigeteilten Heimat, fortgesetzt werden. Aus diesem Grunde wende ich mich auch heute wieder mit einem Aufruf für die Bruderhilfe an Sie.

Das südliche Ostpreußen und das Memelland gehören mittlerweile seit 20 Jahren zur Europäischen Union. Trotzdem ist das Leid vieler Menschen, gerade auch in den ländlichen Gebieten, noch immer sehr groß: Hohe Arbeitslosigkeit, schlechte medizinische Versorgung und Altersarmut prägen den Alltag. In Zeiten mit hoher Inflation und stark ansteigenden Preisen bewegen sich die Renten nahezu unverändert auf einem sehr niedrigen Niveau, vielfach unterhalb des Existenzminimums. Immer wieder gehen daher Hilferufe von bedürftigen Landsleuten bei uns ein. Ein

besonderes Augenmerk der Landsmannschaft Ostpreußen richtet sich auf die „Wolfskinder“, die am Ende des Zweiten Weltkrieges von ihren Familien getrennt worden sind. Viele von ihnen wurden von Litauern aufgenommen; etliche verloren ihre deutsche Identität.

Erst zu Beginn der 1990er Jahre konnten sie sich im Verein „Edelweiß-Wolfskinder“ zusammenfinden. Materielle Hilfe und ideeller Beistand haben hier einen ganz besonderen Stellenwert. Wir versuchen allen in der Heimat lebenden Landsleuten eine Perspektive und neue Hoffnung zu geben. In Zeiten der Kriege in der Ukraine sowie im Nahen Osten und angesichts der anhaltenden großen Flüchtlingsströme wird die Situation der Deutschen in Ostpreußen von unseren Medien schon lange nicht mehr wahrgenommen. Ihre Not ist daher einer breiten Öffentlichkeit nicht bekannt. Unser Ziel muss es sein, den deutschen Landsleuten in der ostpreußischen Heimat das Gefühl zu geben, dass sie nicht vergessen sind.

**Die Bruderhilfe wird helfen, solange Hilfe notwendig ist**

Ich bitte Sie daher heute persönlich: Helfen Sie durch Ihren Beitrag mit, dass wir unsere humanitäre grenzüberschreitende



Wenn Sie helfen möchten, überweisen Sie Ihre Zuwendung bitte auf das Konto der Landsmannschaft Ostpreußen – Bruderhilfe e.V. bei der Commerzbank AG, **IBAN: DE03 2004 0000 0630 2871 00, BIC: COBADEFFXXX**

Kontakt: Landsmannschaft Ostpreußen – Bruderhilfe e.V., Peter Wenzel, Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel. 040-414008-25, Fax 040-414008-19, wenzel@ostpreussen.de

Arbeit weiter fortsetzen und armen Landsleuten zu mehr Lebensqualität verhelfen können. Jede noch so kleine Spende hilft. Jedes Vermächtnis liefert einen wichtigen Beitrag, ist eine Brücke der Menschlichkeit in die Heimat. Deutsche helfen Deutschen, Ostpreußen unterstützen heimatvertriebene Ostpreußen.

Unsere Heimatkreisgemeinschaften und ihre ehrenamtlichen Helfer gewährleisten, dass Ihre Spende direkt und ohne bürokratischen Aufwand bei den Arbeitslosen, den Alten, Kranken und Behinderten, den Notleidenden und den kinderreichen Familien ankommt.

Allen Spendern sage ich ein herzliches Dankeschön!

Wir geben Ostpreußen Zukunft.

Stephan Grigat  
Rechtsanwalt und Notar  
Sprecher der  
Landsmannschaft Ostpreußen

## Wir gratulieren...



### ZUM 101. GEBURTSTAG

**Montro, Hildegard,** geb. **Selmbek,** aus Magdalenz, Kreis Neidenburg, am 26. April

### ZUM 100. GEBURTSTAG

**Pradler, Erwin,** aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 30. April

### ZUM 98. GEBURTSTAG

**Herrmann, Ruth,** geb. **Metzdorf,** aus Moneten, Kreis Treuburg, am 26. April  
**John, Gotthard,** aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, am 29. April  
**Neumann, Gertrud,** aus Langendorf, Kreis Wehlau, am 27. April  
**Neumann, Ruth,** geb. **Schiller,** aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 29. April

### ZUM 97. GEBURTSTAG

**Baltruschat, Hanni,** geb. **Bloch,** aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 26. April  
**Dworak, Heinz,** aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 27. April  
**Lask, Ruth,** aus Reuß, Kreis Treuburg, am 30. April  
**Locke, Gerda,** geb. **Hensel,** aus Friedrichshof, Kreis Preußisch Eylau, am 29. April  
**Obermüller, Eva,** geb. **Wolff,** aus Wehlau, am 27. April  
**Schmidt, Gerda,** geb. **Rohmann,** aus Lissau, Kreis Lyck, am 2. Mai  
**Volkman, Sieglinde,** aus Treuburg, am 27. April

### ZUM 96. GEBURTSTAG

**Brunckhorst, Erna,** geb. **Tomuschat,** aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 2. Mai  
**Dornbusch, Hildegard,** geb. **Meyhöfer,** aus Seedraken, Kreis Treuburg, am 1. Mai  
**Garreis, Ilse,** geb. **Müller,** aus Schnellwalde, Kreis Mohrunge, am 27. April  
**Kanngießer, Johannes Karl,** aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 29. April

**Kröger, Charlotte,** geb. **Dworak,** aus Skomanten, Kreis Lyck, am 28. April

**Lewandowski, Eva,** geb. **Tomuschat,** aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 2. Mai  
**Link, Manfred,** aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 29. April  
**Openkowski, Ruth,** geb. **Jedamski,** aus Gimmendorf, Kreis Neidenburg, am 2. Mai  
**Pacyna, Dr. Hasso,** aus Wehlau, am 29. April  
**Wrobbel, Werner,** aus Treuburg, am 1. Mai

### ZUM 95. GEBURTSTAG

**Kunz, Martha,** geb. **Gentz,** aus Soffen, Kreis Lyck, am 2. Mai  
**Lagershausen, Eva,** geb. **Nagaitschik,** aus Goldenau, Kreis Lyck, am 27. April  
**Müller, Helene,** geb. **Plewka,** aus Kannwiesen, Kreis Ortelsburg, am 27. April  
**Narkus, Paul,** aus Robkojen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 27. April  
**Sieling, Irmgard,** geb. **Abraham,** aus Motitten, Kreis Mohrunge, am 1. Mai

### ZUM 94. GEBURTSTAG

**Adomeit, Gerhard,** aus Ackeln, Kreis Elchniederung, am 27. April  
**Breuksch, Erwin,** aus Köthen, Kreis Wehlau, am 28. April  
**Brodowski, Siegfried,** aus Giesen, Kreis Lyck, am 29. April  
**Fröhlich, Waltraud,** geb. **Kromat,** aus Baringen, Kreis Ebenrode, am 27. April  
**Godzieba, Helmut,** aus Klaussen, Kreis Lyck, am 1. Mai  
**Jahnert, Heinz,** aus Gutenborn, Kreis Lyck, am 26. April  
**Krebs, Anna,** geb. **Dombrowski,** aus Mulden, Kreis Lyck, am 1. Mai  
**Pointinger, Xaver,** aus Schönrade, Kreis Wehlau, am 1. Mai  
**Rothweiler, Irmgard,** geb. **Kunick,** aus Prostken, Kreis Lyck, am 28. April

### ZUM 93. GEBURTSTAG

**Ilsinitz, Lieselotte,** geb. **Kappus,** aus Hollenau, Kreis Ebenrode, am 27. April  
**Judtka, Siegfried,** aus Lyck, am 30. April

**Kruska, Elfriede,** geb. **Kolpatzek,** aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 1. Mai  
**Obalicha, Christel,** geb. **Dalchau,** aus Neusorge/Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 30. April  
**Schnittka, Horst,** aus Rhein/Rübenzahl, Kreis Lötzen, am 30. April

### ZUM 92. GEBURTSTAG

**Hackel, Ursula,** geb. **Wittösch,** aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 29. April  
**Jarchow, Irmgard,** geb. **Kowalzik,** aus Nußdorf, Kreis Treuburg, am 26. April  
**Knuth, Helga,** geb. **Poeck,** aus Wehlau, am 30. April  
**Pfeffer, Christa,** geb. **Lüpke,** aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 27. April  
**Pienka, Gerhard,** aus Grünflur, Kreis Ortelsburg, am 29. April  
**Schäfer, Christel,** geb. **Feuerseniger,** aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 70, am 26. April  
**Smiejkowski, Wanda,** geb. **Perniak,** aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 29. April  
**Ziemer, Artur,** aus Biothen, Kreis Wehlau, am 30. April

### ZUM 91. GEBURTSTAG

**Feind, Christel,** geb. **Krahn,** aus Langheide, Kreis Lyck, am 26. April  
**Gertulla, Gerhard,** aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, am 29. April  
**Graumann, Inge,** geb. **Sadowski,** aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 17, am 29. April  
**Holtmann, Erika,** geb. **Radzio,** aus Treuburg, am 1. Mai  
**Holzheier, Gerda,** geb. **Müller,** aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 30. April  
**Klatt, Anneliese,** geb. **Schulz,** aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 30. April  
**Klittmann, Gertraud,** geb. **Skibbe,** aus Ortelsburg, am 28. April  
**Nitsche, Ursula,** geb. **Neumann,** aus Tenkitten, Kreis Fischhausen, am 29. April

### ZUM 90. GEBURTSTAG

**Bauer, Siegfried,** aus Woinassen, Kreis Treuburg, am 27. April  
**Baumann, Gerda,** geb. **Liedtke,** aus Reichertswalde, Kreis Mohrunge, am 30. April

ANZEIGE

**Hochwertiges Krawattenklammer- und Manschettenknöpfe-Set mit Elchschaufeln**



Edles Set für den Herrn:  
Krawattenklammer und ein Paar Manschettenknöpfe mit Elchschaufel im schwarzen Velourtúi für 35,- Euro zzgl. 5,- Euro Versand- und Verpackungskosten

Bestellung:  
 Preußische Allgemeine  
 Angela Selke  
 selke@paz.de  
 Tel: 040-414008-0

35,- Euro  
 zzgl. Porto  
 und  
 Verpackung

**Bednarczyk, Ilse,** geb. **Roehr,** aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 30. April  
**Bercz, Christianna,** geb. **Danowski,** aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 1. Mai  
**Brünner, Hannelore,** geb. **Griebner,** aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 30. April  
**Dronsek, Dr. Gerhard,** aus Hennenberg, Kreis Lyck, am 30. April  
**Jach, Wally,** geb. **Litzbarski,** aus Stobingen, Kreis Elchniederung, am 26. April  
**Kalinka, Ingrid,** geb. **Gronau,** aus Legehnen, Kreis Fischhausen, am 2. Mai  
**Klauß, Edith,** geb. **Trinogga,** aus Seedorf, Kreis Lyck, am 30. April  
**Krauss, Margarete,** geb. **Strupat,** aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 1. Mai  
**Meyn, Kurt,** aus Reuß, Kreis Treuburg, am 27. April  
**Niklas, Evamarie,** geb. **Danowski,** aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 1. Mai  
**Potschadly, Elisabeth,** geb. **Waras,** aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 27. April  
**Priwall, Heinz,** aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 2. Mai  
**Schlegel, Erika,** aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 29. April  
**Schorler, Helene,** geb. **Thater,** aus Rosenau, Kreis Mohrunge, am 29. April  
**Vocke, Traute,** geb. **Skiendziel,** aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 29. April  
**Zilch, Hannelore,** geb. **Fischer,** aus Mogahnen, Kreis Fischhausen, am 1. Mai

### ZUM 85. GEBURTSTAG

**Brockmann, Reinhard,** aus Weisensee, Kreis Wehlau, am 26. April

**Brzoska, Helmut,** aus Frankenu, Kreis Neidenburg, am 27. April  
**Dwek, Erika Marta,** geb. **Mlodoch,** aus Narzym, Kreis Neidenburg, am 1. Mai  
**Fritz, Gerda,** geb. **Jonas,** aus Großlenkenau, Kreis Tilsit-Ragnit, am 29. April  
**Glüsen, Gerda,** geb. **Schwan,** aus Sorbehenen, Kreis Mohrunge, am 2. Mai  
**Hanschmann, Brigitte,** geb. **Stenzel,** aus Königsberg, am 1. Mai  
**Heisig, Christa,** geb. **Nachtgeal,** aus Landsberg, Kreis Preußisch Eylau, am 30. April  
**Herres, Edith,** geb. **Janz,** aus Altshanzenkru, Kreis Elchniederung, am 29. April  
**Jondral, Dieter-Heinz,** aus Ebdorf, Kreis Ortelsburg, am 28. April  
**Karowski, Ingrid,** geb. **Dopatka,** aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 29. April  
**Laser, Karl-Heinz,** aus Eichensee, Kreis Lyck, am 30. April  
**Marzian, Horst,** aus Keipern, Kreis Lyck, am 29. April  
**Mittelstädt, Heinrich,** aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 1. Mai  
**Mittelstädt, Maria,** geb. **Markowska,** aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 1. Mai  
**Naujeck, Gerhard,** aus Gowarten, Kreis Elchniederung, am 1. Mai  
**Naujeck, Rudi,** aus Gowarten, Kreis Elchniederung, am 1. Mai  
**Rotthoff, Elfriede,** geb. **Garbrecht,** aus Zapfengrund, Kreis Ebenrode, am 27. April  
**Saborowski, Dieter,** aus Satticken, Kreis Treuburg, am 30. April  
**Schokolowski, Ernst,** aus Glinken, Kreis Lyck, am 26. April  
**Schulewski, Gertrude,** geb. **Wendling,** aus Martinshöhe, Kreis Lyck, am 1. Mai

**Specht, Doris,** geb. **Torkler,** aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 30. April  
**Stoll, Lothar,** aus Hochdünen, Kreis Elchniederung, am 26. April  
**Vogt, Sigrid,** geb. **Hollack,** aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 29. April

### ZUM 80. GEBURTSTAG

**Fiedler, Gisela,** aus Mulden, Kreis Lyck, am 1. Mai  
**Högl, Hans-Werner,** aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 27. April  
**Keuchel, Siegfried,** aus Fittigsdorf, Kreis Allenstein, am 23. April  
**Klink, Irmgard,** geb. **Meißner,** aus Schwalg, Kreis Treuburg, am 26. April  
**Mallasch, Friedhelm,** aus Dorschen, Kreis Lyck, am 26. April  
**Nebel, Gerlinde,** geb. **Raulin,** aus Wiesenfelde, Kreis Treuburg, am 29. April  
**Reiprich, Ursula,** geb. **Mrotzek,** aus Schnippen, Kreis Lyck, am 29. April  
**Thiel, Roland,** aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 28. April  
**Tiemann, Walburga,** geb. **Klemens,** aus Ansorte, Kreis Elchniederung, am 26. April

### ZUM 75. GEBURTSTAG

**Grabowski, Gerd,** aus Sechshuben, Kreis Wehlau, am 26. April  
**Henke, Ernst-August,** aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 1. Mai  
**Sadowski, Gerhard,** aus Schalensee, Kreis Lötzen, am 27. April  
**Stüben, Adelgard,** geb. **Schwitek,** aus Herzogsmühle, Kreis Treuburg, am 2. Mai

### Zusendungen für die Ausgabe 19/2024

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 19/2024 (Erstverkaufstag 10. Mai) **bis spätestens Dienstag, den 30. April**, an die Redaktion der PAZ:  
 E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch:  
 Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

### Glückwünsche an:

Angela Selke  
 Telefon (040) 4140080  
 E-Mail: selke@paz.de

### Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

**Unterstützung** in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen  
 Herrn Bundesgeschäftsführer  
 Dr. Sebastian Husen  
 Buchtstraße 4  
 22087 Hamburg

**Auskünfte** erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

### Hinweis

**Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“** abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.

Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

### Landsmannschaft Ostpreußen – Termine 2024

19. bis 21. April: **Kulturseminar** in Helmstedt  
 1. Juni: **Ostpreußentreffen** in Wolfsburg  
 22. Juni: **Ostpreußisches Sommerfest** in Heilsberg  
 20. bis 22. September: **Geschichtsseminar** in Helmstedt  
 7. bis 13. Oktober: **Werkwoche** in Helmstedt  
 1. November: **Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden** in Wuppertal (gT)

2. November: **Mitgliederversammlung der LO-Bruderhilfe e.V.** in Wuppertal (gT)  
 2. und 3. November: **Ostpreußische Landesvertretung** in Wuppertal (gT)

**Auskünfte** bei der Landsmannschaft Ostpreußen-Bundesgeschäftsstelle, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

## Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



**Bayern**

**Vorsitzender:** Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

### Fortsetzung der Kontinuität

**Weißenburg** – Beim Landesdelegiertentag konnte Landesvorsitzender Stabe sieben neue Mitglieder begrüßen, die uns in den ersten drei Monaten des Jahres 2024 ihr Vertrauen schenken. Wir freuen uns über die neuen Mitglieder und die gemeinsame Arbeit für Ostpreußen.

Verabschiedet wurde Landeskulturreferent Dr. Jürgen Danowski, der zehn Jahre den Kulturbereich leitete. Er hat die Landeskul-

turtage im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen eingeführt, und zwar in Absprache mit dem ehemaligen Direktor Wolfgang Freyberg, der dann seinerseits einen Kulturtag des Kulturzentrums ausrichtet. So konnten den Mitgliedern und an Ostpreußen Interessierten zwei Mal im Jahr hochkarätige Vortragsreihen geboten werden. Diese Tradition führt der jetzige Direktor des Kulturzentrums Gunther Dehnert mit unserem neuen Kulturreferenten Wolfgang Freyberg weiter. Auch die Landeskulturfahrten, die Danowski organisierte, werden fortgeführt. Geplant ist bereits eine Fahrt nach Lüneburg zur Kantaustellung im Ostpreußischen Landesmuseum im Sommer dieses Jahres.

Zeitlich mit der Landeskulturtagung im Kulturzentrum Ost-

preußen verbunden wurde der Landesdelegiertentag, der turnusmäßig alle zwei Jahre ansteht – oder vielmehr anstand, muss man jetzt sagen, denn die diesbezügliche Satzungsänderung wurde nun mehrheitlich beschlossen.

Die Amtszeit des Landesvorstandes wurde von zwei auf drei Jahre verlängert; Hintergrund sind neben den hohen Kosten, die ein einziger Delegiertentag verursacht, vor allem auch die langen Planungszeiträume für Projekte und Fördermaßnahmen, mit denen sich nicht „alle naselang“ eventuelle neue Vorstandsmitglieder herumschlagen sollen. Auf diese Weise entspannt sich die Arbeitsatmosphäre für unsere ausschließlich ehrenamtlich tätigen Vorstände spürbar, was sicherlich auch der Arbeitsqualität zugutekommen wird.

Bei den Neuwahlen blieb die alte Mannschaft im Wesentlichen erhalten; der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Neu im Landesvorstand ist Wolfgang Freyberg, der langjährige Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen, der Jürgen Danowski als Landeskulturreferent ablöst und Gabriela Blank, die hauptberuflich bei der Bezirksregierung in Ansbach die Städtepartnerschaften des Bezirks Mittelfranken mit der Region Pommern, West- und Ostpreußen koordiniert. Auch Danowski wurde nicht aus der Verantwortung entlassen, sondern bleibt dem Vorstand als Mitglied erhalten.

Rainer Claaßen und  
Christoph Stabe



Der BdV-Ortsverband Wetzlar hat den neuen Vorstand gewählt: (von links) Gerhard König, Wolfgang Warnat, Christa Kutz, Erich Teichner, Kuno Kutz, Gerda Weller, Michael Hundertmark, Gabriele Eichenauer, Annerose Heidl, Siegfried Heidl, Gerda Weller. Foto: M.H.



**Hessen**

**Stellv. Vorsitzender:** Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700

### Sprüche und Weisheiten

**Kassel** – Donnerstag, 2. Mai, 15 Uhr, Landhaus Meister, Fuldastraße 140: Treffen der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Kassel zum Thema „Hausinschriften und Redensarten unserer Altvorderen. Sprüche und Weisheiten aus Ost und West.“  
Gerhard Landau

### Kuno Kutz wiedergewählt

**Wetzlar** – Im Rahmen der diesjährigen Jahreshauptversammlung hat der Bund der Vertriebenen (BdV) in Wetzlar seinen Vorstand gewählt. Kuno Kutz konnte 15 Mitglieder und einige Gäste in der Stammgaststätte „Matchball“ begrüßen. Mit Gerhard König war nicht nur ein langjähriges BdV-Mitglied, sondern auch der Verantwortliche der Stadt Wetzlar für die „Patenschaft für das Ostdeutsche Liedgut“ Teil der Versammlung.

Michael Hundertmark überbrachte die Grüße der Wetzlarer CDU und dankte Kutz und dem gesamten Vorstand für das wichtige Engagement in der zurückliegenden Zeit und freute sich darüber, dass er selbst Teil des BdV sein darf.

In seinem Bericht ging Kutz auf die Veranstaltungen des zurückliegenden Geschäftsjahres ein. Der BdV hat eine Fahrt zur Gedenkstätte „Point Alpha“ unternommen und sich am Originalschauplatz mit der Deutsch-Deutschen-Teilung intensiv beschäftigt, was für die Teilnehmer sehr interessant gewesen ist. Vor Ort hat der Bund der Vertriebenen eine Buchvorstellung organisiert, für die Mitglieder eine Weihnachtsfeier veranstaltet und mit dem „Tag der Heimat“ eine erfolgreiche und große Veranstaltung anbieten können.

Für das kommende Geschäftsjahr ist neben den beliebten Veranstaltungen „Tag der Heimat“ und der Weihnachtsfeier wieder eine Tagesfahrt geplant. Diesmal geht es zum Altvaterturm in Lehesten. Im Rahmen der Mitgliederversammlung wurde der Vorstand neu gewählt. Kuno Kutz wurde in seiner Funktion als Vorsitzender einstimmig wieder gewählt. Der geschäftsführende Vorstand wird mit

Michael Hundertmark (Stellvertretender Vorsitzender), Gabriele Eichenauer (Schatzmeisterin, Schriftführerin) und Steffen Eigner (Stellvertretender Schatzmeister) komplettiert. Ihnen zur Seite stehen die Beisitzer Siegfried Heidl, Lydia Kiefel, Christa Kutz, Wolfgang Warnat, Frank Steinrath und Gerda Weller.

Herta Bartl schied auf eigenen Wunsch aus dem Vorstand aus. Kutz dankte ihr für die jahrzehntelange Tätigkeit und wünschte sich für den BdV, dass sie weiterhin aktiv im BdV bleibt. M. Hundertmark

### BdV Kreisverbandstag

**Wetzlar** – Manfred Hüber führt weiterhin den Kreisverband Wetzlar als Vorsitzender. Im Rahmen des diesjährigen Kreisverbandstages hat der Bund der Vertriebenen (BdV) in Wetzlar seinen Vorstand neu gewählt.

Hüber konnte 14 stimmberechtigte Delegierte und einige Gäste in der Stammgaststätte „Matchball“ begrüßen. Unter den Gästen war auch Michael Hundertmark, der die Grüße der Wetzlarer CDU über-

Fortsetzung auf Seite 16



Gruppenbild mit Damen – so sieht der neue Landesvorstand aus: (von links) Erwin Vollerthun (Kassenprüfer), Friedrich Wilhelm Böld (Beisitzer), Christoph M. Stabe (Landesvorsitzender), Rüdiger Stolle, Rainer Claaßen (beide stellvertretende Landesvorsitzende), Wolfgang Freyberg (Landeskulturreferent), Gabriela Blank (Beisitzerin), Pia Lingner-Böld (Landesschatzmeisterin), Dr. Jürgen Danowski (Beisitzer); es fehlen Thomas Hürländer, Marc Zander und Ralf Loos  
Foto: Sonja Claaßen

ANZEIGE

## Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

**Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Straße/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

Lastschrift  Rechnung

IBAN: \_\_\_\_\_

Bank: \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

### Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung  
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

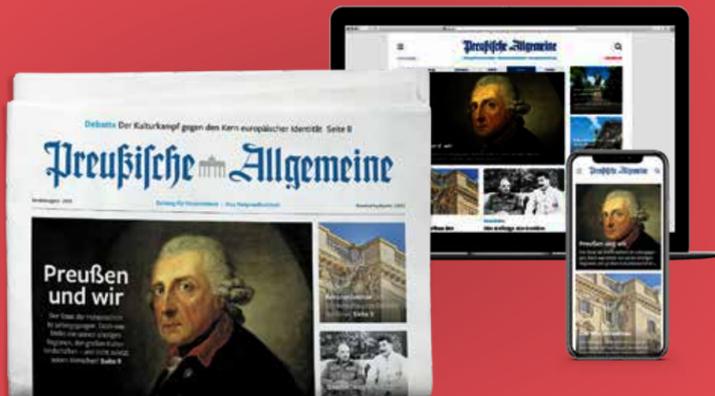
AZ-02-R



# Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

**40 Euro  
Prämie**



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland  
[www.paz.de](http://www.paz.de)

Landesgruppen

Fortsetzung von Seite 15

brachte und Hüber und dem gesamten Vorstand für das wichtige Engagement im Bereich der Geschichte der Heimatvertriebenen in der zurückliegenden Zeit dankte und sich darüber freute, dass er selbst Teil des BdV-Vorstandes sein darf.

In seinem Bericht ging Hüber auf die Veranstaltungen des zurückliegenden Geschäftsjahres ein. Der BdV hat eine Fahrt zur Gedenkstätte „Point Alpha“ gemacht und sich am Originalschauplatz mit der Deutsch-Deutschen-Teilung intensiv beschäftigt. Für die Teilnehmer eine sehr interessante Fahrt. Vor Ort hat der Bund der Vertriebenen eine Buchvorstellung organisiert, für die Mitglieder eine Weihnachtsfeier veranstaltet und mit dem „Tag der Heimat“ eine erfolgreiche und große Veranstaltung anbieten können.

Für das kommende Geschäftsjahr ist neben den beliebten Veranstaltungen „Tag der Heimat“ und „Weihnachtsfeier“ wieder eine Tagessfahrt geplant. Diesmal geht es zum Altvaterturm in Lehesten. Darüber hinaus ist der BdV-Kreisverband auch im Landesverband des BdV, auf dem Hessentag in Fritzlär und vielen Arbeitsgruppen aktiv.

Im Rahmen des Kreisverbandstages wurde der Vorstand neu gewählt. Hüber wurde in seiner Funktion als Vorsitzender einstimmig wieder gewählt. Der geschäftsführende Vorstand wird mit Michael Hundertmark und Roland Jankofsky (Stellvertretende Vorsitzende), Kuno Kutz (Schatzmeister) und Gabriele Eichenauer (Schriftführerin) komplettiert. Ihnen zur Seite stehen die Beisitzer Uwe Bergmann, Lydia Kiefel, Dieter Feiler, Christa Kutz, Josef Roth, Dirk Peschel, Marion Blaschek und Frank Steinraths.

Der Kreisverbandstag klang in gemütlicher Runde bei Kaffee und Kuchen aus. M. H.



**Niedersachsen**  
**Vorsitzende:** Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)42684, **Schriftführer** und **Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)7684391.  
**Bezirksgruppe Lüneburg:** Helmut E. Papke, Süllweg 7, 29345 Unterrüß, Tel.: (05827) 4099850. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

Ein Leben für Ostpreußen

Am 6. März 2024 ist der langjährige Weggefährte der Landsmannschaft Ostpreußen und des Bundes der Vertriebenen Fritz Folger nach kurzer schwerer Krankheit fern seiner ostpreußischen Heimat abgerufen worden.

Fritz Folger wurde am 28. Februar 1936 in Elbing / Ostpreußen geboren und verbrachte die ersten neun sorglosen Jahre seines Lebens auf dem elterlichen Hof in Bunden im Kreis Preußisch Holland. Am 21. Januar 1945 ging er mit seiner Mutter auf die Flucht, von Schlobitten bis in das Ostseebad Henkenhagen in Pommern – sein Vater war 1944 noch zum Volkssturm eingezogen worden. Auf eigene Faust setzten Mutter und Sohn sich von Henkenhagen nach Kiel zu Verwandten ab, wo sie am 28. Februar 1945 eintrafen. Von dort wurden sie in das Dorf Passa-

de im Kreis Plön verteilt. Durch den Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes fanden sie 1946 den Vater wieder, der nach Dänemark gelangt und von dort in den Kreis Wolfenbüttel / Kreis Gifhorn entlassen worden war. Hier konnte er vorübergehend einen kleinen Hof bewirtschaften.

Folger wurde am 18. März 1952 in Wahrenholz im Kreis Gifhorn konfirmiert. Nach dem Besuch einer Handelsschule in Gifhorn machte er eine kaufmännische Lehre in einem Modehaus. Ein Studium war ihm aus finanziellen Gründen nicht möglich; stattdessen absolvierte er einen Fernlehrgang zum „Praktischen Betriebswirt“. Als Buchhalter angefangen, war er von 1969 bis 1975 Geschäftsführer der Firma Palucki. 1979 machte er sich mit zwei seiner Kollegen (einer anderen Firma) selbstständig: Sie gründeten die Firma „OGM – Obst, Gemüse, Maschinen“, die Folger bis ins Alter von 70 Jahren betrieb.

Außerberuflich widmete er sich dem Chorgesang, was mit einer „Goldenen Ehrennadel“ gewürdigt wurde.

Nachdem seine 1961 geschlossene Ehe, aus der zwei Töchter hervorgegangen sind, 1992 geschieden worden war, heiratete Folger im Jahre 2004 erneut, und zwar Monika Bötticher, die ihren Namen beibehielt.

Nach 27 Jahren, im Jahr 1972, sah Folger seine Heimat wieder, 1977 erneut, wonach es ihm ein „Herzbedürfnis“ wurde, über Ostpreußen zu schreiben.

Folgers Flucht und Lebensweg ähnelt dem vieler seiner Schicksalsgefährten, gezeichnet von Ver-



Bei der Ostpreußischen Landesvertretung (OLV) 2023: Fritz Folger (links) mit Christian Perbandt Foto: René Nehring

zucht, Hunger und Angst vor dem nächsten Tag. Mit großer Energie meisterte er sein Leben. Die Liebe zur Heimat, zu dem wunderschönen Land am Pregel gaben ihm die Kraft für seinen unermüdlischen Einsatz für seine Heimat, bis zu seinem Tode.

So entstand in mühevoller Arbeit eine Ortschronik seines Heimatdorfes Bunden zu dessen 600-jährigem Jubiläum mit 200 Seiten Text und 100 Bildern. 1990 zum „Heimatbeauftragten“ der Kreisgemeinschaft Preußisch Holland bestellt, gründete er „mit der den Ostpreußen nachgesagten Beharrlichkeit“ im Juli 1991 in der Heimat trotz vieler Widerstände

den „Deutschen Freundschaftskreis für die Stadt und den Kreis Preußisch Holland“ (DFK). Nach weiteren Reisen in den Jahren 1995 bis 1997 verfasste er den Bildband „Preußisch Holland heute – unsere Heimat in Bildern“, 320 Seiten stark. Es schloss sich an die Chronik über das Kirchspiel Marienfelde – nach sechs Wochen harter Forschungsarbeit im Geheimen Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz (629 Seiten).

1992 wurde Folger zum Vorsitzenden der Ortsgruppe Braunschweig der Landsmannschaft Ostpreußen gewählt. Ab 2003 war er auch Vorsitzender der Bezirksgruppe Braunschweig der Lands-



Wetzlar: Der BdV-Kreisverband hat getagt Foto: M.H.

Rätsel

Neuge- staltung von Ge- bäuden	Ausflug zu Pferde	Abk. für Bürgerli- ches Ge- setzbuch	Wein- stock	Hunnen- könig	sich recken und dehnen	Stadt in Süd- frank- reich	briti- scher Sagen- könig	frühere engl. An- rede; jun- ger Herr	Wasser- marder	Wild- gericht	amerik. Schau- spieler (Richard)	Orgel- teil	früherer äthio- pischer Titel
belgi- scher Maler (René)					Regel, Richt- schnur				Rendez- voo, Meeting				
eine Spiel- karte			Kurier, Post- zusteller	japani- scher Farb- karpfen			Straf- fälliger, Delin- quent				Spiel- leitung (Kunst, Medien)	eine Blume; ein Gewürz	
		Farbton			EDV- Eingabe- gerät				symbol- kräftiges Schmuck- stück				
be- stimmter Artikel				Natur- geist	ein Wa- cholder- brantn- wein		kräftig; mächtig			Kletter- pflanze			
Richter- spruch	afro- amerik. Pop- musikstil	König von Israel im A. T.	seit ge- räumter Zeit				Gewinn- betei- lung	Handy- Zusatz- programm (Kzw)	dt. So- zialist (Fried- rich)				
feiner Schmutz				Schwur	indischer Bußer, Asket	mensch- liche Aus- strahlung		Vorrich- tung zum Heizen, Kochen	Fluss zur Donau	kroati- sche Insel	haltbare Chemie- faser		
			auf- machen				aus- genom- men, frei von	blank, glän- zend machen					
dt. Schrift- steller (Eugen)	Vorsilbe: gegen (griech.)			selbst- loser Mensch; Träumer	Wider- sacher Gottes	kleine Flüssig- keitsmenge			äußer- lich; aus- wärtig	großer Zeitab- schnitt			
Aner- kennung		Ver- ordnung, Erlass			rumän. Wän- rungs- einheit	Roman von Emile Zola		lächer- lich, kindisch	Luft- trübung		griechi- scher Kriegs- gott	italie- nischer Strom	
				Vor- raum, Flur		Aachener Gebäck				Verpfle- gungs- satz			frühere ital. Währung (Mz.)
				alte, wertlose Gegen- stände	zugun- sten einer Person, Sache		griechi- sche Friedens- göttin	Abk. für Intercity- Express	gebün- delter Energie- strom	Meeres- algen- pflanze	jedoch, hingegen		
				frühere Längen- einheit	Flachs, Faser- pflanze			Rechts- vertreter	Fußgüld	als Anlage zugefügt			
					Gewebe, gesäum- tes Stück Stoff		sich im Rhyth- mus bewegen			aufwärts, oben	Specht- vogel, Pfeffer- fresser		
				Himmels- richtung				Affodill- gewächs, Heil- pflanze	dünner, biegsamer Stock				
				häufen, stapeln	selten, knapp	Kose- form für Groß- vater	metall- haltiges Mineral	den Tat- sachen ent- sprechend		Sitz- bereich im Theater	US- Film- star; ... Gardner	betagt, nicht jung	
				süd- franz. Land- schaft					süd- amerika- nisches Kamel				
				Baby- speise	durch, mit (latei- nisch)		Arbeits- entgelt			eiförmig			
						unan- ständi- ger Witz			Gewährs- mann, Bürge				

Magisch: 1. Platane, 2. Stettin, 3. Unstite  
 Maibaum  
 5. Charakter, 6. Geburten, 7. Kaufmann  
 2. Barkassen, 3. Schmitzede, 4. Erlebnis.  
 Mittelworträtsel: 1. Schmerz.  
 Schüttelrätsel:  
 So ist's richtig:  
 PAZ24 17

Schüttelrätsel

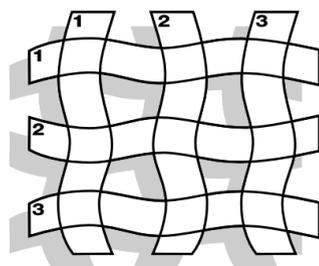
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

IMPR SU	FFIR	DIK	AIMM	PRSU	AEKLT	AEMM	EINP
					AKP		
ADI			AELMP				
FIPU	AMU			AIM			
			AENRT				

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein Wort für ein Frühlingsymbol.

1	ZAHN					FREI
2	HAFEN					FAHRT
3	GOLD					HAMMER
4	NATUR					REICH
5	MODELL					ROLLE
6	HAUS					RATE
7	BANK					SCHAFT



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 Laubbaum
- 2 polnische Stadt an der Oder
- 3 schlechte Gewohnheit

## Landesgruppen und Heimatkreisgemeinschaften

ANZEIGE

Sonnabend, 1. Juni 2024  
10 - 17 Uhr CongressPark Wolfsburg

www.ostpreussen.de

# Ostpreußentreffen



## der Landsmannschaft Ostpreußen

Festveranstaltung mit Ansprache des Sprechers, Fahneneinmarsch, Kulturprogramm, ostpreußischen Ausstellern u.v.m.

**CongressPark Wolfsburg**  
**Heinrich-Heine-Straße, 38440 Wolfsburg**  
**(Zufahrt über die Straße Klieverhagen)**

Bitte beachten: Sichern Sie sich jetzt Ihre Karte zum Preis von 10 € zzgl. Versand im Vorverkauf: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: 040-4140080, selke@ostpreussen.de. Eintritt nur mit gültiger Karte.

mannschaft und stellvertretender Vorsitzender ihrer Landesgruppe.

Im Jahre 2016 würdigte die Landsmannschaft Ostpreußen, deren Mitglied Folger seit 1987 war, seine unermüdete Arbeit für Ostpreußen durch Verleihung der Goldenen Ehrennadel, nachdem er schon im Jahre 1994 die Silberne Ehrennadel erhalten hatte.

Aufgrund der engen Verzahnung der Landsmannschaft Ostpreußen mit dem Bund der Vertriebenen (BdV) blieb es nicht aus, dass Folger nach dem Tod des langjährigen Vorsitzenden Jochen Wittmann auch in den Vorstand des örtlichen BdV gewählt wurde. Von 2008 bis 2018 war er Vorsitzender des BdV-Kreisverbandes Braunschweig-Stadt. Auch die Geschichte dieses Kreisverbandes hat er in einer Chronik auf 98 Seiten festgehalten. Der BdV dankte ihm 1994 mit der Verleihung der Silbernen und 2014 mit der Verleihung der Goldenen Ehrennadel.

Der Rückblick auf Leben und Wirken von Fritz Folger wäre unvollständig, ohne dafür zu danken, dass der BdV-Ortsverband Wolfenbüttel nicht aufgelöst, sondern in den BdV-Kreisverband Braunschweig-Stadt überführt worden ist.

Mit seinen diversen Chroniken und Veröffentlichungen hat Fritz Folger seiner unvergessenen Heimat, die sein Leben geprägt hat, ein Denkmal gesetzt. Seine Arbeit und Einsatz mögen den nachfolgenden Generationen Vorbild für das Engagement für altes deutsches Land und seine Menschen sein!  
*Barbara Loeffke*



### Nordrhein-Westfalen

**Erster Vorsitzender:** Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzender:** Joachim Mross, **Schriftführerin:** Dr. Bärbel Beutner, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

### Programmübersicht

**Bonn** – Dienstag, 14. Mai, 18 Uhr, „Haus am Rhein“, Bonn-Beuel, Elsa-Brändström-Straße 74: Monatsveranstaltung mit Waldemar Moscicki. Danzigs weltliche Kantaten von Johann Balthasar Christian Freislich als ein einmaliges Zeugnis des Selbstverständnisses der Danziger Bürgerschaft im 18. Jahrhundert und ihrer Auffassung der Geschichte. Ein musikalischer Abend mit historischen Kommentaren.

**Bonn** – Dienstag, 11. Juni, 18 Uhr, „Haus am Rhein“, Bonn-Beuel, Elsa-Brändström-Straße 74: Monatsveranstaltung mit Waldemar Moscicki. Danzigs weltliche Kantaten von Johann Balthasar Christian Freislich als ein einmaliges Zeugnis des Selbstverständnisses der Danziger Bürgerschaft im 18. Jahrhundert und ihrer Auffassung der Geschichte. Ein musikalischer Abend mit historischen Kommentaren.

Dieses Thema ist eine Wiederholung der Monatsveranstaltung vom Februar 2023, an der nur drei Personen teilnahmen.

**Bonn** – Dienstag, 9. Juli, 18 Uhr, „Haus am Rhein“, Elsa-Bränd-

ström-Straße 74: Sommerstamm-tisch, lockere Gespräche zu aktuellen Themen insbesondere aus landsmannschaftlicher Sicht.

### Spargelessen

**Düren** – Mittwoch, 8. Mai, 17 Uhr, Haus des Deutschen Osten, Holzstraße 7a: gemütliches Beisammensein beim Spargelessen.

*Gerda Wornowski*



### Sachsen

**Vorsitzender:** Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

### Muttertag

**Dresden** – Dienstag, 14. Mai, 14 Uhr, Großenhainer Straße 96, 01127 Dresden: Der Ostpreußische Muttertag.



### Schleswig-Holstein

**Vorsitzender:** Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offenseth-Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

### Immanuel Kant

**Bad Oldesloe und Tremsbüttel** – Im April waren die Ost- und West-

preußen Gäste bei Annemarie Knopf in Tremsbüttel. Auch hier wurde über Immanuel Kant aus Anlass seines 300. Geburtstages gesprochen. Er wurde am 24. April 1724 in Königsberg als viertes von neun Kindern geboren. Seine Vorfahren waren Handwerker, sein Vater Riemer (Sattler) stammte aus dem Memelland, seine Mutter kam aus Franken.

Nach dem Abitur studierte Kant in Königsberg, machte 1755 seinen Magister. Seit 1770 war er Professor für Logik und Metaphysik in Königsberg. Seine Berufung an andere Universitäten lehnte er ab. Er wollte in Königsberg bleiben. Häufig lud er seine Studenten zum Mittagessen ein und diskutierte lange mit ihnen. Seine täglichen Spaziergänge waren so pünktlich, dass die Nachbarn ihre Uhr danach stellen konnten. Er war nicht verheiratet. Es heißt, als er einmal heiraten wollte, überlegte er so lange, sodass sich die Auserwählte inzwischen mit einem anderen Partner vermählte.

Das Grabmal Kants, das 1924 zu seinem 200. Geburtstag am Nordosten des Domes gestaltet worden war, wurde bei den Bombenangriffen auf Königsberg 1944 nicht zerstört. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Königsberg Sperrgebiet, aber seit 1991 können deutsche Besucher wieder nach Königsberg reisen.

Seine Philosophie ist auf der ganzen Welt anerkannt. Der Kategorische Imperativ verlangt, dass man andere niemals zu einem Objekt machen darf. Kant bleibt trotz seines Weltbürgertums ein deutscher Philosoph. Er stellt Forderungen an den Menschen als ein Wesen mit Verstand und Vernunft.

Nach diesen kurzen Informationen ergaben sich gute Gespräche. Gute Wünsche gab es zum Schluss für unser schwer erkranktes Mitglied und seine Frau, bevor die Runde sich mit Dank an die Gastgeberin verabschiedete.

*Gisela Brauer*



### Ostpreußisches Landesmuseum

Sonntag, 5. Mai, 18.30 Uhr, Eintritt: 12 / 8 Euro: **Kants klare Kante. Schauspieler-Lesung in Zusammenarbeit mit dem Theater Lüneburg.** Hannah Rang, Beate Weidenhammer, Jan-Philip Walter Heinzel und Michael Dario Schütz präsentieren eine Kant-Lesung mit Texten von Heine bis Watzlawick und natürlich Kant! Literarisch und philosophisch, unterhaltsam und fordernd, neugierig und staunend.

Dienstag, 7. Mai, 14.30 Uhr, Eintritt: 7 Euro, inklusive Eintritt, Kaffee, Tee und Gebäck: **Von Trachten, Hochzeits-teppichen und Werkwochen – Ostpreußens textile Geschichte.** Vortrag von Hannah Janowitz M.A. in der Reihe „Museum Erleben“.

Eine Anmeldung zu den jeweiligen Veranstaltungen ist unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.



### Lyck

**Kreisvertreterin:** Bärbel Wiesen-see, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellv. **Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

### Regionaltreffen Nord

**Lübeck** – Sonntag, 28. April, Einlass 11 Uhr, Beginn 11.30 Uhr, Zur Blockhütte, Koggenweg 1: Regionaltreffen Nord. Es ist keine Anmeldung erforderlich. Fragen beantwortet Heidi Mader unter Telefon (0421) 67329026 oder per E-Mail: heidi-mader@gmx.de



### Memel-Stadt/Land

**Kreisvertreter:** Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174) 9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de. **Gst. für alle Memellandkreise:** Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshheim

### Rosen zum Frauentag

**Memel** – Auch in diesem Jahr feierte der Deutsche Kultur Verein Memel wieder den internationalen Frauentag.

14 Frauen und fünf unterstützende Männer trafen sich dazu im Kulturzentrum unserer Heimatstadt bei Kaffee und selbst gebackenem Kuchen. Über den Sinn dieses Tages sprach der Vorsitzende unseres Vereins einleitende Worte. Dann wurde zünftig gefeiert und die mitgebrachten Leckereien verzehrt sowie interessante Gespräche mit unseren deutschen Gästen aus Aalen geführt.

Vielen Dank Judita, Kirstin und Christa für den leckeren Kuchen, Zermena für die Rosen und unserem Vorsitzenden für den Sekt.

*Heiko Kreßin*



Vierzehn Rosen für die Gleichberechtigung: Internationaler Frauentag *Foto: Heiko Kreßin*



### Forum Baltikum – Dittchenbühne

„Champagner zum Frühstück“, Sonnabend, 27. April, 15 Uhr. Die Theatergruppe „Florentina“ gastiert mit einer „zeitgemäßen, charmannten und witzigen Komödie“ (Theaterplakat) in drei Akten an der Sudermannallee 50: Die Senioren Marie und Valentin kommen als Konkurrenten zu einer Wohnungsbesichtigung und beschließen dabei, sich auf ein Abenteuer namens Wohngemeinschaft einzulassen. Natürlich ruft diese Gemeinschaft Widerspruch hervor: bei Valentins Sohn, bei Marias Tochter und bei der neugierigen Nachbarin. Und auch das Leben der beiden miteinander ist nicht frei von Konflikten und Herausforderungen... Die Presse urteilte: „feines, köstliches Zusammenspiel“, „sorgt für unvergessliche Momente“, „warmherzige Komödie mit Wortwitz und Situationskomik“, „amüsante Rentner-WG“ und „geht unter die Haut und ans Herz“. Nähere Informationen und Tickets im Büro des „Forum Baltikum – Dittchenbühne“, Telefon (04121) 89710; E-Mail: buero@dittchenbuehne.de.

„Schtok!“ , Dienstag, 7. Mai, 14 Uhr, zeigt der Filmclub die deutsche Filmkomödie. Der Kunst- und Antiquitätenhändler „Prof. Dr. Knobel“, der sich erfolgreich an Fälschungen aller Art versucht, scheint mit selbstgefertigten Hitler-Tagebüchern der große Wurf zu gelingen. Regisseur Helmut Dietl spürt dem bislang größten deutschen Medien-skandal nach. Im April 1983 hatte die Illustrierte „Stern“ erklärt, dass ihr Hitlers geheime Tagebücher vorlägen. Nähere Informationen und Anmeldung im Büro des „Forum Baltikum – Dittchenbühne“, Telefon (04121) 89710; E-Mail: buero@dittchenbuehne.de, Hermann-Sudermann-Allee 50.

ANZEIGE

Die Vereinigte Landsmannschaft Ost-/Westpreußen Kreisgruppe Düren e. V. trauert um

## Heinz-Otto Gardeick

\* 23. 12. 1924 in Schakuhnen/Ostpreußen  
† 23. 03. 2024 in Jülich

Er war ein langjähriges treues Mitglied in unserem Verein.

Wir gedenken seiner in Trauer und Dankbarkeit.

**Der Vorstand**

## DEUTSCH-DEUTSCHE GESCHICHTE

# Mehr Geheimnisse, weniger Strafe

Wie die Allensteinerin Christel Boom mehr „Aufklärung“ für die Stasi als ihr Mann betrieb und dabei weniger im Rampenlicht stand

VON WOLFGANG KAUFMANN

Vor 50 Jahren eskalierte der größte Spionagefall der deutsch-deutschen Geschichte, als BKA-Beamte am frühen Morgen des 24. April 1974 das Ehepaar Günter und Christel Margarete Ingeborg Guillaume verhafteten. Dieses war Ende 1956 aus der DDR in die Bundesrepublik gekommen, um im Auftrag der Auslandsabteilung des Ost-Berliner Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) „Aufklärung“ innerhalb der SPD zu betreiben. Dabei gelang es Günter Guillaume, bis zum persönlichen Referenten von Bundeskanzler Willy Brandt aufzusteigen, der dann wegen der Spionageaffäre zurücktrat. Durch dieses Ereignis fand die Rolle von Christel Guillaume kaum Beachtung. Dabei war sie wohl ein talentierterer Agent als ihr Ehemann, der letztlich keine nennenswerten Staatsgeheimnisse an die Stasi weitergab.

Die MfS-Agentin mit dem Decknamen „Heinze“ wurde am 6. Oktober 1927 als uneheliches Kind der Landarbeiterin Erna Meerrettig in Allenstein geboren. Als ihre Mutter einige Jahre später den Niederländer Tobias Boom heiratete, adoptierte dieser das Mädchen. Unter dem Namen Christel Boom verließ sie im März 1943 die Schule und begann eine Ausbildung zur medizinisch-technischen Assistentin, die sie aber aufgrund der Flucht aus Ostpreußen abbrechen musste. Dem folgten nach dem Zweiten Weltkrieg Privatstunden in Schreibmaschineschreiben und Stenographie. Im September 1950 erhielt Boom dadurch eine Stelle als Sekretärin im Groß-Berliner „Komitee der Kämpfer für den Frieden“. Kurz darauf wurde sie von der Stasi angeworben und mehrere Jahre lang auf den Einsatz in der Bundesrepublik vorbereitet. Als ihr Führungsoffizier sollte der Redakteur Günter Guillaume alias „Hansen“ fungieren, den sie am 12. Mai 1951 in Leisnig heiratete.



„Landesverrat und Beihilfe zum Bruch von Dienstgeheimnissen“ lautet das Urteil vom 24. Juni 1975 gegen die Ehefrau des Ex-Referenten im Bundeskanzleramt Günter Guillaume: Christel Boom, von 1951 bis 1981 Guillaume

Foto: dpa

## Sekretärin Willy Birkelbachs

Nach seiner fingierten Flucht in den Westen ließ sich das Ehepaar in Frankfurt am Main nieder und eröffnete mit dem Startkapital des MfS einen Kaffee- und Tabakladen. Außerdem traten beide auftragsgemäß in die SPD ein. Anschließend passierte etwas, womit die Hauptverwaltung Aufklärung (HV A) der Staatssicherheit nicht gerechnet hatte: Christel Guillaume machte deutlich schneller Karriere als ihr Mann und avancierte alsbald zur Büroleiterin des Chefs der Staatskanzlei des Landes Hes-

sen von 1964 bis 1969, des SPD-Politikers Willy Birkelbach. Daher konnte Christel Guillaume der HV A zahlreiche geheime Dokumente zuspieren, während Günter Guillaume es erst Jahre später mit Mühe und Not zum Geschäftsführer des SPD-Unterbezirks in Frankfurt am Main brachte. Deshalb wollte die gebürtige Allensteinerin, dass die HV A sie zum Führungsoffizier des Duos ernannte. Doch die Stasi bestand auf der ursprünglichen Rollenverteilung, sodass Christel Guillaume schließlich frustriert zurücksteckte.

Kurz darauf ergatterte Günter Guillaume durch die Protektion des SPD-Verkehrsministers Georg Leber eine Stelle als Referent in der Abteilung Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik des Bundeskanzleramtes. Ende 1972 folgte die Ernennung zum persönlichen Referenten von Brandt für Parteifragen. Als beide aufgrund der Ermittlungen der bundesdeutschen Sicherheitsbehörden aufflogen, stand Christel Guillaume gerade davor, in das Sekretariat des nunmehrigen Verteidigungsministers Leber versetzt zu werden. Damit wäre sie für die Stasi aller

Wahrscheinlichkeit nach noch viel wertvoller geworden als bislang.

Am 15. Dezember 1975 verurteilte das Oberlandesgericht Düsseldorf Christel Guillaume wegen Landesverrats zu acht Jahren Haft, die sie aber nicht vollständig verbüßte. Denn Anfang 1981 wurde die Agentin gegen einige Kollegen des Bundesnachrichtendienstes, die im Osten im Gefängnis saßen, ausgetauscht und in die DDR überstellt. Dort feierte man sie als „Kundschafterin für den Frieden“ und verlieh ihr den Karl-Marx-Orden sowie den Rang eines Oberstleutnants der Stasi. Danach bezog Christel Guillaume ein extra für sie erbautes und speziell gesichertes Haus in Hohen Neuendorf bei Berlin.

## Beklagt „verpfushtes Leben“

Im Oktober 1981 kam auch Günther Guillaume bei einem Agentenaustausch frei und in die DDR. Zwei Monate später ließ sich das Ehepaar scheiden. Daraufhin nahm die Agentin im Ruhestand wieder ihren Mädchennamen Boom an. Den trug später auch der gemeinsame Sohn Pierre, der im April 1957 geboren worden war und 1975 auf Drängen der Stasi in die DDR übersiedelte. Er musste den Nachnamen Boom führen, seit er 1988 einen Antrag auf Rückkehr in die Bundesrepublik gestellt hatte.

Christel Boom heiratete im Gegensatz zu Günter Guillaume nicht wieder und zog nach der friedlichen Revolution in der DDR nach Berlin-Wilmersdorf. In einem 1990 gedrehten Dokumentarfilm beklagte sie ihr „insgesamt ... verpfushtes Leben“. Während ihrer letzten Lebensjahre versuchte die ehemalige Spionin, ihre Rente von 1700 D-Mark aufzustocken, indem sie Klage einreichte, um die sieben Haftjahre in der JVA Köln-Ossendorf bei der Festsetzung der Altersbezüge anrechnen zu lassen. Dieses Ansinnen wies das Landessozialgericht Berlin jedoch Anfang 2001 zurück. Christel Boom starb am 20. März 2004 an einem Herzleiden.

## ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

# „Wir betraten eine Welt, die wir nicht verstanden“

Die einstige kulturelle Aneignung nach dem Krieg ist nun selbst zur Geschichte geworden

Eine Ausstellung im Breslauer Ethnographischen Museum, ul. Traugutta 113, stellt die Frage, wie das deutsche Erbe in den Oder-Neiße-Gebieten von den Polen adaptiert wurde.

Im Zentrum der Schau „Adaptierte Gegenstände“ steht ein Ausziehtisch – eine niederschlesische Erfindung, die Robert Ruscheweyh im 19. Jahrhundert patentierten ließ. Unter diesem Ausziehtisch findet der Besucher gestapelt deutsche Bücher, darunter gut sichtbar eines mit dem Titel: „Unbewältigte Vergangenheit“. Zufällig oder Gewollt? Eben um die Bewältigung des deutschen Erbes geht es Kuratorin Marta Derejczyk: „Wir suchen nach Antworten, welche Beziehung die heutigen Breslauer oder Stettiner zum deutschen Erbe ihrer Stadt haben. Wir fragen, ob sie Vorkriegsgegenstände besitzen, wie sie zu ihnen kamen und welchen Stellenwert sie diesen Objekten zuschreiben.“

Im Vorfeld der Präsentation wurde 2019 ein wissenschaftliches Projekt durchgeführt, in dem Anna Kurpiel von der Universität Breslau und Katarzyna Maniak von der Jagiellonen-Universität Krakau die Beziehung heutiger Breslauer und Stettiner zur Vorkriegsgeschichte ih-

rer Städte untersuchten. „In einer sehr kurzen Zeit gab es sowohl in Breslau als auch in Stettin einen kompletten Bevölkerungsaustausch. Wir betraten eine Welt, die für uns mental fremd war und die wir nicht verstanden und somit nicht annehmen konnten. Wir waren traumatisiert und vorbelastet, kamen an Orte, wo vor kurzem noch diejenigen lebten, die uns so viel Leid zugefügt hatten“, erklärt Piotr Oszczanowski, Direktor des Breslauer Nationalmuseums. Er gibt zu, „deutsche Inschriften wurden entfernt, Denkmäler von ihren Sockeln gestürzt, aber gleichzeitig haben wir Fragmente eines ungläublichen Erbes, das wir vorgefunden haben, gerettet.“

Kurpiel und Maniak wollten wissen, wie man heute mit dem Begriff „des Deutschen“ in Bezug auf Gegenstände umgeht, ob dieses Deutsche als feindlich, bedrohlich, solide, wertvoll oder praktisch wahrgenommen wird. Sie besuchten Siedlungen, in denen Vorkriegsgebäude erhalten geblieben waren. Es waren etwa 20 Wohnungen in Breslau und etwa 20 in Stettin. „Wir gingen von Haus zu Haus, baten unbekannte Menschen, uns einen Einblick in ihre privaten Räume zu gewähren, uns Gegenstände zu zeigen und uns zu erzäh-



Erinnert sich an die Fundstücke in der Wohnung ihrer Großmutter: Besucherin aus Auras

Foto: C. W. Wagner

len, wie sie sich in den Vorkriegswohnungen einlebten“, so Kurpiel. Sie berichtet, dass ihnen Gegenstände gezeigt wurden, die oft nicht besonders wertvoll waren, aber einen emotionalen Wert hatten. Diese Gegenstände samt ihren Geschichten, also Postkarten, Fotoalben, Porzellangeschirr, Kaffeemühlen, Flaschen oder ein Kleid mit

Schal, das kurz nach Kriegsende auf dem Schwarzmarkt von Deutschen gekauft wurde, sind Teil der Ausstellung in Breslau.

„Ein Briefbeschwerer mit dem Bild eines Kindes im Inneren löste in der Finderin Folgendes aus: Sie fragte sich, wie es möglich sei, dass ein so liebliches Gesicht ein deutsches Kind zeige, wo sie doch immer nur Geschichten von den bösen Aggressoren hörte“, berichtet Kurpiel.

Im Breslauer Stadtteil Grabschen [Grabiszyn] lebt Teresa. Als ihre Eltern dort einzogen, lebten sie noch einige Monate lang mit den deutschen Eigentümern zusammen. Als diese vertrieben wurden, baten sie, dass eines der Bilder für immer dort hängenbleiben solle. „Für Teresa ist es schwer nachzuvollziehen, warum ausgerechnet dieses Bild den Deutschen so wichtig war, aber Teresas Eltern und sie respektierten den Wunsch dieser Deutschen. Das Bild wurde erstmalig für die Breslauer Ausstellung abgehängt“, so Kuratorin Derejczyk.

Eine Porzellanfigur, die drei Schweinchen zeigt, stammt aus Stettin. Gefunden hat sie Bogdana Kazińska, als sie in den 50er Jahren als Kind mit ihren Eltern und den beiden Schwestern in ein deutsches Haus einzog. Für die drei Kaziński-

Schwestern wurde die Schweinchenfigur zum Symbol für ihre eigene „Dreiheit“.

Der Breslauer Künstler Jacek Zachodny sammelt deutsche Artefakte. Sie bedeuten für ihn eine „hybride Wirklichkeit der neuen polnischen Westgebiete“. Für die Ausstellung hat er Karten aus einem deutschen Schulatlas gespendet. Darin befinden sich Notizen deutscher Schüler und die seines aus Lemberg stammenden Vaters, der nach Kriegsende aus diesem Atlas lernte. Lidia Barankiewicz stellte für die Ausstellung Postkarten der Familie Mainka zur Verfügung. Sie hat das Schicksal dieser Familie recherchiert und zum Teil ihrer eigenen Familiengeschichte gemacht. Ähnlich wie Magda Wozińska, die auf dem Dachboden einen Zeitungsschnipsel von 1928 fand. Für sie war klar, sie würde ihn nicht wegwerfen. Sie hat diesen Fund eingerahmt, und nun hängt er im Herzstück der Wohnung, über dem Küchentisch.

Bis zum 25. August können Besucher der Ausstellung „Adaptierte Gegenstände“ im Breslauer Ethnographischen Museum testen, ob das deutsche Erbe immer noch Emotionen hervorruft, was ihr Schicksal ist oder ob es vielleicht sogar im Trend liegt, sich der deutschen Vergangenheit anzunehmen. *Chris W. Wagner*

650. TODESTAG

# Ständig Konflikte um Territorien

Bogislaw V. von Pommern regierte in unruhigen Zeiten – Heirat der Tochter stärkte Pommern

VON MARTIN STOLZENAU

Herzog Bogislaw V. von Pommern entstammte bekanntlich dem Herrscherhaus der Greifen. Er regierte zuerst das Teilherzogtum von Pommern-Wolgast und später, nach einer Neuordnung der Greifen-Territorien, ab 1368 das Teilherzogtum von Pommern-Stolp. Er war in erster Ehe mit einer Tochter des polnischen Königs verheiratet und erreichte später die Verheiratung seiner Tochter Elisabeth mit Kaiser Karl IV. Von Herzog Bogislaw V. und seinen beiden Ehefrauen ist ein Bildnis überliefert, das der aus den Niederlanden stammende Güstrower Hofmaler Cornelius Krommeny schuf.

Bogislaw V. wurde um 1318 geboren und war wohl der älteste Sohn unter mehreren Brüdern. Das waren Barnim IV. und Wartislaw V. Die Eltern waren Herzog Wartislaw IV. und Herzogin Elisabeth von Schlesien. Sie herrschten über das pommerische Teilherzogtum von Pommern-Wolgast. Die Söhne erhielten eine standesgemäße Ausbildung, die vor allem dem Rittertum und der Religion geschuldet war. Vater Wartislaw IV. hatte nach dem Aussterben des rügenschon Fürstenhauses dessen Territorium übernommen. Das umfasste außer Rügen auch Teile des Festlandes. Das bedeutete einen Machtzuwachs. Doch das Erbe der Rügenfürsten interessierte auch andere Fürstenhäuser.

## Begehrlichkeiten geweckt

Als Wartislaw IV. 1326 starb und seine Söhne noch Kinder waren, nutzte Heinrich II. von Mecklenburg diese Gelegenheit zur Einverleibung des rügenschon Erbes. Es kam zum „Ersten Rügischen Erbfolgekrieg“. Doch die Greifen siegten mit Unterstützung der Grafen von Gützkow, unter Führung von Herzog Barnim III. von Pommern-Stettin, dem Vormund der noch regierungsunmündigen Herzöge von Pommern-Wolgast mit Bogislaw V. Es kam zum Frieden von Brudersdorf. Pommern-Wolgast behielt das Rügenerbe, musste aber eine große Abfindung zahlen und bis zu deren Begleichung

auf einen Teil der rügenschon Festlandbesitzungen verzichten. Das allerdings barg schon den Keim für den „Zweiten Rügischen Erbfolgekrieg“.

Ab 1328 eskalierte ein anderes Problem. König Ludwig der Bayer forderte von den Pommernherzögen die Huldigung für seinen Sohn Ludwig V. als Markgraf von Brandenburg. Die Pommernherzöge versuchten diesen folgenschweren Schritt mit einer Finte zu umgehen. Sie trugen Papst Johannes XXII. Pommern als Lehen an. Das half aber nur wenig. Der Konflikt

Bundesgenossen. Erst 1348 konnte man in Pommern wegen Brandenburg etwas aufatmen. Der neue Kaiser Karl IV. erkannte die Reichsunmittelbarkeit aller Pommernherzöge an. Er belehnte sie „zur gesamten Hand“.

## Tochter Elisabeth deutsche Kaiserin

Es kam noch besser: Bogislaw V. konnte seine Tochter Elisabeth, die am Hof ihres Großvaters in Krakau erzogen worden war, mit dem Kaiser verheiraten. Aus der Pommern-Prinzessin wurde eine deut-

verzichteten die Pommernherzöge auch auf eine Primogenitur mit dem Recht des Erstgeborenen auf die Thronfolge. So kam es immer wieder neu zu territorialen Aufspaltungen, die für die Fürstenhäuser eine Machtminderung zur Folge hatten und Deutschland die Kleinstaaterei bescherte. Im Jahr 1372 wurde die Pommernteilung unter Bogislaw V. zur Dauerlösung. Sein nunmehriges Herzogtum hieß Pommern-Stolp.

Der Herzog, der nach dem Tod seiner ersten Frau in zweiter Ehe mit Adelheid



Gemälde im Rügenwalder Schloss: Bogislaw V. mit seinen beiden Gemahlinnen Elisabeth von Polen und Adelheid von Braunschweig. Aus dem Stammbaum der Greifen, geschaffen 1598 von dem niederländischen Maler Cornelius Krommeny

um die Lehnsherrschaft Brandenburgs über Pommern schwelte weiter und führte auch zu Unstimmigkeiten im Greifenhaus. Mitteldrin übernahmen Bogislaw V. und seine Brüder 1341 die selbstständige Herrschaft über ihr eigenes Territorium.

## Immer wieder Konflikte

Der Konflikt mit Brandenburg aber blieb. In dieser Phase fand Bogislaw V. durch die Heirat mit Elisabeth von Polen einen

sche Kaiserin. Das stärkte die Stellung der Pommernherzöge enorm.

1368 war dann wieder eine Zäsur. Es folgte die nächste große Pommern-Teilung. Östlich der Swine herrschte danach Bogislaw V., westlich der Swine regierten die Söhne seines zuvor verstorbenen Bruders Barnim IV. Wartislaw V., der Jüngste der Brüder, wurde mit dem vergleichsweise kleinen Gebiet um Neustettin abgefunden. Wie in anderen Teilen Deutschlands

von Braunschweig aus dem Hause der Welfen verheiratet war, zeugte mit ihr weitere vier Kinder und starb vor 650 Jahren, am 24. April 1374. Die junge Herzoginwitwe überlebte ihn um über 30 Jahre. Aus seinen beiden Ehen hinterließ Bogislaw V. insgesamt sechs Kinder. Sein erster Nachfolger war Sohn Kasimir IV. aus seiner ersten Ehe. Nach dessen frühem Tod 1377 regierte Sohn Wartislaw VII. aus seiner zweiten Ehe.

## WEBKUNST

# Fischerteppiche und fröhliche bunte Bänder

Traditionelle pommerische Volkskunst nach überlieferten Motiven begeistert Seminarteilnehmer in Kiel

Vom 8. bis 12. April wurde die diesjährige Frühjahrs-Volkskunstwoche der Pommerischen Landsmannschaft Kiel durchgeführt. Die Leitung des Seminars hatte wieder Hildegund Hergenhan. Sie konnte acht Teilnehmerinnen aus der ganzen Bundesrepublik begrüßen, eine Teilnehmerin war sogar aus Österreich angereist. Wie schon in den Jahren zuvor, konnte die Woche wieder im Haus der Heimat in Kiel durchgeführt werden.

Je nach Kenntnisstand der Teilnehmerinnen wurde auch mit einfachem „Geradeausweben“ beziehungsweise mit dem Einlesen von Mustern gearbeitet. Großer Wert wurde stets auf das Schären der Kette gelegt, denn eine gute Kette ist immer die Grundlage für ein gutes Band. Alle Teilnehmerinnen waren eifrig bei der Sache, und es wurden schöne Bänder nach traditionellen Mustern gefertigt. Dabei begeistert und fasziniert es immer wieder, welche Vielfalt bei dem Arbeiten mit den bunten Fäden möglich ist.

Den Fischerteppichen hatten sich zwei Damen verschrieben. Auf dem Grup-



Im „Haus der Heimat“ in Kiel: Hildegund Hergenhan (in weißer Bluse) und die Kurs- teilnehmerinnen präsentieren stolz ihre Arbeiten Fotos (2): Hergenhan

penfoto ist ein Fischerteppich noch im Knüpfstuhl zu sehen. Eine der Damen meinte: Ich mache im „Homeoffice“ weiter – und nahm ihren Webrahmen mit nach Hause.

Ein Vortrag über die verschiedenen Bänder und die Bandgeschichte rundete das Seminar ab. So war auch dieser Kurs wieder ein voller Erfolg. whg

## • Nächster Bandwebkurs

21. bis 25. Oktober in Kiel, Kursgebühr 70 Euro, Garne und Handwerksutensilien werden gestellt. Auskunft und Anmeldung bei: Hildegund Hergenhan, Elmschenhagener Allee 7, 24146 Kiel, Telefon: (0431) 781429, E-Mail: gundel@bandweben.info



Farbenfroh: Ein Band ist auf einem Bandwebstuhl in Arbeit

## • MELDUNGEN

# Fischertage, Dragoner und Reiferbahn

**Stettin** – Vom 26. April bis 27. Juli läuft in der Villa Lentz die Ausstellung „Stettin in der Malerei an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert“. Unter den 30 Gemälden ist der „Stettiner Hafen“ von Fritz Modrow (1888–1986) und „Sommer am Haff“ von Otto Lang-Wollin (1881–1958). TS

**Rügen** – Die größte pommerische Insel lädt vom 29. April bis zum 5. Mai zu den 9. Rügener Fischertagen nach Sassnitz und auf die Halbinsel Mönchgut ein – mit „Open Ship“, Interessantem zur Tradition des Fischfangs, kulinarischen Köstlichkeiten und maritimer Musik sowie Heringsfest. TS

**Bütow** – Der seit 2000 als Stadtarchitekt und Konservator von Denkmälern tätige Leszek Neubauer hat das Ehrenabzeichen von Bütow erhalten. Er leitete neben weiteren Projekten die Sanierung der Eisenbahnbrücke von Bütow, die 2021 als „Gepflegtes Denkmal“ ausgezeichnet wurde. TS

**Stralsund** – Den Ringern vom Hanseatischen Athletikclub (HAC) ist bei der deutschen U17-Meisterschaft ein großer Wurf gelungen: Ole Sterning und Anton Schneider holten vor heimischer Kulisse Gold. Ringen ist neben Gewichtheben eine traditionelle Sportart am Sund. TS

**Leba** – Die Einwohner fürchten um die Einzigartigkeit des Ortes Leba, der durch Wanderdünen, Fischerkaten und Fischerkirche bekannt ist. Nun formiert sich Protest gegen den Bau von drei siebenstöckigen Gebäuden eines Hotelkomplexes auf einem etwa sechs Hektar großen Grundstück. TS

**Züssow** – Am 4. Mai findet die Frühjahrssynode des Pommerischen Evangelischen Kirchenkreises (PEK) statt. Wichtigster Tagesordnungspunkt ist die Vorstellung und Wahl der neuen Pröpstin für die kirchlichen Verwaltung in Demmin und die Besetzung der Ausschüsse. TS

**Körlin** – Der Windpark Möhringen hat eine Nutzungsgenehmigung für 15 Windkraftanlagen mit einer Leistung von jeweils 3,9 Megawatt erhalten. Damit kann der Windpark der Tauron-Gruppe aus Schlesien etwa 68.000 Haushalte versorgen. 2024 sind zwei weitere Windparks geplant. TS

**Ueckermünde** – Die neue Sonderausstellung „Dragoner, Grenadier & Co.“ lädt bis zum Mai zum Besuch in das Haff-Museum ein. Präsentiert wurden die Zinnfiguren erstmals am 20. April anlässlich der Nachstellung der Einnahme Ueckermündes durch französische Truppen. TS

**Stralsund** – Die Reiferbahn in Stralsund ist ein Ort mit wechselvoller Geschichte. Angefangen bei den Seilherstellern, über verschiedene Sägewerke und Werkstätten bis hin zum verheerenden Bombardement im Zweiten Weltkrieg und dem anschließenden Bau von Wohnhäusern für Werftmitarbeiter reichte das Erscheinungsbild in der Nähe der Wasserkante bisher. Jetzt ändert es sich erneut. Nach dem Abriss der aus den 1950er Jahren stammenden Häuser bietet sich aktuell eine große Fläche mit vorbereiteten Wegen, Straßen und Parkanlagen. Diese sind das Ergebnis einer städtebaulichen Erneuerung. HS

# „Historisch noch nie dagewesener Werteverfall“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben



„Schöner alter Artikel, nah an der Zeit der Vertreibung. Da wird einem warm ums Herz – und wehmütig.“

**Chris Benthe, Dresden**  
zum Thema: Wünsche beim Osterwasserholen, die in Erfüllung gingen (Nr. 13)



Ausgabe Nr. 15

**Leserbriefe an:** PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

**NIE SO WERTVOLL WIE HEUTE**  
ZU: FÜR DIE FDP STELLT SICH WIEDER EINMAL DIE EXISTENZ-FRAGE (NR. 15)

Dass schon zur Mitte der Legislaturperiode das Schicksal der FDP auf dem Spiel stehen könnte, hatten ihre, nur auf die eigenen Karrieren bedachten Berufspolitiker nicht auf dem Schirm. Deren Irrglaube, sie könnten sich innerhalb der Ampel ihren Stammwählern und der bürgerlichen Mitte als liberaler Fels in der Brandung profilieren, hat die FDP, die diesen Männern und Frauen anvertraut war, die FDP der Marktwirtschaft, der Rechtsstaatlichkeit, der bürgerlichen Freiheiten und der parteipolitischen Neutralität des Staates und seiner Institutionen in völlige Bedeutungslosigkeit katapultieren lassen.

Der eigene überzogene Ehrgeiz, die Unfähigkeit zu realistischer Selbsteinschätzung und der Glaube an die eigene Bedeutung, hat sie diese traditionsreiche, liberale Kraft zum Steigbügelhalter einer naiven aber umso vernichtenderen Stamokap-Wirtschaftstheorie und Mitläufer einer noch nie dagewesenen „grünen“ Bullerbü-Ideologie degradieren lassen.

Die Partei von Mende, Dehler, Baum, Lambsdorff und Genscher ist zum Mittäter eines historisch noch nie dagewesenen Werteverfalls geworden. Sie hat der Demontage des traditionellen Familienbildes, der Entstehung einer kruden Pseudomoral, einer „woken“ Klimakollaps- und Endzeitideologie, vor allem aber einem Klima der Intoleranz, der Meinungs- und Kommunikationsüberwachung in noch nie dagewesenem Ausmaß Vorschub geleistet. Sie ist gemeinsam mit der SPD verantwortlich dafür, dass unser Land am Rand des Abgrunds steht.

Beide Traditionsparteien haben, egal ob ohnmächtig oder nur machtlos, Hilfestellung dabei geleistet, dass die Grünen unser Land, sein Staatsvolk, unser Herkommen, unsere christlich-abendländische Kultur und die Werte der Aufklärung geopfert und in den Abgrund hineingestürzt haben. Vom FDP-Finanzminister Christian Lindner aufgestellte Haushalte

wurden beschlossen, in denen die Antifa, die moderne SA der Linken, die NGOs, sogenannte Aktivisten und skurrile Öko-Gruppen weltweit mit Steuermilliarden subventioniert werden. Das Habecksche Wirtschaftsprogramm nannten wir in den 70ern Stamokap-Theorie. Der Staat nimmt allen alles und verteilt das Diebesgut an Parteigänger, deren Apologeten und Claqueure.

„Brave new world“ – „schöne neue Welt“, frei nach Shakespeare: Die Energiewende und die von ihr ausgelöste Teuerung hat die Ersparnisse der Rentner dahingerafft. Was von unserer Wirtschaft noch übrig ist, ist von den schuldenfinanzierten Subventionen so abhängig wie Junkies vom nächsten Schuss, und die Bürokratie blüht üppiger denn je. Würden die FDP-Oberen diesem Irrwitz nach dem Motto „lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende“ den längst überfälligen Garaus machen und die Visionen, die sie und ihre Duzfreunde aus der Koalition dem Land und seinen Menschen zugebracht haben, verhindern helfen, bleibt ihnen zumindest tätige Reue als Strafmilderung.

Für eine FDP, deren heutige Führungskräfte durch Rücktritte den Platz für den einen oder anderen Menschen von liberaler Format räumten, gelte der Grundsatz: „Nie war sie so wertvoll wie heute.“  
*Dr. Meier zu Uphausen, Oldenburg/OL.*

**FAHRVERBOT VON DER AMPEL**  
ZU: FÜR DIE FDP STELLT SICH WIEDER EINMAL DIE EXISTENZ-FRAGE (NR. 15)

Einige in der FDP tun wirklich alles dafür, um so rasch als möglich diese Partei von der Bildfläche verschwinden zu lassen, und das mit ganz sicherer Hand und mit einem Gespür dafür, genau das zu tun, was das Volk nicht will und schon gar nicht braucht.

Jetzt hat sich auch noch der liberale Verkehrsminister Volker Wissing, anscheinend auch noch ganz freiwillig, mit dieser grünen Ideologie infizieren lassen,

Stichwort: Fahrverbote. Wer in dieser grünen Ampel mitblinken möchte, der muss auch tun, was diese obergrünen Grünen wollen, sonst gibt es Saures.

Wissing glaubt halt an diese grüne Botschaft, und dass das Weltklima eben nur von Deutschland gerettet werden kann. Was erhofft sich eigentlich der Minister mit einem Fahrverbot an Wochenenden?  
*Klaus P. Jaworek Büchenbach*

**NICHT ALLES KAM ZURÜCK**  
ZU: ALS KEHL ZU DEUTSCHLAND ZURÜCKKAM (NR. 14)

Adolf Hitler hatte bereits Mitte der 1930er Jahre Frankreich mehrfach versprochen, dass die durch den Versailler Vertrag erzwungene Abtretung vom Reichsland Elsaß-Lothringen durch Deutschland nicht bestritten wird – dieses Versprechen wurde gehalten.

Die drei belgischen Ost-Kantone Eupen, Malmédy und St. Vith kamen jedoch 1940 zum Reich zurück, da das im Versailler Vertrag vorgesehene Plebiszit von 1920 ein zynischer belgischer Betrug war. Nach der Besetzung Dänemarks 1940 wurde Hitler von Vertretern der deutschen NS-Partei Süd-Jütlands gebeten, die Vorkriegsgrenze wiederherzustellen, was Hitler wiederum ablehnte.

*Peter Faeth, Bad Pyrmont*

**KURZ VORM SCHURKENSTAAT?**  
ZU: „EROSION DER DEMOKRATIE“ (NR. 13)

Immer wenn Institutionen oder vermeintliche moralische Instanzen hierzulande vor einem „Ende der Demokratie“ warnen, dann frage ich mich, ob diese damit auch die Entwicklungen meinen, bei denen die Regierung massiv in die öffentliche Meinungsbildung eingreift und die Rechte der Opposition beschneidet.

Selbst vor einem Umbau des Bundesverfassungsgerichts schreckt die Ampelregierung nicht mehr zurück, obwohl man selbiges Vorhaben in Polen unter der da-

maligen PiS-Regierung als nicht mit einem Rechtsstaat vereinbar kritisierte. Nun geht es aber darum, künftig Kandidaten der Opposition, welche man ohnehin am liebsten verbieten würde, zu verhindern, wenn es um die Ernennung der Verfassungsrichter geht.

Ein Kommentar von der Bertelsmann-Stiftung zu ihrer eigenen Studie (bezüglich der Zunahme von Autokratien in der Welt, d. Red.) über offensichtliche autoritäre Entwicklungen in der Bundesrepublik wäre längst überfällig. Befinden wir uns nach den Bertelsmann-Kriterien noch in einer Demokratie oder nicht schon in einer Autokratie ohne AfD-Beteiligung? Da nun auch schon Sprach- und Denkmuster staatlich bekämpft werden sollen, jedenfalls wenn es nach Innenministerin Nancy Faeser und Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang geht, scheint die Linie zu den sogenannten „Schurkenstaaten“ längst überschritten worden zu sein.

Nicht einmal der angeblich so autoritäre Ministerpräsident Viktor Orbán lässt in Ungarn Meinungsäußerungen „unterhalb der Strafbarkeitsschwelle“ verfolgen, wie es die grüne Familienministerin Lisa Paus in der Bundesrepublik bald plant.

Mit welchem Recht kann man Staaten wie Ungarn, Polen oder die Slowakei zukünftig noch als Autokratien darstellen, während man trotz der enormen Defizite und Repressalien hier noch von einer Demokratie spricht, nur weil diese vor dem Parlament einen Regenbogen misst? Der Vergleich hinkt, was die Bertelsmann-Stiftung jedoch nicht wahrhaben will.

*Marcel Jacobs, Hamburg*

**AUS PROTEST INS FEUER**  
ZU: ZEITDOKUMENTE BETROFFENER MENSCHEN (NR. 14)

Es gab außer Oskar Brüsewitz noch einen aus Ostpreußen stammenden Pfarrer, der aus Verzweiflung diesen Weg (der Selbstverbrennung, d. Red.) beschritten hat. An ihn wird nie erinnert: Roland Weißelberg (1933–2006).  
*Lutz Maximilian, Lörrach*

ANZEIGE

## Der nächste Bankencrash ist nur noch eine Frage der Zeit. Sind Sie darauf vorbereitet?

■ Wir leben aktuell in einer Welt multipler Krisen, deren Auswirkungen alles in den Schatten stellen werden, was die Menschheit jemals an Weltwirtschafts- und Finanzkatastrophen gesehen hat.

Die Bankenbeben in der Schweiz und in den USA im vergangenen Jahr waren nur ein Vorgeschmack dessen, was da noch auf uns zukommen wird. Seither geht ein neues Schreckgespenst unter den Regierenden um: die Furcht vor einem globalen Bankencrash. Jeden kann es treffen, jeder ist gefährdet. Selbst die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) macht keinen Hehl mehr daraus und sieht »die Bedingungen für einen perfekten Sturm« für die Banken gegeben.

Sogar die BaFin gibt zu, dass deutsche Banken schlecht aufgestellt sind

Angesichts dieser düsteren Aussichten drängen sich fundamentale Fragen auf: Wann müssen wir mit einem Bankencrash rechnen? Woran können wir konkret erkennen, wie gut unsere Bank aufgestellt ist? Ist es sinnvoll ein Konto im Ausland zu eröffnen? Wie sicher sind unsere Spareinlagen? Warum wird das Gesetz zur Entzweiung von Sparkonten geheim gehalten? Fragen also, die uns alle angehen, Fragen, die jeden interessieren sollten.

Ein Bankencrash wird Sie ganz persönlich treffen. In diesem Buch lesen Sie, was Sie wissen müssen und wie Sie richtig reagieren sollten.

Michael Grandt ist kein Crashprophet oder Verschwörungstheoretiker, seine Analyse ist fundiert, akribisch recherchiert und mit über 900 seriösen Quellenangaben belegt. Er nimmt

die bisherigen Bankencrashes – es gibt davon übrigens mehr, als Sie denken – genau unter die Lupe und zeigt, was Ihnen blühen kann. Seine Enthüllungen sind beängstigend: Die Banken und der Staat werden auf Ihr Vermögen zugreifen, wenn sie mit dem Rücken zur Wand stehen. Wie subtil und trickreich das geschehen kann, aber auch wie Sie sich vor dem Zugriff schützen können und welche Banken bereits auf der »Kippe« stehen, zeigt dieses Buch anhand aussagekräftiger Beispiele.

Michael Grandt beleuchtet das marode Bankensystem und gibt Ihnen Informationen und Strategien an die Hand, die eigentlich jeder Bankkunde kennen sollte. Er zeigt anhand von siebzehn Gründen, warum unser Bankensystem nicht mehr zu retten ist und was Sie jetzt noch tun können und auch tun sollten!



Michael Grandt: Der kommende Bankencrash und wie Sie sich davor schützen können • gebunden • 384 Seiten • Best.-Nr. 990 990 • 23,- €

**KOPP VERLAG**

Telefon (0 74 72) 98 06 10 • Telefax (0 74 72) 98 06 11 • info@kopp-verlag.de • www.kopp-verlag.de  
Jetzt bestellen! Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

## BRANDENBURG

## Eine „Stadt des Anstoßes“

Wo Ablassprediger Tetzel einst Luther provozierte – Jüterbog feiert 850 Jahre Stadtrecht mit einer Festwoche vom 27. April bis 5. Mai

VON HENRIK SCHULZE

Bischof Thietmar von Merseburg berichtete über einen Feldzug aus dem Jahr 1007, der das Ziel hatte, ein polnisches Heer aus der Niederlausitz und dem Havelland zu vertreiben: „Wir kamen an einen Ort, namens Iutriboc, und es erschien den Klügsten nicht ratsam, mit einer so kleinen Schar Ritter sich dem Ort zu nähern.“ Ganz so furchteinflößend ist die Stadt Jüterbog heute nicht mehr. Ganz im Gegenteil, Besucher sind gern gesehen, gerade jetzt, wo sich am 29. April die Stadtrechtsverleihung zum 850. Mal jährt.

Mit der Ersterwähnung vor gut 1000 Jahren hat die Stadt schon etwas, womit sie im Land Brandenburg punkten kann. Dazu kommt eine schriftlich belegbare Stadtrechtsverleihung aus einer Zeit, als das wendische Fischerdorf Berlin noch auf keiner Landkarte verzeichnet war. Es war Erzbischof Wichmann, ein treuer Gefährte von Kaiser Barbarossa, der zwischen der Mark Meißen und der Mark Brandenburg seinem Bistum ein eigenes kleines Ländchen begründet hatte. Dank des Magdeburger Stadtrechts entwickelte sich die Kommune zu einer beachtlichen Handelsmetropole des Spätmittelalters.

Der Auftritt des Ablasspredigers Johannes Tetzel 1517 in Jüterbog gab Martin Luther im nahegelegenen Wittenberg den Anlass, seine 95 Thesen zu verfassen. Folglich gilt Jüterbog in der Reformationsgeschichte als „Stadt des Anstoßes“, wo übrigens der Begriff „Lutheraner“ für die neue Glaubensrichtung erstmalig niedergeschrieben wurde. Nicht zuletzt dank der besonderen politisch-geographischen Lage bot die Stadt beste Möglichkeiten für Kongresse und sogenannte Fürstentage. So einigten sich hier 1572 Kurfürst Johann Georg von Brandenburg und der mecklenburgische Herzog Johann Albrecht I. zu Gebietsgrenzen.

1611 befasste sich ein Fürstentag in der Stadt mit Herrschaftsansprüchen zu den Herzogtümern Jülich und Kleve. Vom Obersächsischen Reichskreis, der von Thüringen bis Pommern reichte, gab es von 1549 bis 1683 14 Kreistage in Jüterbog.

#### Des Preußenkönigs Garnisonstadt

Mit der Rolle einer „kleinen Schweiz“ war es infolge des Dreißigjährigen Krieges vorbei. Plünderungen und Seuchen dezimierten die Stadtbevölkerung von vormals 4000 auf 300 Personen. Das Land Jüterbog kam zu Sachsen, wo es zu einem vergessenen „Zonenrandgebiet“ wurde. Die großen Handelshäuser verfielen und wurden durch ärmliche Ackerbürgerhäuser ersetzt. Nur das Rathaus, die Kirchen und Stadttore, allesamt Werke der Spätgotik, trotzten dem Verfall.

200 Jahre brauchte die Kommune, um den Menschenverlust wieder wettzumachen. Erst 1855 hat die Stadt wieder die Einwohnerzahl von vor dem Dreißigjährigen Krieg. Im Ergebnis des Wiener Kongresses, als Sachsen drei Fünftel seines Landes an Preußen abgeben musste, erfolgte die Eingliederung Jüterbogs in die Mark Brandenburg. Ein Landrat des neu geschaffenen Kreises Jüterbog-Luckenwalde ersetzte nun einen sächsischen Kreishauptmann.

Eine Bürgerinitiative versuchte, wirtschaftliche Not zu lindern, indem man König Friedrich Wilhelm III. bat, in der Stadt eine Garnison zu gründen. 1832 gab es die gewünschten ersten Einquartierungen. 1841 erfolgte die Eröffnung der Berlin-Anhaltischen Eisenbahn. Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts entwickelte sich Jüterbog zu einem wichtigen Knotenpunkt verschiedener Bahnstrecken. Da es



Gehört zum Verband von 31 brandenburgischen „Städten mit historischem Stadtkern“: Jüterbog mit der Stadtkirche St. Nikolai im Zentrum

Foto: pa

bei der schnell wachsenden Reichshauptstadt Berlin Sicherheitsprobleme beim Schießplatz Tegel gab, ist dieser zusammen mit den Artillerieschießschulen 1890 nach Jüterbog verlegt worden.

Damit wurde der Grundstein gelegt für eine der größten Militärstädte Deutschlands. Neben der Artillerie gab es in der Garnison Militäreisenbahner, Flieger und Luftschiffer. Nach der Auflösung von drei „störenden“ Dörfern umfasste 1939 der Truppenübungsplatz 8000 Hektar. Dazu kamen drei Truppenlager, zwei Flugplätze und diverse Spezialschulen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg nistete sich hier die Rote Armee ein. Unter ihrer Regie wurde ein zweiter Truppenübungsplatz mit 12.000 Hektar Fläche geschaffen. Mit etwa 40.000 Mann hatte die Sowjetgarnison die doppelte Größe im Vergleich zu der in der Wehrmachtszeit.

Hier befand sich die größte Truppenkonzentration, welche die UdSSR außerhalb ihrer Staatsgrenzen hatte. Schätzungsweise 1,6 Millionen ehemalige Sowjetbürger verschiedenster Völkerschaften haben in ihrem Lebenslauf: Ich war Soldat in Jüterbog. Neben dem Oberkommando

in Wünsdorf ist Ostern 1994 Jüterbog als letzter Ort von der Westgruppe der Truppen (WGT) geräumt worden.

Aus verständlichen Gründen wollte die Bundeswehr keine Liegenschaften übernehmen, die die Sowjetarmee in Nutzung hatte. Seitdem ist Konversion eine der wichtigsten kommunalpolitischen Aufgaben. Die neogotischen Klinkerbauten der alten Artillerieschule, die schon bei Kaiser Wilhelm II. ein Vorzeigeobjekt waren, sind zu einer attraktiven Wohnadresse geworden.

Die Nähe zum 50 Kilometer entfernten Berlin und seinem Speckgürtel bieten Ersatz für die verloren gegangenen Arbeitsplätze der abgewickelten „volkseigenen“ Betriebe. Auf der Flaeming-Skate, einer asphaltierten Rundstrecke mit fast 100 Streckenkilometern, kann man per Rad oder Inlineskate Natur und Sehenswürdigkeiten sportlich erleben.

#### Das „märkische Mantua“

Jüterbog schmückt sich mit dem inoffiziellen Titel „Kulturhauptstadt des Fläming“. Was jedem Besucher sofort ins Auge fällt, sind die markanten Baudenk-

male des Spätmittelalters. Die Gebäude sind geprägt von der norddeutschen Backsteingotik, die hier ihre südlichste Ausbreitung hat und zugleich verknüpft ist mit sächsischer Werksteinarchitektur. Die Ratsherren der wohlhabenden Kaufmannsstadt konnten es sich leisten, im Norden wie im Süden nach den besten Baumeistern Ausschau zu halten.

Den Marktplatz bestimmt das dienstälteste Rathaus des Landes Brandenburg mit der offenen Gerichtslaube davor. Die Stadtkirche St. Nikolai mit der unverwechselbaren Doppelturmanlage und deren unterschiedlichen Turmhauben ist die größte ihrer Art zwischen Berlin und Lutherstadt Wittenberg.

Drei Stadttore hat Jüterbog. Sie waren als Doppeltoranlagen mit Zugbrücken dazwischen und flankierenden Wehrtürmen angelegt. Zur Zeit der Romantik erfand man den Begriff „märkisches Mantua“ zur Charakteristik der einst besonders wehrhaften Stadt. An jedem der Tore hängt eine Keule mit einer Tafel, auf der zu lesen ist: „Wer seinen Kindern gibt das Brot und leidet nachmals selber Not, den schlage man mit der Keule tot.“

Die Liebfrauenkirche, vor dem Dammtor gelegen, hatte Erzbischof Wichmann als Zentralkirche des Landes Jüterbog anlegen lassen. Von hier aus ist die christliche Missionierung des slawischen Umlandes betrieben worden. Sie gilt neben dem Dom zu Brandenburg an der Havel als das älteste christliche Bauwerk des Landes Brandenburg. Die Mönchenkirche unweit vom Markt in der Altstadt, die einst zu einem Franziskanerkloster gehört hatte, dient seit 1985 als Stadtbibliothek.

Im abgetrennten Chorraum befindet sich eine Konzertstätte. Hier ist ein Laientheater zu Hause, das als „Theater der Werktätigen“ bereits seit 1949 existiert. Jedes Jahr wird ein neues Stück eingeübt, wobei man sich auch an Shakespeare und andere Großmeister heranwagt. Seit in dem ehemaligen Kloster neben der Bibliothek zugleich das städtische Museum, das

kulturhistorische Archiv der Stadt und die Tourist-Information ein Zuhause gefunden haben, wird der Komplex „Kulturquartier“ genannt.

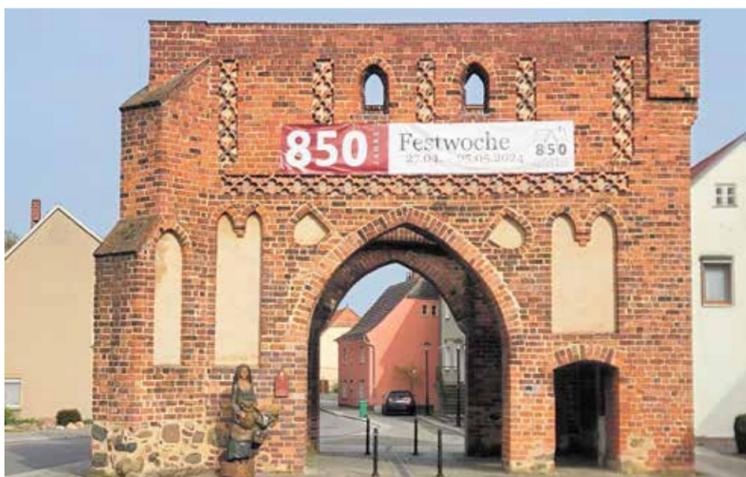
#### Museumseröffnung zum Stadtfest

Seit 1997 gehört der Ort Kloster Zinna zur Stadt Jüterbog. 1170 war hier das erste Zisterzienserkloster im heutigen Land Brandenburg gegründet worden. Die aus behauenen Feldsteinen errichtete spätromanische Pfeilerbasilika ist erst jüngst restauriert worden. Friedrich der Große gründete 1764 neben der Klosteranlage eine Weberkolonie und ließ dafür eine Mustersiedlung anlegen, die heute noch den Ort prägt.

In der Abtei des Klosters befindet sich ein Museum, das derzeit völlig neugestaltet zum Stadtfest Ende April eröffnet werden soll. In einer Schaubrennerei ist der „Zinnaer Klosterbruder“, ein verführerischer süßer Halbbrüder, zu haben, den im 18. Jahrhundert ein Luckenwalder Gastwirt namens Falckenthal erfunden hat.

Jüterbog gehört selbstverständlich mit zur Arbeitsgemeinschaft der 31 „Städte mit historischem Stadtkern“ des Landes Brandenburg. Wer sich nicht nur die Stadt ansehen will, sondern dazu auch noch Unterhaltung haben möchte, der sollte die Festwoche vom 27. April bis 5. Mai nutzen, in der die Stadt ihren 850. Geburtstag feiert.

● Henrik Schulze ist ehrenamtlicher Chronist der Stadt Jüterbog und Verfasser der vierbändigen Militärgeschichte Jüterbogs „Jammerbock“ mit rund 1800 Seiten. Von ihm stammt auch die Festschrift „850 Jahre Stadtrecht Jüterbog“ (80 Seiten, 12 Euro, zu erwerben bei der Stadt- und Bürgerinformation) [www.jueterbog.eu](http://www.jueterbog.eu)



Eingang zur Festwoche: Das Neumarkttor von Jüterbog

Foto: Schulze



## ● FÜR SIE GELESEN

## Eine extrem einseitige Darstellung

Die Harvard University gehörte lange Zeit zu den angesehensten Hochschulen der Welt. Mittlerweile geriet sie jedoch wegen diverser Skandale und aufgrund ihres repressiven Meinungsklimas in Verruf. Das hat auch Auswirkungen auf die Qualität des Lehrkörpers. Insofern muss die Aussage, dass der Direktor des Ukrainischen Forschungsinstituts in Harvard, der ukrainisch-amerikanische Historiker Serhii Plokhly, eine unbestrittene, wenn nicht gar die führende Autorität auf dem Gebiet der Geschichte seines Heimatlandes sei, mit Vorsicht betrachtet werden. Wie notwendig dies ist, zeigt unter anderem Plokhlys aktuelles Buch „Der Angriff. Russlands Krieg gegen die Ukraine und seine Folgen für den Rest der Welt“.

Darin bemüht sich der Autor um „eine umfassende Darstellung“ des russisch-ukrainischen Konfliktes seit dessen frühesten Anfängen bis zur russischen Invasion vom Februar 2022. Diese kann aber unter keinen Umständen als wissenschaftlich neutral gelten. Denn letztlich stellt Plokhlys Werk eine einzige Anklage gegen Russland dar, während im Gegenzug die Rolle der Ukraine in den leuchtendsten Farben gezeichnet wird.

## Ukraine wird in den höchsten Tönen gelobt

So versucht Plokhly zu suggerieren, dass die friedliche Auflösung der Sowjetunion vorrangig der Ukraine zu verdanken sei, wonach er dann noch ein Loblied auf die „ukrainische Demokratie“ und deren Institutionen singt. Des Weiteren setzt sich der Harvard-Historiker ausgiebig mit dem russischen Nationalismus auseinander, ohne aber dem ukrainischen Nationalismus oder Ultra-Nationalismus mit teilweise faschistoiden Zügen wie im Fall von Stepan Banderas Organisation Ukrainischer Nationalisten die gleiche Aufmerksamkeit zu widmen.

Extrem einseitig sind darüber hinaus die Schilderungen der Ereignisse während der sogenannten „Revolution der Würde“ Ende 2013/Anfang 2014, welche de facto ein Staatsstreich war, der den rechtmäßigen Präsidenten Wiktor Janukowytsh das Amt kostete und Putin zu einem stärkeren Engagement in der Ukraine veranlasste. Ebenso geht Plokhly kaum auf die Korruption in der Ukraine und die dubiose Rolle der Oligarchen sowie die problematische Politik der Kiewer Regierung gegenüber den nationalen Minderheiten in der Ukraine ein.

Und die Darstellung der Kriegereignisse ab Februar 2022 kommt gleichfalls nicht ausgewogener daher. So bleibt die Präsenz westlicher Geheimdienste in der Ukraine vor und nach dem russischen Einmarsch unerwähnt. Dazu kommt die unsachliche Kritik an der angeblich zu zögerlichen Hilfe Deutschlands, wobei die Sabotage an den Nord-Stream-Gasleitungen ebenso wenig ein Thema für den Autor ist.

Wolfgang Kaufmann

**Serhii Plokhly: „Der Angriff. Russlands Krieg gegen die Ukraine und seine Folgen für die Welt“**, Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 2023, 494 Seiten, gebunden, 26 Euro



## Hilfe aus der Natur

Diabetes ist eine der weitverbreitetsten Volkskrankheiten. Neben Medikamenten können auch eine gesunde Ernährung und Lebensweise zur Linderung beitragen

FOTO: SHUTTERSTOCK



Diabetes tritt in vier verschiedenen Varianten auf, wobei die am meisten verbreitete der Typ-2-Diabetes ist. In der Regel werden Medikamente verabreicht, doch kann man viel Positives durch die richtige Ernährung und Bewegung erreichen.

Claudia Ritter erklärt in ihrem fundierten Ratgeber alles Wissenswerte um Krankheitsfolgen, Blut- und Laborwerte sowie den Zusammenhang zwischen Nahrung und Stoffwechsel.

MRK

**Claudia Ritter: „Diabetes natürlich behandeln. Wirksame und wichtige Vitalstoffe bei Typ-2-Diabetes“**, atverlag, Aarau/München 2024, gebunden, 272 Seiten, 28 Euro

## KRIMI

## Der Weg ins Verderben

Der Kriminal- und Liebesroman des norwegischen Autors Arve Moens, der bereits 1948 erschienen war, stellt ein Kleinod auf dem Krimimarkt dar

VON ANSGAR LANGE

Arve Moens erstmals im Jahr 1948 erschienener Roman „Der Tod ist eine Liebkosung“ ist mehr als ein Kriminalroman. Wer wen ermordet hat, steht von Anfang an fest. Es gibt nur wenige handelnde Personen. Ein Detektiv, der mit den Poirotschen „grauen Zellen“ ein verzwicktes Rätsel löst, tritt nicht auf. Auch Actionsszenen sind Mangelware. Und doch ist dieser Roman ein wahres Kleinod und spannender als viele Bücher, die der Krimimarkt aktuell in Massen ausspuckt. Ein junger, attraktiver Automechaniker hat seine schöne und mondäne Ehefrau ermordet. Der Mörder wird für seine Tat verurteilt, auch wenn er sie nicht gesteht. Er gibt zwar zu, dass er seine Gattin getötet hat, doch er beharrt zugleich darauf, dass er keine Alternative zu dieser Tat gehabt habe. Der Mord sei zwangsläufig gewesen.

Moen (1912–1976) hat als Schriftsteller, Journalist, Kunsthistoriker und Politiker gearbeitet. In seinen jungen Jahren war er Mitglied der kommunistischen Gruppe Mot Dag, einer Vereinigung von norwegischen Intellektuellen, die großen Anteil an der Verbreitung marxistischen Gedankenguts in Norwegen hatte. Das in Deutschland bekannteste ehemalige Mitglied ist der spätere Bundeskanzler Willy Brandt (SPD). Für die Arbeiterpartei saß Moen im Osloer Stadtrat, und nach 1945 war er als Kulturredakteur beim „Arbeiderbladet“ tätig.

Diese Informationen sind nicht unwichtig, denn der Klassenunterschied zwischen dem jungen Mann aus der Arbeiter- und der kapriziösen Schönheit aus der Oberschicht, die zunächst noch mit einem Industriellen verheiratet ist, ist entscheidend für die Konflikte des Paares.

Das Faszinierende an diesem psychologischen Liebesdrama ist die Tatsache, dass Moen „uns in den Kopf des Mörders blicken lässt“, wie es im Nachwort der norwegischen Krimiautorin Helene Flood heißt. Zunächst ist die körperliche Lust ein starkes Band, das die beiden Protagonisten zusammenschweißt. In dem Buch gibt es keine expliziten Szenen, doch auch das Sexuelle wird vom Autor in einer für die damalige Zeit durchaus offenen Weise beschrieben.

Das Bett allein reicht aber nicht aus, um dem Liebespaar eine dauerhafte, stabile Basis zu geben. Zu groß sind die ökonomischen Unterschiede, zu groß ist die Einstellung zur Arbeit und zum Geld, zu unterschiedlich sind auch die Interessen. Ein Paar, das erkannt hat, dass die Gemeinsamkeiten aufgebraucht sind, könnte sich im Frieden trennen. Doch dieses Paar wählt den Weg ins Verderben.



**Arve Moen: „Der Tod ist eine Liebkosung“**, Septime Verlag, Wien 2023, gebunden, 144 Seiten, 20 Euro

## WIRTSCHAFT

## Obsession oder Notwendigkeit?

Ein Wirtschaftswissenschaftler untersucht in seinem aktuellen Buch den Drang der Deutschen zum Export vom 19. Jahrhundert bis heute

VON DIRK KLOSE

Was für ein Jahr war 1986! Den Fußballweltmeistertitel knapp verfehlt, aber zum ersten Mal in der deutschen Geschichte Exportweltmeister. Der Erfolg wiederholte sich im vereinten Deutschland noch einmal 2002. Seit 2009 ist China unangefochten „Weltmeister“, Deutschland und die USA rangeln um Silber und Bronze.

Der an der Universität Bayreuth lehrende Wirtschaftswissenschaftler Jan-Otmar Hesse hat in seinem anregenden Buch „Exportweltmeister“ den Drang der Deutschen zu Export und Gewinn als „deutsche Obsession“ ausgemacht und ihn seit dem Kaiserreich bis in unsere Tage minutiös verfolgt. Man liest überrascht, dass „Gründungsvater“ des liberalen Handels der stockkonservative Bismarck-Nachfolger Leo Graf von Caprivi war. Im Reichstag hielt er am 10. Dezember 1891 seine berühmte „Wir müssen exportieren“-Rede. Nur zu gerne folgte ihm das sich rasant zum Industrieland verändernde Kaiserreich. Nach 1918, als der Versailler Vertrag harte Strafen diktierte, versuchte die junge Republik, teilweise mit Erfolg, durch Währungsdumping wieder die deutschen Exporte anzukurbeln.

Die Hälfte des Buches gilt der Bundesrepublik, die bereits 1952 wieder Exportüberschüsse erwirtschaftete und in den folgenden Jahrzehnten zur viel zitierten „Lokomotive“ der Weltwirtschaft wurde. Die Überschüsse wuchsen, sehr zum Är-

ger der wichtigsten Handelspartner, trotz zweier Ölpreiskrisen und mehrfacher Aufwertungen der D-Mark, die Bonner Ministeriale und Unternehmer in Panik brachten. Der Boom war bewusst und gegen internationale Widerstände forciert. Die Exportlastigkeit, so Bundesbankdirektor Johannes Tüngeler in Abwandlung eines berühmten Rathenau-Zitats, sei „kein Übel, sondern unser Schicksal“.

Instrumente waren und sind wie eh und je: Zölle auf Einfuhren und Zollerleichterungen, Steuervergünstigungen, Abschreibungen, staatliche Zuschüsse wie die – zumal im Handel mit der Sowjetunion (Röhrengeschäft) – oft genutzten Hermes-Bürgschaften und immer eine flankierende Währungspolitik. Hesse beschreibt deren virtuose Handhabung durch Politik und Unternehmer überaus anschaulich und weitet die Darstellung auch auf die wichtigsten Branchen Fahrzeugbau, Chemie- und Elektroindustrie sowie Maschinenbau aus.

Das eigentlich etwas spröde Thema verfolgt der Leser mit zunehmender Spannung. Den kursorischen Ausblick auf heute hätte man sich gerne noch ausführlicher gewünscht.



**Jan-Otmar Hesse: „Exportweltmeister. Geschichte einer deutschen Obsession“**, Suhrkamp Verlag, Berlin 2023, gebunden, 448 Seiten, 28 Euro

## KOMMUNALWAHLEN SCHLESIEN

## Deutsche Minderheit auf Erfolgskurs

Mehr Deutschunterricht und mehr Abgeordnete im Regionalparlament von Oppeln

VON BODO BOST

Im Februar hat die neue polnische Regierung angekündigt, die Anzahl der Deutschstunden für Kinder der deutschen Volksgruppe wieder auf drei pro Woche zu erhöhen. Die politische Vertretung der deutschen Volksgruppe konnte bei den Kommunalwahlen am 7. April im Regionalparlament von Oppeln ihren Stimmenanteil erhöhen.

Bei den Parlamentswahlen am 15. Oktober 2023 in der Republik Polen hatte die Deutsche Minderheit erstmals seit 1989 ihre parlamentarische Vertretung verloren. Die Stimmen gingen damals an den Wahlsieger von der Bürgerplattform (PO) unter dem Kaschuben Donald Tusk, der anschließend polnischer Ministerpräsident wurde. Unter Tusk wurde bereits im Februar die Anzahl der Deutschstunden für die Kinder der Deutschen Minderheit wieder von einer auf drei Stunden erhöht, wie die stellvertretende Bildungsministerin Katarzyna Lubnauer bekanntgab. Der Vorsitzende der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS), Jarosław Kaczyński, hatte die Deutschstunden 2022 herabgesetzt, weil angeblich die polnischstämmigen Kinder in der Bundesrepublik auch nicht mehr Unterricht in ihrer Muttersprache erhielten, was jedoch nicht stimmte, weil Bildung in Deutschland Ländersache ist.

Lubnauer betonte, dass man die Unterschiede zwischen den verschiedenen Minderheiten überbrücken wolle, damit nicht eine dieser Minderheiten, eben die Deutsche Minderheit, anders behandelt werde als die anderen Minderheiten. Nach Angaben des Bildungsministeriums wird Deutsch als Minderheitensprache in zwölf Woiwodschaften in 735 Bildungseinrichtungen unterrichtet: in 133 Kindergärten, in 599 Grundschulen und in drei allgemeinbildenden höheren Schulen. Die größte Anzahl von Einrichtungen befindet sich in den Woiwodschaften Oppeln, Schlesien und Ermland-Masuren. Landesweit liegt die Zahl der Schüler, die in Kindergärten und Schulen in verschiedenen Formen Deutsch lernen, bei knapp 65.200, davon 7110 Kinder in Kindergärten, und 58.040 in Grundschulen und nur 27 in allgemeinbildenden Schulen. Während einer Sitzung der Minderheitenkommission be-



Wird wieder stärker gefördert Deutschunterricht in polnischen Schulen

Foto: Ullstein/Andreas Bastian

dankte sich der Vorstandsvorsitzende der Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen im Oppelner Schlesien (SKGD), Rafał Bartek, bei den fast 50 Kommunen, die in diesen zwei Jahren Deutsch als Minderheitensprache ungekürzt weitergeführt und die zusätzlichen Stunden aus eigenen Mitteln finanziert haben.

#### Von der Deutschen Minderheit zu den Schlesischen Regionalpolitikern

Der unerwartete Verlust des Parlamentsmandats vor sechs Monaten hatte die Deutsche Minderheit schockiert. Die Sozial-Kulturelle Gesellschaft der Deutschen im Oppelner Schlesien beschloss deshalb vor vier Monaten, ein neues Wahlkomitee-Projekt – die Schlesischen Regionalpolitiker (Śląscy Samorządowcy) – zu gründen, nachdem man drei Jahrzehnte als Wahlausschuss Deutsche Minderheit aufgetreten war.

Das neue Wahlbündnis trat erstmals bei den diesjährigen Kommunalwahlen

am 7. Oktober in Erscheinung. Wie Lukasz Jastrzembki, Vorsitzender der Schlesischen Regionalpolitiker, nach der Wahl sagte, war die Idee, unter dem neuen Banner anzutreten, erfolgreich. „Unsere Kandidaten haben in der ganzen Provinz eine Rekordzahl von 53.000 Stimmen erhalten. Das neue Bündnis wurde die drittstärkste politische Kraft in der Region. Das Wahlbündnis konzentriert sich auf die Lösung der Probleme dieser besonderen Region“, so Jastrzembki. Bartek betonte, dass es dem neuen Projekt und seinen Vertretern in nur vier Monaten gelungen sei, sich einen Namen zu machen. „Wir haben 15 Kandidaten für das Amt des Bürgermeisters aufgestellt, von denen zwölf bereits gewählt wurden. Einer wurde nicht gewählt und zwei kamen in die zweite Runde. Wir haben Dutzende von Bezirksräten. Wir sind wahrscheinlich landesweit das einzige Regionalkomitee, das fünf Vertreter in einer Provinzversammlung hat“, so Bartek.

Die PO erhielt in Oppeln 36,5 Prozent der Stimmen. Bei den letzten Kommunalwahlen 2018 waren es 29,5 Prozent gewesen. Die PiS erhielt 25,3 Prozent. 2018 waren es 25,8 Prozent gewesen, die Schlesischen Regionalpolitiker erhielt 16,2 Prozent. Die Deutsche Minderheit hatte 2018 14,6 Prozent erhalten. Damit konnte die Vertretung der deutschen Volksgruppe ihren Stimmenanteil um fast zwei Prozentpunkte erhöhen.

Die Schlesischen Regionalpolitiker werden mit fünf Abgeordneten im Regionalparlament von Oppeln vertreten sein. Einer von ihnen ist Bartek, der 4267 Stimmen erhielt. Neben Bartek errangen Ryszard Galla, Roman Kolek, Edyta Gola und Zuzanna Donath-Kasiura Mandate in der Regionalversammlung. Donath-Kasiura erzielte mit 7908 Stimmen in diesem Regionalparlament das beste Ergebnis. Gola, die 2887 Stimmen erhalten hat, versicherte, dass sie sich auf allen Ebenen der Kommunalverwaltung einsetzen werde.

## HANS-HEINRICH VANGEROW

## Ein Ostpreuße reüssiert in Bayern

Nach dem Studium in München stieg er zum ersten Leiter des ältesten deutschen Nationalparks auf

Hans-Heinrich Vangerow stammte aus Ostpreußen, erlangte als Forstmann, Forsthistoriker, Vater der Waldjugendspiele und erster Leiter der Nationalparkverwaltung Bayerischer Wald Bekanntheit. Er sorgte für rund 500 fachwissenschaftliche Veröffentlichungen, erhielt für sein langjähriges verdienstvolles Wirken zahlreiche Auszeichnungen und erreichte damit über seinen Tod hinaus eine bis heute andauernde Nachwirkung.

Vangerow wurde am 4. April 1924 in Tapiaw geboren. Sein Geburtsort liegt am Pregel rund 35 Kilometer östlich von Königsberg, entwickelte sich unter dem Deutschen Orden ab 1351 zur Stadt und erhielt 1722 die Stadtrechte. Hier wurde auch der berühmte Maler Lovis Corinth geboren. Nach dem Ortswechsel der Eltern nach Bayern besuchte Vangerow nacheinander die Schulen in Erlangen und München, wo er 1942 sein Notabitur ablegte und anschließend zur Wehr-

macht eingezogen wurde. Er überlebte den Zweiten Weltkrieg und die nachfolgende Kriegsgefangenschaft und studierte nach seiner Heimkehr ab 1948 an der Ludwig-Maximilians-Universität in München bis 1952 Forstwissenschaften. Er wurde von der Staatsforstverwaltung Bayerns danach als Mitarbeiter übernommen, war bis 1960 in Geisenfeld als Forstmeister tätig und übernahm 1966 die Leitung des Forstamtes Allersberg bei Nürnberg. In dieser Funktion initiierte er bis dahin ungewöhnliche Waldbegehungen mit Schulklassen. Das war bald Ökologieunterricht vor Ort mit systematischer Umwelterziehung, die in die Durchführung von Waldjugendspielen mündete.

Damit betrat der Ostpreuße in Bayern absolutes Neuland. Diese von ihm organisierte Veranstaltungsreihe fand immer im Frühjahr statt, stand dann im Gefolge des Zuspruchs unter der Schirm-

herrschaft des Forstministers von Bayern und hatte ab 1980 jährlich über 50.000 teilnehmende Schüler.

#### Frontmann einer modernen Forstwirtschaft

Vangerow, der ab 1972 als Leitender Forstdirektor der Oberforstdirektion Regensburg fungierte, 1973 zusätzlich die Leitung der Nationalparkverwaltung „Bayerischer Wald“ übernahm und 1976 promoviert wurde, gedieh gegen mancherlei Widerstand zum Frontmann einer modernen und umweltschonenden Forstwirtschaft in Bayern.

Zum Projekt der Waldjugendspiele und neben den Nationalpark-Aktivitäten, die ihn auch international ins Rampenlicht der Medien brachten, gesellten sich weitere ungewöhnliche Maßnahmen. Das reichte von der Erschließung der Forstgeschichte in Bayern über Wald- und Umwelttage für die Bundes-

wehr bis zur Initiierung der Jugendspiele auf der Insel Mainau, die von der „Lenart-Bernadotte-Stiftung“ getragen werden und junge Menschen aus allen Bodensee-Anrainerländern einbeziehen.

Vangerow erhielt für seine Verdienste zahlreiche Ehrungen. Das reichte von der Bayerischen Umwelt-Medaille über das Bundesverdienstkreuz und die Bayerische Staatsmedaille bis zur Verleihung des „Bayerischen Löwen“ und der Stiftung eines „Vangerow-Preises“. Alle Ehrungen konnten ihn aber nicht davon abhalten, bis ins hohe Alter ständige Kritik an Missständen zu üben und auch die bürokratische Forstreform in der ihm eigenen Art zu glossieren. Er bezeichnete das ministerielle Reformpapier als ein „Lehrstück für Pleiten, Pech und Pannen“. Seit 1973 wohnte der Aufsteiger im bayerischen Forstbetrieb in Donaustauf. Das war sein Refugium. Hier starb er am 28. Dezember 2019. *Martin Stolzenau*

## FUNDSACHE

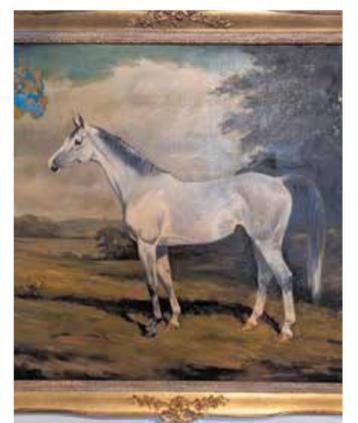
## Ein Gemälde von Annette

Am Ostermontag, dem 1. April dieses Jahres, hat eine Familie auf einem Internetverkaufsportal per Zufall ein besonders schönes Gemälde entdeckt. Es wurde als „Pferde-Bild von Prof. J. Sühlsbrandt“ angeboten. Zu dem dargestellten Pferd fanden sich keine weiteren Angaben. Einerseits war es im meisterlichen Stil so virtuos gemalt, dass es den Betrachtern aufgrund der künstlerischen Leistung ins Auge stach – die Schönheit der Edelblutstute nicht zu vergessen. Andererseits hatte sich ausgerechnet dieses Bild der Familie dann unterbewusst im Hinterkopf verankert.

Als langjährige Reiterin vor allem mit den Trakehner Pferden sowie deren allgemeiner und Zuchtgeschichte vertraut, kannte die Betrachterin das Bild aus dem Buch von Erhard Schulte: „Trakehner Zuchtstätten in ihren Blütezeiten“ aus dem Asmussen Verlag. Es fiel ihr wie aus heiterem Himmel wieder ein: Degimmen, Zucht Otto Heyser, Stute Annette. Das Bild hatte sie vor allem deshalb in Erinnerung, da ihr erstes Pferd ebenfalls eine Trakehner Stute mit dem Namen Anette (mit nur einem „n“) war.

#### Mit Zuchtgeschichte vertraut

Nun kam noch folgender Aspekt hinzu: Nach der Flucht im Herbst 1944 hatte die Familie der Mutterstute Ann nach dem Zwischenschritt Hamburg-Flottbek ein Domizil bei Pinneberg bezogen. Mit dem Ort hatte die Reiterin beruflich viel zu tun, und jahrelang hatte sie dort auch gelebt. Da der Inhaber einer Baumschule aus dem Pinneberger Baumschulgebiet – www.pflanzmich.de – aus einem angrenzenden Dorf zu Halstenbek, mit dem sie

Wurde im Internet zum Verkauf angeboten: Das Gemälde der Trakehnerstute Annette *Foto: privat*

zusammenarbeitete, auch ein Interesse am künstlerischen und pferdesportlichen Bereich vorweist und hier einiges Sponsoring betreibt, sprach sie ihn auf die Fundsache an.

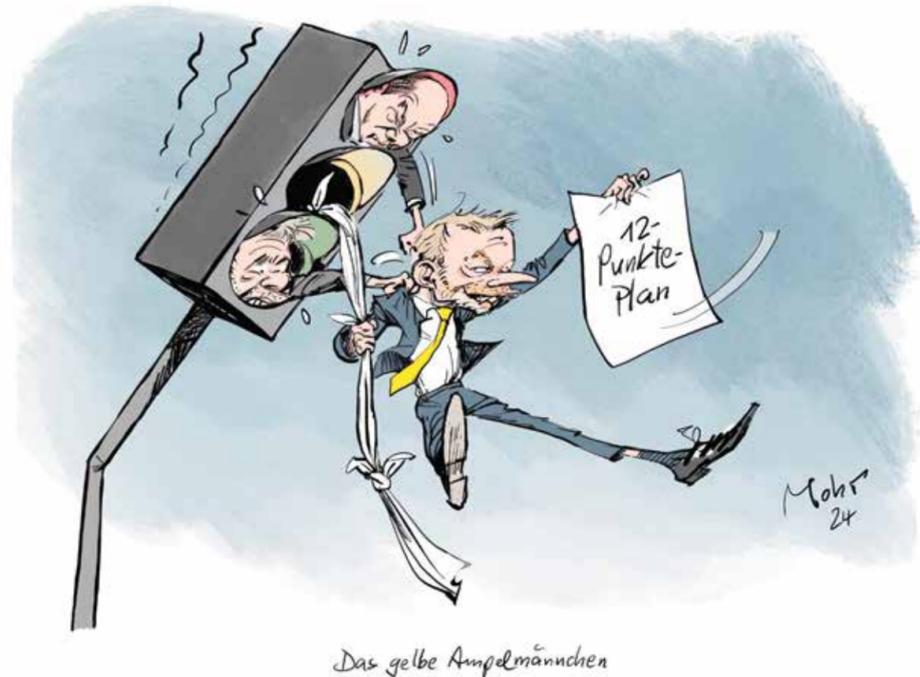
Er war spontan begeistert, vor allem davon, dass Pinneberger Geschichte lebendig wird auf so einzigartige Weise. Damit die Öffentlichkeit und vor allem die Trakehner-Gemeinschaft die Heimkehr der Pferdeprinzessin würdig erleben können, hat er sich zu einer Schenkung des Gemäldes an den Trakehner-Förderverein entschlossen.

Von dort heißt es, gerade für dieses Jahr werde eine Schau der gesammelten Werke geplant und auch ein Buch dazu. Man kooperiere auch mit dem Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg.

Ansprechpartner in der Sache ist Martin Mehrrens. Der Schenkungsvertrag ist in Arbeit. *PAZ*

## ● AUFGESCHNAPPT

Erstmals ist in Berlin ein Urteil nach dem 2020 verabschiedeten „Landesantidiskriminierungsgesetz“ (LADG) ergangen: Die Berliner Polizei muss dem Studenten Syed D. eine Entschädigung von 750 Euro zahlen. Bei einer Verkehrskontrolle im Jahr 2020 soll N. auf dem Fahrrad fahrend sein Smartphone bedient haben, was unzulässig ist. Auf die Frage, woher er komme, soll der Student „Bochum“ geantwortet haben. Darauf hatte der Beamte nachgefragt, woher er „wirklich“ komme. Dadurch fühlte sich N. „rassistisch“ diskriminiert. Nachdem eine Dienstaufsichtsbeschwerde zunächst ergebnislos blieb, intervenierte die Leiterin der Berliner Antidiskriminierungsstelle. Eine Entschuldigung der Polizei für das Verhalten des Kollegen wurde vom Gericht als unzureichend betrachtet. Es kam zum Verfahren mit dem genannten Urteil. Dass sich der Student und dessen Begleiter bei der Kontrolle gegenüber dem Beamten aggressiv verhalten haben sollen, wurde bei dem Urteilsspruch laut Medienberichten nicht berücksichtigt. H.H.



Das gelbe Ampelmännchen

## ● STIMMEN ZUR ZEIT

Der Autor Don Alphonso zeichnet in der „Welt“ (17. April) ein ernüchterndes Bild der derzeit herrschenden Politikerschaft:

„Das System bringt Figuren ganz nach oben, die für Deutschland nichts übrighaben, Vaterlandsliebe zum Kotzen finden, für Migranten mehr Respekt als für Einheimische haben, die sie als Kartoffeln beleidigen, und die Existenz einer deutschen Kultur generell abstreiten. Das regierende System ist der Meinung, dass es damit recht hat und den damit einhergehenden Vertrauensverlust verschmerzen kann, solange es nur seine Ziele erreicht.“

Generalleutnant André Bodemann stellt seit einem Jahr einen neuen Verteidigungsplan für Deutschland auf. Gegenüber der „FAZ“ (22. April) erklärt er, was die heutige Lage von der im Kalten Krieg unterscheidet:

„Früher gab es nur Null oder Eins, Frieden oder Krieg. Heute liegt dazwischen eine lange Strecke hybrider Bedrohungen. Schon heute gilt: Wir sind nicht im Krieg, formaljuristisch, aber wir befinden uns auch schon lange nicht mehr im Frieden, weil wir täglich bedroht und auch attackiert werden.“

Der Berliner Gastronom Sören Engelmann nennt im „Focus“ (22. April) einen Grund, warum er das Berliner Traditions-Restaurant „Fisherman's“ schließen muss:

„Wenn ich das so derb sagen darf: Es geht der Politik um alles, nur nicht um die hier ansässigen Unternehmen. Kein Wunder, dass wir im März die höchste Zahl an Insolvenzen in Deutschland hatten. Wer kann, wandert ins Ausland ab.“

Für den Kölner Politikwissenschaftler Heinz Theisen ist eine bestimmte Denkschule an ihr natürliches Ende gelangt. Bei „Achtgut“ (19. April) schreibt er:

„Der moralische Größenwahn des deutschen National-Globalismus ist nicht mehr bezahlbar. In immer mehr europäischen Staaten werden alte Denkmäuer durchbrochen. Schweden und Dänen versuchen, ihre Volkshäuser zu retten. In Italien erwiesen sich ‚Postfaschisten‘ als ministrabel ... Am Ende des Regenbogens angelangt, müssen wir uns dem unbedingten Muss der bloßen Selbsterhaltung beugen.“

Max Roland erklärt auf „Apollo-News“ (22. April), warum alle Anti-AfD-Kampagnen („Kampf gegen Rechts“) gescheitert sind:

„Löst man die Probleme, die die Partei berechtigterweise anspricht und kritisiert, löst die etablierte Politik auch ihr Problem AfD. Das hat man bis heute nicht verstanden – und solange das so bleibt, bleibt auch die AfD.“

## ● WORT DER WOCHE

„Gemeinsam bilden sie ein Trio, das fest entschlossen scheint, von unserer Volkswirtschaft und unserem Ansehen in der Welt nur Trümmer übrig zu lassen.“

Julian Reichelt auf „Nius.de“ (23. April) über das kongeniale Wirken von Robert Habeck, Annalena Baerbock und Ricarda Lang

## DER WOCHENRÜCKBLICK

## Der entschwebte Kanzler

Warum Svenja Schulze die ganze Aufregung nicht versteht, und warum Scholz so guter Dinge ist

VON HANS HECKEL

War ja klar, wer hinter dieser neuesten Sauerei steckt. Seit dem Bekanntwerden der großzügigen deutschen Millionenhilfen für den Radwegebau in Peru muss sich Entwicklungshilfeministerin Svenja Schulze von der SPD hässliche Fragen gefallen lassen. Das ist natürlich eine fiese Kampagne, und wer hat die angezettelt? Wer schon: Kräfte wie die AfD versuchten, deutsche Landwirte gegen die Menschen in Peru „auszuspielen“, schimpft Schulze im „Stern“. Und die Russen trieben ebenso ihr übles Spiel mit „Desinformation“.

Na also, da haben wir's wieder: Die Russen und die Rechten, wer sonst? Das moralische Verbot, irgendwen „gegen einander auszuspielen“, ist ein Evergreen der Kritik-Vernichtung, der jahrzehntlang blendend funktioniert hat. Daher durfte die Ministerin davon ausgehen, die Kritiker damit schon schachmatt gesetzt zu haben. Aber das Geringe will trotzdem nicht aufhören.

Warum nur? Möglicherweise haben die Deutschen bemerkt, dass mit dem Spielchen etwas nicht stimmt. So belehrte man uns ja auch stets, dass wir „deutsche Wohnungssuchende und sozial Schwache nicht gegen Geflüchtete ausspielen“ dürften, weil das unmoralisch wäre. Der Bann traf jeden, der einen Zusammenhang zwischen klammen Sozialkassen und einem komplett überlasteten Wohnungsmarkt auf der einen und dem millionenfachen Zustrom von Asylsuchern auf der anderen Seite sehen wollte.

Der Bann hat lange gut funktioniert. Allerdings ist den Leuten mittlerweile eingefallen, dass eine Wohnung, die an eine Familie aus Syrien oder dem Senegal vergeben wurde, eben weg ist vom Markt, weshalb eine einheimische Familie dort nicht mehr einziehen kann. Und ebenso habe sie bemerkt, dass mindestens mehr als 50 Milliarden Euro, die 2023 für „Migrationskosten“ draufgegangen sind, für andere Aufgaben im Lande nicht mehr parat stehen.

Es sind eben nicht die AfD oder andere dunkle Mächte, die da eins gegen das andere „ausspielen“, das macht die Wirklichkeit von ganz alleine. Und es bedarf nur etwas gesunden Menschenverstandes, um drauf zu kommen. Den haben sich die Deutschen bewahrt, weshalb Schulze mit ihrem Konter gegen die Wand gefahren ist.

Aber sie hat noch ein anderes Ass im Ärmel: nämlich den großen Nutzen, den Deutschland aus den mehr als 33 Milliarden Euro an Entwicklungshilfekosten davontrage. Die Radwege in Peru retteten ja auch das Klima in Deutschland, verbreitet sie im „Stern“. Logisch! Zudem sei das Projekt zur „Förderung positiver Männlichkeit“ schließlich „Sicherheitspolitik“. Und die nützt uns ebenfalls? Zumindest nützt sie denen, welche die entsprechenden Kurse anbieten und dafür fürstlich entlohnt werden. Ist doch auch schon was.

Trotzdem bleibt ein fader Nachgeschmack: Den deutschen Landwirten nimmt man etliche hundert Millionen Euro per erhöhter Steuer für Agrardiesel weg, weil sonst der Bundeshaushalt der Ampel in sich zusammenbräche. Gleichzeitig gehen Milliarden von Euro jährlich an Landwirte in aller Welt. Wie passt das zusammen? Weiß Schulze auch nicht, aber eines weiß sie: Ohne besagte Radwege in Peru würde der Klimawandel auch bei uns noch schlimmer, und das trübe die deutschen Bauern, also profitierten die ja ebenfalls von ... hat sie wirklich gesagt!

## „Wir haben's ja“? – Das ist vorbei

Zu Recht verweist die Ampelpolitikerin indes darauf, dass es viele der schönen Verschenkprogramme schon unter ihren Vorgängern gegeben habe. Da hat doch auch keiner gemotzt. Also, warum regen sich die Leute plötzlich darüber auf? Das liegt womöglich daran, dass es den Deutschen dämmert, wie ihrem Gleichmut des „Wir haben's ja“ die Grundlage flöten gegangen ist, die seit Jahrzehnten lautete: Deutschland ist ja ein so reiches Land!

Alle merken, wie dieser Reichtum zerfließt. Die Industrie sucht das Weite, die Kommunen stehen finanziell mit dem Rücken zur Wand. Die Weltwirtschaft wächst dieses Jahr voraussichtlich zehnmal so schnell wie die deutsche, die glücklich sein darf, wenn sie wenigstens nicht schrumpft.

Das macht keine gute Stimmung, und wie immer, guckt man sich die Kassenzettel genauer an und fragt sich, wofür man das eigentlich alles bezahlt.

Anlässlich der Hannover-Messe rechnet Industrie-Präsident Siegfried Russwurm vor, dass deutsche Unternehmen mittlerweile genauso viel Geld für staatlich verursachte Bürokratie aufwenden müssten, wie sie für In-

vestitionen ausgaben oder an Gewinnen erzielten. Und dass die Unternehmensteuern in Deutschland um 40 Prozent höher lägen als im EU-Schnitt.

Von derlei Unkerei will Kanzler Scholz aber nichts wissen. Glücklicherweise entschwebt in seine ganz eigene Erzählung hat der die Wirtschaftsvertreter in Hannover belehrt: „Stimmung und Lage sind nicht immer deckungsgleich.“ Soll bedeuten: Ihr bildet euch eure Probleme nur ein, ihr Jammerlappen. Ich weiß es besser, denn ich bin schließlich der große Scholz.

Wohl eher aus therapeutischen als aus inhaltlichen Gründen wollte der Kanzler die versammelten Industrievertreter jedoch nicht ganz mit leeren Händen stehen lassen, weshalb er mit großem Pathos versprach, dass schon in den kommenden Wochen und Monaten großartige Dinge von der Ampel kommen würden, etwa in Sachen Bürokratieabbau, denn der „kostet nichts und bringt viel. Und deshalb reden wir nicht nur darüber, wir machen“, so der stolze Ampelchef.

Woran er da wohl gedacht hat? Vielleicht an das gerade erst erfundene „Lieferketten-gesetz“, das die deutschen Betriebe in den Wahnsinn treibt? Oder an die anstehende Flut von neuen EU-Richtlinien, welche die Grenzen des Mach- und Finanzierbaren bei der energetischen Gebäudesanierung gnadenlos überschreitet? Egal, auf jeden Fall macht die Ansage des Kanzlers endlich Mut, wie damals sein fulminanter „Doppelwumms“ oder das atemberaubende „Deutschlandtempo“, das sich anschickte, eine Galapagos-Schildkröte beim Strandspaziergang glatt hinter sich zu lassen.

Immerhin seien die Gaspreise schon wieder auf dem Niveau wie vor der Ukraine-Krise, wird Scholz nicht müde hervorzukramen. Ist doch fast so schön wie früher, soll das wohl heißen. Im aussagefähigeren Dreijahresvergleich indes sind die Gaspreise in den USA um 34 Prozent zurückgegangen, während sie bei uns um 44 Prozent gestiegen sind. Warum noch mal wollen so viele deutsche Konzerne ihre Produktion außer Landes verlagern?

Wir wollen auch das Positive sehen: Zum nächsten Bürokratie-Entlastungsgesetz hat die Regierung die Wirtschaft sogar extra gebeten, eigene Vorschläge zu machen. Schließlich respektiert man die Sachkenntnis der Praktiker. Tatsächlich kamen aus der Wirtschaft stolze 442 Vorschläge. Aufgenommen hat die Regierung davon bislang – elf.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter [www.paz.de](http://www.paz.de)